

Nr. 250 - Mittwoch, 27. Okt. 1983

Hertz bestell Autos für Milliarden

Die amerikanische Hertz hat sich für den Verkauf ihrer weltweiten Flotte von 1,2 Millionen Autos entschieden. Die Flotte soll in 10 Jahren auf 500.000 Autos reduziert werden. Die Autos werden zu 100 Prozent an Leasingfirmen verkauft. Die Flotte soll in 10 Jahren auf 500.000 Autos reduziert werden. Die Autos werden zu 100 Prozent an Leasingfirmen verkauft.

Weißer Wal im Meer

Ein weißer Wal wurde am 24. Oktober in der Nordsee gesichtet. Der Wal war 30 Meter lang und wog 100 Tonnen. Er wurde von einem Fischerboot gesichtet. Der Wal war in der Nordsee gesichtet. Der Wal war 30 Meter lang und wog 100 Tonnen. Er wurde von einem Fischerboot gesichtet.

Nur ein Milbren

Die Abschaffung der Milbren ist ein Thema, das in der Politik diskutiert wird. Die Milbren sind eine Art Steuer, die auf die Mieten erhoben wird. Die Abschaffung der Milbren ist ein Thema, das in der Politik diskutiert wird.

Mord nach Rache

Nach einem Mord wurde der Täter hingerichtet. Der Mord wurde in der Nacht vom 24. auf den 25. Oktober begangen. Der Täter wurde am 27. Oktober hingerichtet. Der Mord wurde in der Nacht vom 24. auf den 25. Oktober begangen.

Preis für Altkleider

Die Preise für Altkleider sind in den letzten Monaten gestiegen. Die Preise für Altkleider sind in den letzten Monaten gestiegen. Die Preise für Altkleider sind in den letzten Monaten gestiegen.

Das beste eine Versicherung

Die beste Versicherung ist die, die Sie brauchen. Die beste Versicherung ist die, die Sie brauchen. Die beste Versicherung ist die, die Sie brauchen.

laß.

TWA

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Donnerstag, 27. Oktober 1983 - D

Ans. Springer-Verlag AG, Postf. 10 08 04, 4300 Essen 1, Tel. 030 54 10 11
Wichtigste Telefonnummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenabteilung Köln (02 26) 10 15 24 / Vertriebsabteilung
Hamburg (040) 347-1 - Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Nr. 251 - 43. W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Beilagen 36,00 Bfr., Dienstzeit 8,00 Bfr., Frankreich 8,50 Bfr., Griechenland 30 Bfr., Großbritannien 50 Bfr., Italien 1200 L., Jugoslawien 100,00 Din., Luxemburg 25,00 Bfr., Niederlande 2,00 Dfl., Norwegen 7,50 skr., Österreich 12,50 Sch., Portugal 100 Esc., Schweden 6,50 skr., Schweiz 1,00 sfr., Spanien 125 Ptas., Kanarische Inseln 150 Ptas.

TAGESZEITUNG

POLITIK

**Gefährtes Echo: Erwartungsge-
mäß reagieren die Staaten des
kommunistischen Machtbereichs
mit heftiger Kritik an der gemein-
samen Intervention karibischer
Staaten und der USA auf Gren-
ada. Im Westen zeigen sich London
und Paris distanziert. Die Bundes-
regierung erklärt, sie sei nicht vor-
ab informiert worden, hätte aller-
dings von der Intervention abge-
raten.**

**USA umbeugsam: Die Vereinigten
Staaten ließen sich ihre Politik
nicht von Terroristen diktieren,
erklärt Vizepräsident Bush bei ei-
nem Besuch im Hauptquartier der
US-Friedenstruppe in Beirut.**

**Renten Anpassung: Die Renten
der gesetzlichen Rentenversiche-
rung und der Altershilfe für Land-
wirte sollen zum 1. Juli um rund
1,3 Prozent steigen. Ein Gesetz-
entwurf, mit dem die Kriegsopfer-
renten um 1,3 Prozent erhöht wer-
den, ist in Vorbereitung.**

**Unterstützung für NATO: 80 Pro-
zent der Bundesbürger stünden
zur westlichen Verteidigung,
zur Bundeswehr und zur NATO, sagt
Verteidigungsminister Wörner vor
dem „Deutschen Strategie-
Forum“.**

**Anschlag auf Botschafter: Der
jordanische Botschafter in Rom
ist bei einem Anschlag von meh-
reren Schüssen verletzt worden;
erst am Vortag war auf den jorda-
nischen Botschafter in Neu-Delhi
geschossen worden.**

**NATO-Vorleistung: In seinem
Brief an SED-Chef Honecker un-
terstreicht Bundeskanzler Kohl,
daß die NATO mit ihrer Verhand-
lungspolitik eine „einseitige Vor-
leistung in Form eines vierjähri-
gen Moratoriums“ bei der Nach-
rüstung mit Mittelstreckenwaffen
erbracht habe.**

**FDP steht zu Lamberts: Der
Partei-Vizepräsident Genscher will
auch bei Anklageerhebung im Zu-
sammenhang mit der Spenden-
Affäre zum Wirtschaftsminister
stehen. (S. 4)**

**Gewerkschafter an Kohl: Die
Vorsitzenden der fünf auf Verkin-
dung der Lebensarbeitszeit statt
35-Stunden-Woche fixierten
DGB-Gewerkschaften fordern
den Kanzler in einem „persönli-
chen“ Brief auf, rasch für ein Rah-
mengesetz zur Vorruhestands-
regelung zu sorgen.**

**Flucht: Unverletzt ist ein 24-jäh-
riger lediger Zahnarzt aus der
„DDR“ an einer nach Erkenntnis
der bayerischen Grenzpolizei ver-
minteten Stelle über die Demarka-
tionslinie in die Freiheit geflohen.**

**Heute: Bundesaußenminister
Genscher besucht Norwegen. -
Aktuelle Stunde im Bundestag zu
Grenada. - Pariser Treffen der
Außenminister der Staaten der Li-
banon-Friedenstruppe. - Partei-
tag der österreichischen Sozialisten
in Wien. - Nukleare Planungs-
gruppe der NATO berät in Otta-
wa. - Protesttag in Chile.**

Bonn geht auf Distanz zum US-Eingreifen in Grenada

„Wir hätten bei vorheriger Konsultation abgeraten“

Die Bundesregierung hat Distanz
zum amerikanischen Eingreifen auf
Grenada erkennen lassen. Regie-
rungssprecher Peter Bönisch sagte,
Bonn hätte von einer Intervention
abgeraten, wenn es von Washington
vorher konsultiert worden wäre. Ab-
schließend wolle sich die Regierung
aber noch nicht äußern. Der SPD-
Vorsitzende und Präsident der Sozia-
listischen Internationale, Willy
Brandt, hat dagegen die Aktion der
USA scharf verurteilt. Der Vorsitzen-
de der Kommission für Internatio-
nale Beziehungen und Entwick-
lungspolitik beim SPD-Parteivorstand,
Wischnewski, sagte, es sei für die SPD
unannehmbar, daß die Vorkräfte der
NATO „in einer Nacht-und-Nebel-
Aktion“ ein souveränes Land beset-
zen, das zudem Mitglied des Common-
wealth und dessen Staatsoberhaupt
die britische Königin sei.

Von Zurückhaltung bis zu offener
Verurteilung reichen gestern die Re-
aktionen in den übrigen westeuropä-
ischen Staaten.
Nach Angaben von US-Verteidigungs-
minister Weinberger haben die
USA gestern zusätzliche Truppen auf
die Insel entsandt, um den Kampf
gegen noch bestehende kubanische
Widerstandskräfte zu verstärken. Die
endgültige Entscheidung zu der mili-
tären Intervention war nach offi-
ziellen amerikanischen Angaben am
Montag gefallen. Der Entscheidung-
spruch hatte am Freitag mit dem in-
formellen Ersuchen anderer karibi-
scher Staaten zu der Invasion begon-
nen.

Die britische Regierungschefin
Margaret Thatcher hatte bereits am
Dienstag ernsthafte Zweifel an der
„Zweckmäßigkeit“ der Intervention
auf der Insel angemeldet. Das Londo-
ner Außenministerium erklärte ge-
stern, das Eingreifen der USA habe
„tiefe Meinungsverschiedenheiten
zwischen den Vereinigten Staaten
und Großbritannien offenbart“.

Der französische Staatschef Fran-
çois Mitterrand hat die amerikani-

und den „unverzüglichen Abzug der
Besatzer aus den Grenzen dieses so-
veränen Staates“ gefordert. Die ame-
rikanische Begründung für den mili-
tären Schritt zeige ein „Maxi-
mum an Zynismus und Heuchelei“
und sei ein „Akt unverhüllten inter-
nationalen Banditentums“.

Als „flagrante Verletzung der UNO-
Charta“ hat die Fekinger Regierung
den Invasionsakt bezeichnet. Der ku-
banische Staatschef Fidel Castro hat
von den Vereinigten Staaten die so-
fortige Einstellung der Kampfhand-
lungen gefordert. Aus seiner Note
geht hervor, daß bereits seit vergan-
gener Woche diplomatische Kontakte
zwischen Washington und Havanna
bestanden hätten, um zu einer Lö-
sung der Krise auf Grenada zu gelan-
gen.

Scharfe Angriffe waren die Ver-
einigten Staaten auch im Weltcher-
beitsrat ausgesetzt. Bei der auf An-
trag Nicaraguas einberufenen Son-
derung, die die USA vergeblich zu
verhindern versucht hatten, verur-
teilten auch die Vertreter Mexikos,
Nicaraguas, Guayanas, Libyens und
Jemens die Intervention als absolut
ungerechtfertigt. Guyana legte eine
Resolution vor, die die „flagrante Verletzung des Völker-
rechts und der Souveränität Gren-
adas“ verurteilt. Es wird damit gerech-
net, daß sie an einem Veto Washing-
tons scheitert.

Die Organisation Ostkaribischer
Staaten (OECS), auf deren Verlangen
das Eingreifen der Amerikaner gegen
Grenada zurückgeht, verteidigte die
Invasion.

SEITE 2:
Der ostgriechische Vergleich
SEITE 3 UND 5:
Weitere Beiträge

sche Intervention als Verletzung des
internationalen Rechts bezeichnet.

Auf unterschiedliche Reaktionen
ist die Entscheidung Präsident Ren-
dons bei US-Politikern gestoßen. Da-
bei gab es quer durch beide gro-
ßen Parteien zustimmende und ableh-
nende Stimmen. Unbehagen über Ziel,
Dauer und Umfang des militärischen
Engagements der USA in der Karibik
war bei Mitgliedern beider Häuser
des amerikanischen Kongresses fest-
zustellen. Der frühere Vizepräsident
Walter Mondale, der als einer der
aussichtsreichsten Bewerber um die
Kandidatur der Demokratischen Par-
tei gilt, nannte die Situation „gefähr-
lich, heikel und ernst“.

Die Sowjetunion hat gestern offi-
ziell die „Aggression der Vereinigten
Staaten gegen Grenada“ verurteilt

Kohl: Honecker soll Moskau bremsen

Kanzler weist in Brief auf Raketen in „DDR“ hin / „West-Vorschläge nicht verwerfen“

MANFRED SCHELL, Bonn
Bundeskanzler Helmut Kohl hat in
seinem persönlichen Appell SED-
Chef Erich Honecker aufgefordert,
Einfluß auf die Sowjetunion zu neh-
men, damit bereits in der „DDR“
stationierte neue moderne Nuklear-
raketen „abgebaut und keine zusätzli-
chen Nuklearwaffen aufgestellt wer-
den“. In einem Brief an Honecker
vom 5. Oktober, der gestern nach der
Übergabe in Ost-Berlin von der Bun-
desregierung veröffentlicht wurde,
schreibt Kohl, damit könne ein „ne-
ues Andrehen der Rüstungsspirale
vermieden“ werden.

In dem sieben Seiten umfassenden
Brief weist Kohl darauf hin, daß das
von der Sowjetunion am vergange-
nen Montag als „Gegensatznahme“
zu einer NATO-Nachrüstung ange-
kündigte - Rüstungsprogramm Mos-
kau „bereits überwiegend Realität“
geworden sei. Kohl: „Wie Sie wissen,
werden seit längerer Zeit nukleare

Kurzstreckenraketen des Typs SS 21
in der Deutschen Demokratischen
Republik disloziert; SS-20-Raketen
werden in der westlichen Sowjetun-
ion aufgestellt und die Dislozierung
der SS 23 steht unmittelbar bevor.“
Damit machte Kohl deutlich, daß er
die Drohgebärden der sowjetischen
Seite aus den vergangenen Tagen für

gründlich geprüft und nicht voreilig
verworfen werden.“

Ausdrücklich betont Kohl in dem
Schreiben die Verantwortung der
Bundesrepublik Deutschland und der
„DDR“ für die Sicherung des
Friedens. Die Bundesregierung neh-
me diese Verantwortung sehr ernst.
Ihrer Politik liege zugrunde, daß der
Einsatz von Waffen und Gewalt „kein
Mittel zur Durchsetzung politischer
Ziele mehr sein darf“. Kohl betont
aber zugleich: „Das deutsche Volk
erwartet aber auch von uns, auf einen
Zustand des Friedens in Europa hin-
zuwirken, in dem es in freier Selbst-
bestimmung seine Einheit vollenden
kann.“ Der Frieden in Europa „wird
nur in dem Maße gesichert, in dem es
gelingt, die Härten der Teilung
Deutschlands abzubauen und die
Teilung im Rahmen einer europäi-
schen Friedensordnung zu überwin-
den“. In diesem Sinne griff Kohl den
● Fortsetzung Seite 10

SEITE 10:
NATO berät atomare Taktik

Propagandamanöver hält. Die Genfer
Verhandlungen könnten auch eine
Begrenzung „dieses Potentials bewir-
ken“. Es sei noch Zeit für Verhand-
lungen, um erforderliche Weichen-
stellungen herbeizuführen. „Ich
möchte Sie in diesem Zusammenhang
bitten, Ihren ganzen Einsatz für
der Sowjetunion geltend zu machen,
um zu bewirken, daß die konstruktiv-
en westlichen Vorschläge von ihr

Neue Pauschalen im sozialen Wohnungsbau

Mk. Bonn
Das Bundeskabinett hat gestern
neue Pauschalen für Instandhal-
tungskosten im sozialen Wohnungs-
bau beschlossen. Nach Ansicht des
Bundesbauministeriums wird diese
Anhebung zu Mieterhöhungen füh-
ren, die sich zwischen 0,25 und 0,35
DM pro Quadratmeter Wohnfläche
monatlich bewegen dürften.
Als Instandhaltungskosten dürfen
nach dem Vorschlag der Bundesre-
gierung künftig je Quadratmeter und
Jahr folgende Beträge eingesetzt
werden: Für Wohnungen, die bis zum
31. Dezember 1982 bezugsfertig ge-
worden sind, höchstens 12,50 Mark,
bisher 9,40 Mark; für Wohnungen, die
bis zum 31. Dezember 1989 bezugsfer-
tig geworden sind, statt 9,00 jetzt
12,00 Mark und für später bezugsfer-
tig gewordene Wohnungen statt 6,90
Mark jetzt 11,00 Mark.

Renten: 1,3 Prozent mehr

Bundesregierung verabschiedet Anpassungsgesetz

HEINZ HECK, Bonn
Die Renten der gesetzlichen Ren-
tenversicherung und der Altershilfe
für Landwirte sollen am 1. Juli 1984
um rund 1,3 Prozent steigen. Das
sieht der Entwurf des Renten-
anpassungsgesetzes 1984 vor, den die
Bundesregierung in der gestrigen Kabi-
nettssitzung verabschiedet hat. Auch
die Renten der Kriegsopferver-
sicherung und die Geldleistungen der ge-
setzlichen Unfallversicherung sollen
um 1,3 Prozent erhöht werden.
Nach dem Entwurf des Haushalts-
begleitgesetzes 1984 soll sich die Ren-
tenanpassung künftig nach der Lohn-
entwicklung im Vorjahr richten (Ak-
tualisierung). Der durchschnittliche
Lohnanstieg 1983 betrug nach heuti-
gem Stand der statistischen Ermitt-
lungen 3,4 Prozent. Da jedoch eben-
falls am 1. Juli 1984 die Beteiligung
der Rentner an den Beiträgen für ihre
Krankenversicherung um weitere

zwei auf drei Prozent erhöht wird
(berechnet auf der Grundlage der er-
höhten Rente), verbleibt effektiv nur
eine Erhöhung von rund 1,3 Prozent.

Das Arbeitsministerium erinnert
daran, daß die Zunahme der Renten-
einkommen im ersten Halbjahr 1984
„noch von der wesentlich stärkeren
jährlichen Rentenerhöhung be-
stimmt ist, so daß sich im Jahres-
durchschnitt 1984 ein Zuwachs der
Renteneinkommen um rund 2,9 Pro-
zent ergibt“. Damit werde die ange-
strebte gleichgewichtige Entwick-
lung von Renten und verfügbaren
Arbeitnehmereinkommen „voraus-
sichtlich erreicht“.

Im Sozialbeitrag wird die aktuali-
sierte und damit geringere Renten-
anpassung unterschiedlich bewertet.
Ein Teil des Grenzüberschreitens sei als
„gerechtfertigt“ an die Belastungen
sein damit ausgewogen verteilt.

Bund verringert Anteile bei Veba

Demnach nur noch 30 Prozent / Teil der Bemühungen um breitere Vermögensbildung

HEINZ HECK, Bonn
Die Bundesregierung hat gestern
auf Antrag des Finanzministers be-
schlossen, ihre Beteiligung an Veba-
Konzern durch Aktienverkauf von
43,75 auf zunächst 30 Prozent zu ver-
ringern. Der Verkaufserlös von min-
destens 700 Millionen Mark soll, wie
Finanzminister Gerhard Stoltenberg
nach der Kabinettsitzung vor Journa-
listen erklärte, zur weiteren Vermin-
gerung der Neuverschuldung des Bun-
des 1984 verwendet werden.

Stoltenberg steht in dieser Maßnah-
me nur einen „ersten Schritt“. Zu-
gleich kündigte er für 1984 die Vor-
lage eines Konzepts über die künftige
Beteiligungspolitik des Bundes an.
Stoltenberg warnte vor übertriebe-
nen Hoffnungen beim künftigen Ver-

kauf von Bundesunternehmen. Da
sich zahlreiche von ihnen in der Ver-
lustzone befänden, sei die Zahl der
für eine Privatisierung geeigneten
Unternehmen nicht allzu groß.

Beispielhaft erinnerte er an den
Selbstgehirn-Konzern, der das vergan-
ge Jahr mit 630 Millionen Mark Ver-
lust abgeschlossen habe. Es gelte da-
her zunächst solche Bundesunter-
nehmen, die sich in der Verlustzone
befänden, zu reorganisieren und
„nachhaltig zu konsolidieren“.

Zur Wahrung der energiepoliti-
schen Interessen des Bundes sei eine
Beteiligung an der Veba AG von min-
destens 25 Prozent als „ausreichend“
anzusehen. Da die Hauptversammlung
der Veba AG bereits eine Kapi-

talerbhöhung beschlossen habe, wolle
man die Bundesbeteiligung „derzeit
bei 30 Prozent belassen“.

Diese weitere Teilprivatisierung
der Veba sei in Verbindung mit dem
Regierungsentwurf zur Vermögens-
bildung in Arbeitnehmerhand zu se-
hen (siehe Wirtschaftsteil). Die zum
Verkauf kommenden Veba-Aktien
im Nennbetrag von 232 Millionen
Mark werden von einem Bankkon-
sortium übernommen und platziert.

Bei der Ausgabe sollen Aktien zu-
nächst vor allem für solche Anleger
reserviert werden, die diese nach
dem neuen „336-DM-Gesetz“ für
sechs Jahre festlegen wollen. Die
Veba will einen Teilbetrag zur Ausgabe
von Belegschaftsaktien übernehmen.

DER KOMMENTAR

Der Unterschied

HERBERT KREMP

Ausführlich, argumentativ
und konstant hat der Bun-
deskanzler den Brief Honeckers
beantwortet, der für den Fall
einer westlichen Nachrüstung
eine neue „Eiszeit“ in Deutsch-
land nicht ausschließen wollte.
Kohls Verbindlichkeit reicht
bis zur Grußformel. Während
Honecker „mit vorzüglicher
Hochachtung“ schloß, sagt der
Bundeskanzler „freundliche
Grüße“. Gelassenheit hier,
Steifheit dort - das ist auch der
Unterschied der Briefinhalte.
Kohl hält sich an die westli-
che Argumentation, die von
dem durch sowjetische Vor-
richtungen gestörten militärischen
Gleichgewicht ausgeht, hebt aber die
aktive Rolle der Bundesre-
gung bei der „Entwicklung der
amerikanischen Verhandlungs-
position in Genf“ hervor. Auf
eine vergleichbare Rolle konnte
Honecker nicht hinweisen. Sein
Brief war ein einziges Zeugnis
der Abhängigkeit, ein von Mos-
kau diktiertes und in Ost-Berlin
hektographiertes Schriftstück.
Deutsch war nur die Staatszu-
gehörigkeit des Boten, der es
überbrachte.

Der augenfällige Grad des
Souveränitäts-Unterschiedes
läßt es beinahe ironisch erschei-
nen, wenn Kohl jetzt seinen
Briefpartner auffordert, seiner-
seits seinen „ganzen Einfluß“ in
Moskau geltend zu machen, um
den notleidenden Verhandlung-
en am Genfer See doch noch
zu einem Erfolg zu verhelfen.

Wie muß der Mann, der in einer
wichtigen strategischen Frage
nichts anderes sein kann als ein
ausführendes Organ, sich ei-
gentlich verkommen? Wahr-
scheinlich wie ein Schiff im
Packeis. Vielleicht schöpfe Ho-
necker aus diesem Eindruck
seine Eiszeit-Drohung - wie
wohl auch diese nur eine gelie-
bene ist.

Der Appell an Honecker,
„Einfluß geltend“ zu machen,
gewinnt mit dem Hinweis
Kohls auf die Stationierung so-
wjetischer taktischer Atomwaf-
fen in der „DDR“ Aktualität.
Honecker und der Prager Hu-
sak sagten nicht die Wahrheit,
als sie von Gegenmaßnahmen
(zur westlichen Dislozierung)
sprachen, mit deren „Vorberei-
tung“ begonnen worden sei.
Nein - die Atomrakete SS 21
steht in der „DDR“ schon feuer-
bereit, wie die gefährlichen SS
20 bereits auf den Rampen stan-
den, als Breschnew westliche
Gäste und Gastgeber noch in
Entspannung wiegte.

Es ist eben immer dasselbe:
„Doppelbeschlüsse“, um
erst zu verhandeln und im Falle
vergeblicher, jahrelanger währen-
der Konferenzen womöglich
nachzurufen. Der Osten rüstet
mittlerweile modern auf, um
die andere Seite dann unter
Drohungen am Gleichziehen zu
hindern. Diese Art des Frie-
densverständnisses hat Kohl in
höflicher Form durchsichtig
gemacht.

Präsidentenwahl: Stoltenberg kandidiert nicht

MANFRED SCHELL, Bonn
Bundesfinanzminister Gerhard
Stoltenberg (CDU) steht nicht für das
Amt des Bundespräsidenten zur Ver-
fügung. In der Umgebung von Bun-
deskanzler Helmut Kohl ließ es ge-
stern, Stoltenberg habe dies den
Kanzler in den vergangenen Tagen
wissen lassen. Kohl hatte öffentlich
den Bundesfinanzminister für das Amt
des Staatsberaters vorzuschlagen.
Die Wahl dazu findet am 23. Mai 1984
in der Bundesversammlung statt, in
der die CDU und CSU die absolute
Mehrheit haben.
Stoltenberg ist Repräsentant der
norddeutschen CDU und zudem Pro-
testant. Dieser konfessionelle Ge-
sichtspunkt spielt eine Rolle, weil
Kohl als Kanzler und Rainer Barzel
als Bundespräsident katholisch sind.

Mit der Entscheidung Stoltenbergs
ergibt sich für Kohl eine neue Lage,
denn durch einen „Vorschlag Stol-
tenberg“ wäre der Anspruch von Ri-
chard von Weizsäcker am ehesten zu
entkräften gewesen. Außerdem wäre
damit ein respektables Ministeramt
für den CSU-Vorsitzenden Strauß
freigeworden.

Neben von Weizsäcker werden jetzt
vor allem die Namen des niedersäch-
sischen Ministerpräsidenten Ernst
Albrecht und des CDU/CSU-Frak-
tionsvorsitzenden Alfred Dregger ge-
nannt. Kohl hat zu verstehen ge-
geben, daß er mit seinem Vorschlag für
das Amt des Staatsberaters keine
konfessionelle, also keine protestan-
tische Tradition begründen wolle.
Dies deutet auf Dregger hin.

Bonn übernimmt Abgas-Grenzwerte aus den USA

E. NITSCHKE, Bonn
Das Bundeskabinett hat gestern
entschieden, daß bei der Einführung
der neuen Abgasgrenzwerte für
Kraftfahrzeuge von 1986 an die nie-
drigen amerikanischen Werte über-
nommen werden. Zugleich forderte
die Bundesregierung die Automobil-
industrie auf, die erforderlichen Um-
stellungen so rechtzeitig vorzuneh-
men, daß vom 1. Januar 1986 an - mit
der Umstellung auf bleifreies Benzin
- das schadstoffarme Auto eingeführt
werden kann.
Im Vergleich mit durchschnittli-
chen Kraftfahrzeugen in der Bundes-
republik Deutschland soll mit der
Übernahme der US-Grenzwerte eine
Reduzierung der Schadstoffe bis zu 90
Prozent erreicht werden. Konkrete
Daten über die Verringerung der
Schadstoffe wurden im Beschluß des
Bundeskabinetts noch nicht genannt.
Mit diesem Schritt ist das Bundes-
kabinett einer Bitte von Bundesin-
nenminister Friedrich Zimmermann
nachgekommen, der Mitte Juli dieses
Jahres nach Gesprächen mit Reprä-
sentanten der Automobil- und Mi-
neralölindustrie bekanntgegeben hatte,
daß vom 1. Januar 1986 an neuzeu-
gelassene Kraftfahrzeuge in der Bun-
desrepublik Deutschland aus Grün-
den des Umweltschutzes nur noch
bleifrei fahren sollten.
Die Bundesrepublik will bei dieser
Maßnahme in der EG den „Vorreiter“
spielen. Die EG-Kommission in Brüs-
sel wurde aber vom Bundeskabinett
ersucht, bis zum 15. April 1984 einen
Entscheidungsvorschlag zur EG-weit-
en Einführung bleifreien Benzins
vorzulegen.

Gastlichkeit auf gut kölsch.

Gaffel ist die
Kölsch-Spezia-
lität, die zur
Behaglichkeit
einlädt. Bei die-
sem Spitzenbier
schätzt man
den unverwech-
selbaren Charak-
ter, den an-
genehm herben und herrlich
erfrischenden Geschmack.

Gaffel-Kölsch
ist hell und ober-
gärig, natürlich
rein und über-
aus bekömm-
lich. Aus der Fla-
sche ebenso wie
vom Faß.
Eine echte Kölner Tra-
ditionsmarke, die besser nicht
sein kann.

Die feine Spezialität.
Ausgezeichnet im Geschmack.



DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Debatte ohne Wenn und Aber?

Von Georg Schröder

Bundeskanzler Kohl will eine Erklärung des Bundestages über die 1979 vereinbarte Aufstellung moderner Mittelstreckenraketen. Die SPD dagegen will eine dreitägige Debatte, um unter einer Flut von Worten möglichst zu verbergen, daß sie zwei Tage zuvor auf ihrem Parteitag in München die Fackel an den in den letzten Wochen und Monaten von ihren Unterorganisationen angehaften Scheiterhaufen der Sicherheitspolitik Helmut Schmidts gelegt hat. Darum geht es in Wirklichkeit beim gegenwärtigen Streit um Termin und Dauer der geplanten Bundestagsdebatte – wenn nicht sogar Verzögerungstaktik dahintersteckt.

Es ist grotesk, wenn Oppositionsführer Vogel pathetisch versichert, der Bundestag dürfe sich in dieser Frage, die die Bevölkerung zutiefst aufwühle, nicht in eine Feigenblattfunktion bringen lassen. Grotesk deshalb, weil führende sozialdemokratische Politiker einschließlich ihres Parteivorsitzenden doch am Bundestag vorbei auf die Straße und in die Versammlungssäle geeilt sind, um ihren sicherheitspolitischen Kurswechsel lauthals zu verkünden und ihre Entschlüsse mitzuteilen. Was soll also eine Debatte bringen, was wir nicht schon ein dutzendmal zuvor gehört haben?

Vielleicht möchte Hans-Jochen Vogel sie nutzen, um seine Verdrehungen richtig zu stellen. Wir haben noch nicht vergessen, daß er uns im Wahlkampf einzureden suchte, die Entscheidung über die Stationierung falle bei der NATO und bei uns erst im Herbst aufgrund des dann vorliegenden Standes der sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen. Nicht vergessen ist auch seine jüngste Verdrehung der Tatsache, wonach man 1978 im Westen ein ungefähres Gleichgewicht für gegeben angesehen habe. Der damalige Justizminister im Kabinett Schmidt kann doch nicht geschlafen haben, als sein Bundeskanzler 1977 aufbrach, um zuerst die Briten und dann die Amerikaner zu beschwören, durch Aufstellung neuer Mittelstreckenraketen dieses durch die Sowjets zerstörte Gleichgewicht wiederherzustellen.

Will die SPD wie im März 1958 mit der Redeschlacht eine Psychose verstärken? Die Sozialdemokraten hatten später schwer daran zu tragen, vor allem Schmidt, das Opfer der jetzigen SPD-Politik.

Die Sorgen der SPÖ

Von Carl Gustaf Ströhm

Ratenweise ist das Ende der Ära Kreisky in Österreich herangekommen. Jetzt wird der ehemalige Bundeskanzler, nachdem er bereits sein Parlamentsmandat niederlegte, auf dem heute beginnenden Parteitag der österreichischen Sozialisten auch als Parteivorsitzender zurücktreten. Bruno Kreisky hat die österreichische Sozialdemokratie auf die Höhe der Macht geführt, er hat ihr jahrelang eine absolute Mehrheit gesichert. Kein anderer demokratisch gewählter Politiker seines Landes hat je eine solche Popularität erreicht – kein anderer ist in der weiten Welt so bekannt geworden.

Sein Abgang aus der Tagespolitik ist dennoch von zwei problematischen Entwicklungen überschattet: Von der Wirtschaftskrise, die nun auch für Österreich voll durchschlägt und zu ersten Protesten der um ihre Arbeitsplätze bangenden bisherigen SPÖ-Wähler geführt hat – und vom persönlichen Konflikt des Ex-Kanzlers mit seinem einstigen „Kronprinzen“ und ehemaligen Finanzminister Hannes Androsch. Kreisky hat sogar gedroht, am Parteitag nicht teilzunehmen, wenn Androsch dort für den Parteivorstand kandidieren sollte.

Noch ist nicht sicher, ob der jetzige Kanzler Fred Sinowatz, der nun auch den Parteivorsitz der SPÖ übernehmen soll, auf dem Parteitag eine geordnete, würdige „Hofübergabe“ erleben wird, oder ob es nicht doch noch zu heftigen Szenen zwischen Kreisky einerseits und den Androsch-Anhängern andererseits kommt. Innerparteilich scheint der Stern des einst siegegewohnten Bruno Kreisky schnell zu verblasen. Schon regt sich die Kritik an dem Mann, der einst der SPÖ zu unabhägigen Wahlsiegen verhalf – und den man jetzt hinter vorgehaltener Hand für die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die Haushaltsdefizite und auch für den Zustand der eigenen Partei verantwortlich macht.

Sinowatz übernimmt kein leichtes Erbe. Zum ersten Mal hört man in Diskussionen sogar aus dem Munde von treuen Sozialisten, die Partei könne bei den nächsten Wahlen „abgewählt“ werden, wenn es ihr nicht gelinge, die Schwierigkeiten zu meistern. Ob dieser Wiener Parteitag für die Sozialisten also nur den Abschied von der Ära Kreisky oder den Beginn des Abschieds von der politischen Macht bedeutet, bleibt eine offene Frage.

Düsteres aus Athen

Von Evangelos Antonaros

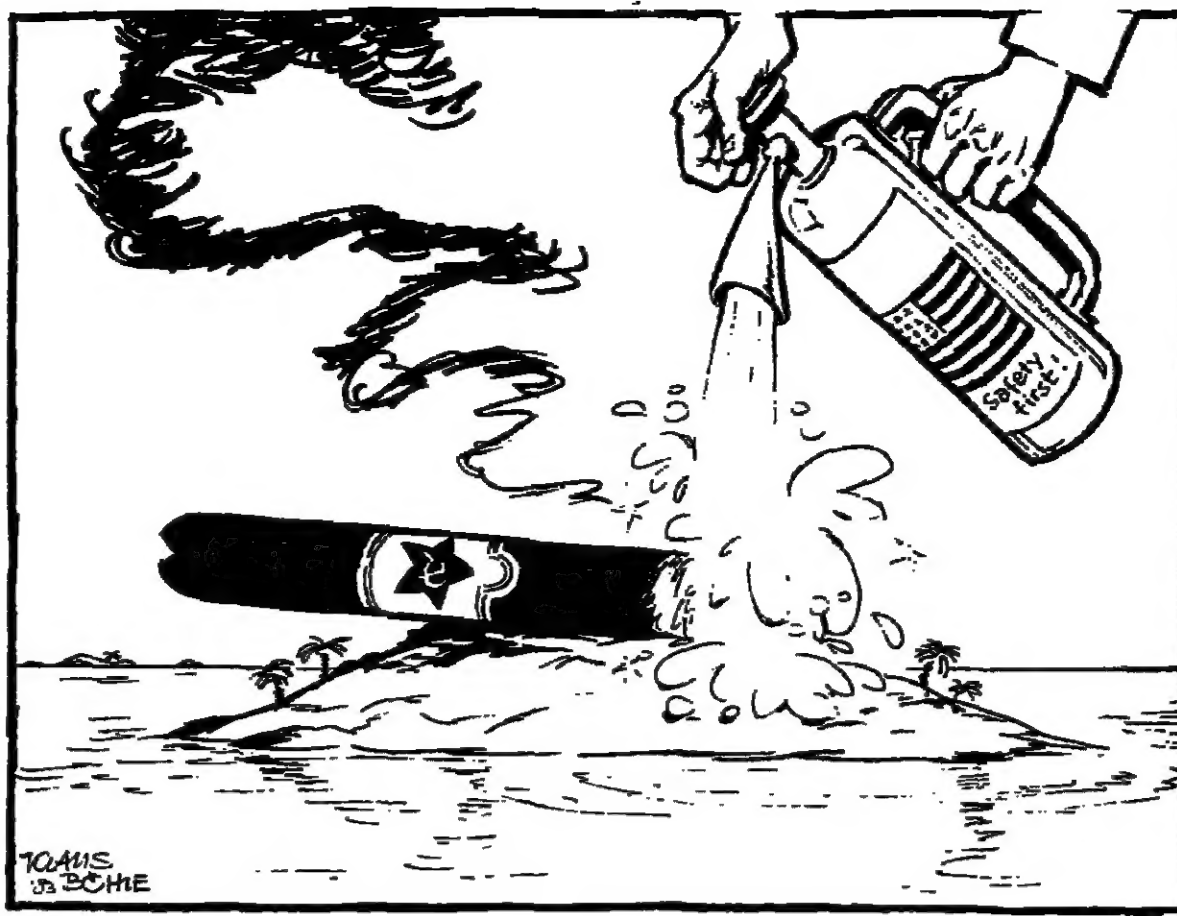
Neu ist es nicht, daß der griechische Ministerpräsident und Sozialistenchef Andreas Papandreu überall „rechte“ Feinde sieht. Doch seine jüngste Verschwörungstheorie verdient Beachtung, weil sie einiges über die Taktik dieses zur Demagogie neigenden Politikers verrät.

„Politische Gegner haben im Ausland sehr viel Geld ausgegeben, von hundertzwanzig Millionen Dollar ist die Rede, um ein negatives Klima gegen uns entstehen zu lassen, um das Vertrauen an uns weltweit zu unterminieren.“ So Papandreu; aber wie immer vermochte er nicht, Einzelheiten oder gar Beweise zu seiner Horrorgeschichte zu nennen.

Papandreus Taktik gehört zum Standardarsenal aller Sozialisten. Sie verheißten bei einem schwungvollen Amtsantritt die Beseitigung aller Probleme, lösen schneller als selbst von Pessimisten erwartet das Chaos aus und geben die Schuld sodann anonymen, aber immer kapitalkräftigen Mächten, die den Sozialisten das Paradies nicht gönnen.

So auch in Griechenland. Seit gut zwei Jahren sind die Pasok-Sozialisten an der Macht, seit zwei Jahren geht es mit der Wirtschaft ständig bergab. Nicht die angeblich im Ausland gegen Papandreu konspirierenden Kapitalisten, sondern die Unfähigkeit und die Konzeptlosigkeit der Athener Genossen haben die fast aussichtslose Situation verschuldet, für die Papandreu jetzt ein Alibi sucht.

Vor diesem Hintergrund könnte es Papandreus Absicht sein, mit Hilfe seiner Verschwörungstheorie die Griechen auf einen rigorosen Wirtschaftskurs einzustimmen. Mittelfristig mag er mit der Behauptung, reiche Ausländer betrieben seinen Sturz, patriotische Massen zu mobilisieren versuchen. Da die bürgerliche Opposition schläft, kann es durchaus sein, daß der alte Trick neue Erfolge bringt.



Der afghanische Vergleich

Von Enno v. Loewenstern

Kritiker haben an Afghanistan erinnert, an Prag 1968 gar, als die UdSSR mit anderen zusammen in einem fremden Land intervenierte. Das amerikanische Vorgehen in Grenada kann in der Tat Irritationen bei den Verbündeten auslösen; es mag Straßendemonstrationen neu beleben, und Willy Brandt mag sich ermutigt fühlen, sein „Großmächtigtum“ nun mal so als Begründung für sein Streben nach Aquidistanz zu erneuern. Doch sind die Unterschiede augenfällig.

Sie sind es auch dort, wo man die machtpolitische Seite erwägt. Grenada ist nicht nur eine wichtige Zwischenstation für die kubanischen Interventionstruppen in Afrika – daher das gewaltige Flugfeld, das teilweise mit westlichem Geld bezahlt wurde –, es liegt auch an den Tankerrouten, über die annähernd die Hälfte des Öls für die USA befördert wird. Man hat denn auch kubanische und sowjetische „Helfer“ in Grenada vorgefunden; die Kubaner zumindest haben offenbar mit der Waffe in der Hand gekämpft. Weder in der CSSR noch in Afghanistan befanden sich amerikanische oder andere westliche Militärs oder einschlägige „Berater“, weder da noch dort waren irgendwelche bedrohliche Maßnahmen gegen die UdSSR im Gange oder geplant.

Es ist nicht nur legitim, die rund tausend durch den zweiten Putsch, diesmal der Coard-Leute, gefährdeten US-Amerikaner davor zu bewahren, daß sie etwa nach persischer Manier zu Geiseln genommen werden. Es ist auch legitim, gegenüber offenbaren kriegerischen Vorbereitungen in der Nachbarschaft der USA einzuschreiten. Cuba leugnet weder seine Rolle als Satellit Moskaus noch sein Bemühen um Umsturz in der Karibik, für seine Schutztruppenfunktion für Sowjetstellen in Afrika; es scheint allenfalls zu glauben – und einige seiner Bewunderer im Westen scheinen zu glauben –, daß ein Umsturz, der nicht allein von kubanischen Invasoren, sondern von einigen kubanischen Agenten mit örtlicher Staatsbürgerschaft als Gattungsfiguren inszeniert wird, legitim sei. Allerdings – und das muß manchen Kritiker der USA nachdenklich machen – selbst Ku-

ba hat eben noch die Ermordung seines Putschisten Bishop durch seinen Putschisten Coard verurteilt.

Demgegenüber ist es keine Feigenblatt-Frage, sondern eine ernste Sache, daß die Anrainer Grenadas sich durch den Umsturz derart bedroht fühlen, daß sie Washington um Hilfe bitten und sich selber mit Truppen beteiligen. Diese Staaten können nun wirklich von der feurigsten Phantasie nicht als Abenteurer oder US-Satelliten dargestellt werden; sie gehen seit Erlangung ihrer Souveränität still und friedlich ihren Weg – wie ihn Grenada ging, bevor die „Jewel“-Leute seinerzeit unter Führung Bishops den Premier Gairy stürzten.

Gairy hatte versäumt, oder richtiger, er hatte die Machtmittel nicht gehabt, der vor seinen Augen auf gebauten kommunistischen Umsturzpartei rechtzeitig entgegenzutreten. Genauso wehrlos fühlen sich die anderen karibischen Staaten, wenn ihnen nicht die USA gegen derartige Entwicklungen zu Hilfe kommen. Das ist wohl etwas anderes, als wenn Ulbricht bei Breschnew darauf drängt, die in Prag aufblühenden Freiheitstendenzen zu zertreten.

Washingtons Verbündete distanzieren sich aus ihren jeweiligen Gründen heraus; London möchte erkennbar den Argentinern auch nicht im weitesten Sinne eine Rechtfertigung für deren Falkland-Invasion zuspielen, und Paris will sein Tschad-Unternehmen abgrenzen. Aber die Londoner „Times“



Die Nachbarn boten um Hilfe: Reagan mit der Ministerpräsidentin von Dominica, Eugenia Charles. FOTO: AP

konnte nicht umhin, nachdem sie „Aggression“ und „Verletzung des Völkerrechts und der UN-Charta“ gedonnert hatte, hinzuzufügen: „Das Unternehmen kann indessen noch etwas Gutes erbringen, wenn Grenada schnell wieder eine verfassungsmäßige Regierung erhält. Der Umstand, daß die USA ihre Entschlossenheit zur Gewaltanwendung gezeigt haben, obgleich das die Lage verschärfen könnte, stellt vielleicht eine heilsame Warnung für einige Kreise dar.“

Die besagten Kreise haben von Kuba bis Nicaragua durch ihre Klagen zu verstehen gegeben, daß sie die Warnung durchaus so aufgefaßt haben. Mag sein, daß die Wirkung der Aktion bis Beirut ausstrahlt. In Moskau, wo man Machtpolitik zu würdigen weiß, kommt sie gewiß an. Endgültig klar aber wird der Unterschied zu Prag 1968 und Afghanistan 1979 freilich durch die Anmerkung, ... wenn Grenada schnell wieder eine verfassungsmäßige Regierung bekommt.“

Da liegt natürlich das eigentliche Ziel der Intervention. Sie ist nicht erfolgt, um die Freiheit zu unterdrücken im Namen einer Weltrevolution per brüderlicher Hilfe, sondern sie ist erfolgt, um die Freiheit und Selbstbestimmung der Menschen von Grenada wiederherzustellen. Die französische Regierung hat dem Wortlaut nach durchaus recht mit ihrem Vorhalt, daß hier nicht auf Ersuchen der legitimen Regierung interveniert worden sei; die war freilich durch die Intervention der Bishop, Coard und anderen vertrieben worden. Aber dem Sinne des Rechts nach ist der legitime Souverän das Volk.

Das Volk von Grenada aber dürfte bald genug Gelegenheit haben, in freier Abstimmung zu erklären, ob es hinter Coard und seinen kubanischen Freunden steht oder ob es wieder die freiheitliche Ordnung haben will, die durch den „Jewel“-Putsch beseitigt worden war. Dann wird es den heutigen Kritikern schwerfallen, die Intervention zu beklagen, die den Menschen von Grenada diese Möglichkeit verschafft hat. Um so mehr Gelegenheit werden sie dann haben, sich noch einmal mit den Vergleichsthemen CSSR und Afghanistan zu beschäftigen.

IM GESPRÄCH Florian Siwicki

Jaruzelskis rechte Hand

Von Joachim Georg Görlich

Zu den Personen, die dem engsten Kreis von Armeegeneral Wojciech Jaruzelski angehören, gehört sein langjähriger Freund, der bisherige Vizeverteidigungsminister und Generalstabschef, Waffengeneral Florian Siwicki (geboren 1925). Beide gehören den sogenannten „Jantischaren“ an, also Polen aus antikommunistischen Familien, die von den Sowjets umzogen wurden.

Siwicki ist im Schatten des Doms zu Luck geboren, stammt also auch wie Freund Jaruzelski aus dem ansonsten antisowjetisch eingestellten ehemaligen Ostpolen, das heute von der UdSSR annektiert ist. Vater Siwicki war Berufsunteroffizier und ist wie Jaruzelskis Vater nicht mehr aus der UdSSR zurückgekommen. Beide haben im offiziellen Lebenslauf den Vermerk, daß sie in jungen Jahren als „Arbeiter“ in der UdSSR tätig waren, womit Zwangsarbeit gemeint ist. Sie lernten sich 1953 auf dem Offizierslehrgang in der sowjetischen Offizierschule in Rjasan bei Moskau kennen. Siwicki kam allerdings als Rotarmist dorthin. Beide waren sie Militärschüler. Und: Beide nahmen sie am Kampf „bei der Festigung der Volksmacht“ teil, zu deutsch: bei der blutigen Bekämpfung der Opposition und nationaler Minderheiten.

Nach Tätigkeiten im polnischen Verteidigungsministerium absolvierte Siwicki zunächst die sowjetische Generalstabsakademie und wurde – wie vor ihm Jaruzelski – Divisionskommandeur einer „mechanisierten Einheit“. Danach war er Militärschüler in Peking und später Generalstabschef des Wehrbereichs Schlesien. Zum Befehlshaber dieses Wehrbereichs avanciert, befehligte er 1968 die polnischen Interventionstruppen in der CSSR. Zwei Jahre später ge-



Zusammenhalt der Jantischaren: Siwicki. FOTO: AP

hörte er zu jenen Generalen, die den Aufstieg des Kattowitzer Parteichefs Edward Gierek zum Ersten Sekretär der politischen KP förderten. Wiederum drei Jahre später machte ihn der dankbare Gierek zum Generalstabschef und Vizeverteidigungsminister. Mit der Ernennung seines Freundes Jaruzelski zum Ministerpräsidenten und danach zum KP-Chef erhielt Siwicki einen weiteren Machtzuwachs. Er gilt mittlerweile als Defacto-Verteidigungsminister und graue Eminenz Jaruzelskis, der genau wie er erst 1948 der KP beitrug, ehe ihn schließlich den Weg ins Politbüro. Er ist maßgeblich am Militärputsch vom 13. Dezember 1981 beteiligt und spielt sozusagen die zweite Geige im allmächtigen „Militär der nationalen Erneuerung“ (WON). Er ist es schließlich, der der Militärregierung Anerkennung im nichtkommunistischen Ausland verschafft. Er bewegt Libyens Staatschef Kadhafi zur Anerkennung des ersten kommunistischen Militärregimes.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Die Intervention einer multinationalen Truppe unter Führung der USA auf der karibischen Insel Grenada ist ein westlicher Akt, der die Welt ein bisschen mehr zerteilt.

LE QUOTIDIEN

Indem er in Grenada zuzuschauen, dachte Reagan offenkundig an Beirut. ... In Moskau kann man jetzt nicht mehr ignorieren, daß eine neue Provokation eine neue Reaktion auslösen würde. Es ist gut, daß dem so ist. Dies ist seit langem der erste Faktor von Optimismus für die Zukunft der Demokratie. Man hielt Amerika für schwach, defätistisch und kapitalabgünstig. Es hat bewiesen, daß man sich irrt. (Paris)

The Daily Telegraph

Die Karibik ist mit Mittelamerika das Hinterland der Vereinigten Staaten. Allzu lange haben die europäischen Länder eine atavistische Haltung eingenommen, indem sie die amerikanische Sorge um Mittelamerika und die Karibik kritisierten und vernachlässigten. Mit seiner schnellen und entschlossenen Handlung wollte Reagan die Gefahr eines neuen Kuba im Keim ersticken. Natürlich gibt es da militärische und politische Gefahren. Aber Sicherheit kann man nicht durch Nichtstun erreichen, und wenn die Operation erfolgreich ist, bedeutet sie einen Rückschlag für Kuba und den sowjetischen Expansionismus. Das sollten wir alle begrüßen. (London)

THE TIMES

Die Vereinigten Staaten und ihre karibischen Verbündeten haben einen Aggressionsakt gegen Grenada begangen. Sie haben Völkerrecht und die Charta der Vereinten Nationen verletzt. ... Reagan hat keinen Beweis dafür erbracht, daß der sowjetische Einfluß ein Ausmaß erreichte, bei dem die Gefahr bestand, daß Grenada zu einem vollständigen Satelliten werden könnte, dem die Sowjetunion unwiderruflich verpflichtet sein würde. ... Der Um-

stand, daß die Vereinigten Staaten ihre Entschlossenheit zur Gewaltanwendung gezeigt haben, obgleich das die Lage verschärfen könnte, stellt vielleicht eine heilsame Warnung für einige Kreise dar. (London)

WASHINGTON POST

Einige Amerikaner werden sich freuen, daß die Vereinigten Staaten endlich eine anscheinend verlorengegangene Fähigkeit zurückgewonnen haben, als militärische Großmacht zu reagieren, und daß sie Nicaragua und anderen sie quälenden Quellen ein Warnsignal gegeben haben. Aber ein solches Signal ist kaum ein angemessener Grund für die Invasion eines kleinen Landes, das sich in Frieden mit den Vereinigten Staaten befindet, das 2. Washington und viele seiner karibischen Nachbarn zwar vor dem Kopf gestanden, aber nichts getan hat, was glaubwürdig als Kriegssatz angesehen werden könnte, und dessen Bürger, 3. soweit bekannt ist, keinen amerikanischen oder nachbarlichen karibischen Beistand erbeten haben.

BRAUNSCHWEIGER ZEITUNG

Jede Intervention bleibt ein völkerrechtlich fragwürdiges Instrument, ganz gleich, ob sie wie in Prag das diente, die demokratischen Regierungen im Volk zu unterdrücken, oder wie nun auf den Grenadinen: nach Präsident Reagans Worten das Ziel hat, die Demokratie wiederherzustellen, die es dort allerdings schon seit langem nicht mehr gab. Die USA müßten die halbe Welt besetzen, wenn sie überall eingreifen wollten, wo es keine Demokratie gibt. Ihre Landung auf den Grenadinen ist daher in erster Linie als eine Demonstration der Macht und des Willens zu verstehen, die innerhalb der dort herrschenden Kommunisten ausgebrochenen Auseinandersetzungen zu nutzen, um den Einfluß der Sowjets und Kubaner an dieser Stelle des amerikanischen Hinterhofs zu beseitigen.

Wer die Steuerschraube dreht, braucht eine ruhige Hand

Umverteilung via Mehrwertsteuer wäre der falsche Weg / Von Peter Gillies

Die Steuerschraube scheint eine magische Anziehungskraft auf Politikerhände auszuüben. So mancher hätte es besser unterlassen, an ihr herumzuhantieren. Die Erprobung der Belastungsfähigkeit ist heute nicht mehr nötig; sie ist bereits erfolgt. Die Stabilisierungskrise beweist, daß die ständig erhöhten Steuern und Abgaben in nicht geringem Maß die Wirtschaft und Wachstumskräfte strangulieren helfen.

Steuersenkung bei Lohn- und Einkommensteuer? Rauf mit der Mehrwertsteuer, um die Sozialabgaben zu mildern? Erhöhung von Sozialabgaben, um „das Netz“ wieder fester zu knüpfen? Die Vorschläge sind einigermaßen verwirrend.

Es ist nützlich, das Vorrangige vom Nachrangigen, das Konjunkturelle vom Strukturellen zu trennen. An erster Stelle muß folgende Einsicht stehen: Die Belastung mit Lohn- und Einkommensteuern ist zu hoch. Sie bremst die produkti-

ven Kräfte, lähmt die Leistung, ermüdet zur Schattenwirtschaft und höhlt durch Besteuerung von Scheingewinnen die Kraft der Unternehmen aus.

Ziel der Bundesregierung muß deshalb eine Senkung dieser Steuern sein. Allein schon das Zusammenwirken von Inflation und Progression des Steuertarifs führt im ersten Jahr fünf der achtziger Jahre zu „heimlichen“ Steuererhöhungen in der Größenordnung von vierzig bis fünfzig Milliarden Mark. Dieser vom Gesetzgeber ungewollte Effekt muß entschärft werden.

Darüber herrscht auch Einigkeit. Aber es fehlt das Geld für eine Milderung des Steuertarifs. Damit die Steuerbürger davon überhaupt etwas spüren, sind Summen zwischen fünfzehn und zwanzig Milliarden Mark eher die Untergrenze. Die Finanzpolitik muß darauf „anspielen“. Wenn die Regierung die Eckwerte für die Entlastung 1984 festlegt, muß sie gleichzeitig dafür

sorgen, daß die Erwartungen nicht ins Kraut schießen. Ein Inkrafttreten 1985 mag wünschenswert sein, ist aber unrealistisch. Eher käme wohl das Wahljahr 1987 in Frage, was aus wachstumspolitischer Sicht jedoch sehr spät wäre, wahrscheinlich zu spät.

Aber auf so schlechtem Wege ist Minister Stoltenberg nicht. Die Konsolidierung des Bundeshaushalts macht Fortschritte, die mögliche Reduzierung der Neuverschuldung 1984 zeigt es. Der Prozeß wäre noch beeindruckender, hätte die Regierung nicht im Aufakt ihres Geschäfts verwirrende und falsche Signale bei den Steuern und Abgaben gesetzt. Aber selbst wenn man berücksichtigt, daß außer der Stahlindustrie noch manches Risiko auf die Bundeskasse zukommt, sind die bisherigen Erfolge recht achtbar.

Ministerpräsident Albrecht hat vor einigen Monaten mit gewissen Thesen zur Wirtschaftspolitik für Aufregung gesorgt. Eine umstritte-

ne davon hat er mehrfach konkretisiert: Man solle die Sozialkosten bei den Löhnen kräftig senken und im Gegenzug die Mehrwertsteuer kräftig erhöhen, beispielsweise um vier Prozent oder in Stufen um sechs Prozent.

Das brächte den Unternehmen eine Entlastung bei den Lohnnebenkosten, den Arbeitnehmern weniger Abgaben. Gleichzeitig belastete die höhere Mehrwertsteuer alle Bürger stärker. Damit entfernte man sich jedoch noch weiter von der Beitrags- und Leistungsbezogenheit und ging einen Schritt in Richtung Volksversicherung. Bei des widersprüche den bisher erklärten Zielen der bürgerlich-liberalen Koalition.

Ein kräftiger Schub der Mehrwertsteuer auf achtzehn oder gar zwanzig Prozent wirkt zudem inflationstreibend. Er ermunterte zu noch mehr Schwarzarbeit, induzierte wohl auch tendenziell Lohn-erhöhungen. Da auch Investiti-

nen davon hat er mehrfach konkretisiert: Man solle die Sozialkosten bei den Löhnen kräftig senken und im Gegenzug die Mehrwertsteuer kräftig erhöhen, beispielsweise um vier Prozent oder in Stufen um sechs Prozent.

nen mit der höheren Steuer belastet würden, also die Anschaffung einer Maschine mit Renten- und Sozialabgaben belastet ist, wäre man den alten SPD-Plänen einer Maschinensteuer bedenklich nahe. Innovation, die so dringens nötig ist, wäre zusätzlich besteuert.

So hilfreich manche Idee aus den Albrecht-Thesen sein mag, diese Umverteilung via Mehrwertsteuer ist es nicht. Sie widerspricht nahezu allen bisherigen ordnungspolitischen Bekenntnissen der Union, weswegen ihre Mehrheitsfähigkeit in dieser Koalition nicht zu erwarten ist.

Für die Koalitionäre wäre es hilfreich, sich untereinander über die Prioritäten der Steuer- und Abgabenpolitik abzustimmen. Albrecht kann sich die Verwirrung selbsttätig. Vor allem die Union sollte sich endlich an eine Kernaussage erinnern, die nicht unwesentlich zu ihrem Wahlsieg beitrug: Runter mit den Steuern.

Udo sang im Osten, und das Lied von Pankow blieb im Westen

Seine Fans blieben drauß: Die FDJ saß im Saal. Nach acht Jahren des Wartens durfte Rock-Star Udo Lindenberg in Ost-Berlin auftreten. Sein „Sonderzug nach Pankow“ mit ironischen Anmerkungen über Honecker blieb ungesungen, dafür stieg er in den „Friedens-Express“ eines Anti-NATO-Festivals ein.

Von H. RÜDIGER KARUTZ

Ein Mann mit Schlapphut, schwarzen Lederjacks und Schlenker-Gang aus West-Berlin versetzte Ost-Berlins Regierungsviertel in Aufruhr. Der „kleine Udo“ Lindenberg kam, sah und sang. „Jeder, der für diese Sache dabei sein will, ist uns immer gern willkommen“, lobte FDJ-Chef Egon Krenz zu nächstlicher Stunde im 800-Millionen-Mark-Bau des „Palastes der Republik“ am Lustgarten im Kreis westlicher Journalisten.

Die „Sache“ war der Frieden. Draußen vor den ordnungsbewährten Palast-Türen aber ging es höchst unfröhlich zu: Polizisten in Grün und truppweise heranströmende FDJ-Ordner in roten und blauen Anoraks hielten Udo wahre Fans zurück. „Wir wollen rein, wir wollen rein!“, schandierten Hunderte von Ausgeschlossenen – zu Füßen des Marmorkonkretions von Alten Fritz. In seinem Rücken leuchtete das westliche Abendrot über dem Brandenburger Tor.

Die 4000 Sitzkarten für den „Friedens-Abend“ im Palast gingen zum „Solidaritäts-Beitrag“ (Krenz) von drei Mark an ausgesuchte FDJ-Mitglieder, die nicht unbedingt zu Lindenberg Fans zählen. Nachfragen junger Ostberliner nach Billets beschieden: „FDJ-Betriebsfunktionäre beispielsweise mit dem klassischen Lied, das nicht unbedingt zu Lindenberg Fans zählen. Nachfragen junger Ostberliner nach Billets beschieden: „FDJ-Betriebsfunktionäre beispielsweise mit dem klassischen Lied, das nicht unbedingt zu Lindenberg Fans zählen.“

Die beiden Karten, die wir haben, brauche ich für mich und mein Stellvertreter.“ Um zusätzlich sicherzugehen, daß keine Teenager aus der Lindenberg-Legion in den „Palast“ geschmuggelt wurden, waren die Eintrittskarten mit der Personalnummer versehen – für alle Kontrollfälle.

Bei späteren Nachforschungen sah die Stimmung bei den Hunderten von Aufsehern, Stab-Bediensteten und FDJ-Gruppen, die den gesamten ehemaligen Lustgarten abgeriegelt hatten, bald auf Null. Denn sie hatten Order, ohne Pardon die attackierenden Udo-Fans am Sturm auf den Republik-Palast zu hindern: „Mörder, Mörder“, hieß es zeitweilig aus der Menge, wenn die Vopos allzu heftig reagierten. Feuerwerkkörper detonierten. Ostberliner Punker stimmten ihren bitterbösen Gesang auf den verordneten „DDR-Optimismus an: „Immer lustig und vergnügt, bis der Arsch im Sarge liegt.“

Fünf Stunden lang, bis kurz vor Mitternacht, hallten die Sprechchöre: „Udo! Udo! Udo! Wo bleibt Udo?“ über den heutigen Marx-Engels-Platz. Am Staatsratsgebäude des Mannes, den Lindenberg in seinem „Pankow“-Song als „Oberindianer“ bezeichnete, duckten sich zivile Schutzleute gegen den kalten Wind hinter eine Bauecke.

Mit einem Pfeifkonzert begrüßten die Fans, die die SED-Führung nicht im Palast haben wollte, die Busse mit rund 100 Journalisten aus Ost und West. Die 200 Meter Fußweg zwischen Pressezentrum und Palast



Vor einer stillierten Friedensaube sang Rockstar Udo Lindenberg im Ostberliner „Palast der Republik“ auf dem Festival „Für den Frieden der Welt“. Seine Zuhörer: Ausgewählte Mitglieder der FDJ. FOTO: DPA

durften nicht zu Fuß zurückgelegt werden. Aber für Minuten brach die Organisation zusammen. Westliche Fernseh-Journalisten leuchteten die Fan-Gruppen in ihrem stummen Clinch mit der Ordnungsmacht aus und fingen die Sprechchöre ein. „Wo sind denn unsere Ordner? Wer hat die denn da hingelassen?“, schimpfte ein Funktionär bestürzt.

Im Foyer demonstrierte FDJ-Chef Egon Krenz Zufriedenheit: „Also, Sie sehen, das geht alles ganz gut seinen Gang“, koppelte er neben den „DDR“-Standards über den „sozialistischen Gang“. Ob er denn nicht die wartenden Fans noch hereinlassen könne, fragten die Journalisten aus dem Westen: „Ich glaube nicht, das ist ja voll.“ Als ein ausländischer Kollege nach einer Zensur von Lindbergs Lied-Vorschlägen fragte, wich Krenz aus: „Wissen Sie, das entscheidende Lied unserer Zeit ist das Lied für den Frieden, und das singt er heute Abend.“

Sein politisch Lied, das der Sänger unter der stillierten Friedensaube anstimmte, klang in Funktionärsräumen eher garstig. Wie Petra Kelly am Samstag von Willy Brandt hatte sich Egon Krenz von seinem Star anscheinend mehr Einseitigkeit erwartet. Lindenberg schlug jedoch nicht alles über den „DDR“-Friedensleuten: „Weg mit dem Raketensturm in der Bundesrepublik und in der DDR. Nirgends wollen wir auch nur eine Rakete sehen – keine Pershing und keine SS 20. In allen Ländern müssen wir singen und demonstrieren und fordern: Schluss mit diesem Raketen-Wahnsinn, dieser Idioten-Anfristung.“

An der Stelle mit den „SS 20“ ertönten milde Pfeife, und das SED-Blatt „Neues Deutschland“ erinnerte sich am nächsten Morgen auch nicht mehr daran. Udo sagte mit seiner heiseren Stimme sogar verpönte Ironie: „Ich finde das total gut, daß wir jetzt hier sind. Viel mehr Einwirkung, viel mehr Austausch muß stattfinden, denn die Menschen wollen im Westen wie im Osten überall das gleiche: Sie wollen Frieden und keinen heißen Krieg. Aber sie wollen auch keinen kalten Krieg und keine neue deutsch-deutsche Eiszeit.“

Diese Wendung zielt vor seinem „verkrampften Publikum“ (Lindenberg später wieder im Westen) harsch auf Honeckers Ankündigung in seinem Kohl-Brief. Die adretten, netten Milchgesichter auf dem gelben Gestühl reagierten auf Musik und Text des „Pankow“-Orchesters. Chefs eher verwirrt als zustimmend. Ein einsamer Rufen: „Udo!“ machte sich in der weiten Halle dennoch nach seinem Auftritt Luft.

In forscher Tonlage hatte zuvor Egon Krenz die Staatsjugend unge-

fragt verpflichtet: „Wenn die Amerikaner um jeden Preis stationieren wollen, wenn sie schon die Vorbereitungen dafür abgeschlossen haben – die Jugend der DDR hält alles für richtig und wird dahinterstehen, was die Sowjetunion, was die DDR, was die Warschauer Vertragsstaaten für die Sicherung des Friedens für notwendig halten.“ Seine martialisches Ankündigung an der Spitze aller großen „DDR“-Rituale der Funktionärschicht ertönte nur dünnen Beifall.

Musik-Udo schlenzte indessen in seine phongewaltige „Rock“-Ballade „für die draußen an der Glotze“ noch einen Satz, der die Gastgeber nochmals festnageln sollte: „Leute, das freut uns so sehr, die Tournee durch die DDR...“ Ob es die Gastgeber im kommenden Sommer nicht eher reut? FDJ-Kultursekretär Hartmut König, „hardliner“ gegenüber allen liberalistischen Tendenzen, ließ den Vorgang mittags auf einer Pressekonferenz mehr im Nebulösen. Da fuhr Lindenberg auf: „Ich möchte dazu auch etwas sagen. Meine Tournee ist schriftlich fest vereinbart“, belehrte er die Genossen.

Seine knappe Privat-Pressekonferenz nach der Hauptprobe am Mittag hielt Lindenberg auf den Palast-Stufen vor Hunderten von Fans ab, die ihn auf die Schultern hoben: „Freunde, ich komme wieder und spiele dann für euch!“

Während Lindenberg auch bei sei-

nem Lied-Quartett eher „cool“ blieb, gingen mit Weltstar Harry Belafonte die Emotionen durch. Mit Tränen in den Augen nahm er die Ovationen entgegen. In Grenada sah er US-Marines „Frauen und Kinder töten“. Seine Erkennungsmelodie „My Island in the Sun“, genützt auf seine Heimatinsel Jamaika, widmete er Grenada.

Beim Finale im Palast stellte sich ein Effekt ein, den die Gastgeber gewiß nicht meinten: Die Hymne der christlichen Friedensbewegung in der „DDR“ wurde von höchster Stelle salviert – denn auch Egon Krenz und die endlosen Reihen der Blauhemden faßten sich bei den Händen und wogten sich im Bürgerrechtslied „Deep in my heart I do believe, we shall overcome, some day...“

Ihr Herz für Udo wärmte gen Mitternacht noch ein Fühler aufrechter Nachwuchs-Funkler direkt unter den scharfen Lampen des Grenzübergangs Invalidenstrasse: „Wo ist denn jetzt? Komma ooch noch?“ fragten sie mit febrilen den Passanten in Richtung Westen. „Schlimm, daß wir nicht reinkönnen und nur diese verkrampften Leute.“

Der Stachel des öffentlichen Ungeheims sitzt hier vor den Schlagbäumen, die sich Minuten später für Grenzgänger Udo öffnen. Die der lockere Typ aus dem Westen trifft ihren Ton. Aber die, die hier auf einer kleinen Gartenmauer im Visier der Wachoffiziere warten, summen nicht einmal: „We shall overcome.“



Die wirklichen „Udo-Fans“ blieben draußen. Für sie gab es keine Karten. FOTO: AP

Die Präsidentschaft Reagans hat sich verändert

Die Landung in Grenada ist für Amerika mehr als ein militärisches Unternehmen. Thomas Kiehlinger analysiert die Gründe, die zur Intervention führten, und den Stellenwert für die internationalen Beziehungen.

Von TH. KIEHLINGER

Ronald Reagan hat seinen Rubikon überschritten. Wenn er heute Abend vor die Fernsehkameras der Nation tritt, um die Lage in Libanon und Grenada zu erläutern, dann mag er wirken wie immer: gesammelt, fest und unbeirrt. Aber seine Präsidentschaft ist nicht mehr die alte. Sie hat einen Aspekt hinzugewonnen, der sie in der Substanz verändert: das hohe Wagnis, den direkten Einsatz.

In Aktionen wie dem Landeunternehmen in Grenada tritt eine politische Führung aus dem Schatten der Alltätigkeit heraus in das harte Licht geschichtsverändernder Tat. Hier werden Gesetzestafeln verrückt und Maßstäbe gesetzt, den einen zur Bewunderung, den anderen zum Abscheu. Der Mann der Tat kann aus beiden keinen Rat schöpfen. Er hat einen Stein ins Rollen gebracht. Nur wenn er mit sich und seinen Zwecken in Frieden ist, übersteht er den Furor, den er entfesselt.

Denn es ist ein Widerspruch zu verzeichnen, den die Reagan-Regierung erklären muß: Es sind Normen der internationalen Beziehungen verletzt worden, unter gleichzeitiger Anrufung anderer Normen, die dem Unternehmen seine Berechtigung geben. Dahinter steht eine Güterabwägung, die genau und glaubhaft erläutert sein will, soll der Schritt in die Entscheidung von einer demokratischen Gesellschaft nachvollzogen werden können.

Es ist bezeichnend, daß die amerikanische Regierung von sich aus alles vermeidet, um in den Konflikt den Ost-West-Gegensatz oder den spezifischen amerikanisch-kubanischen Antagonismus ins Spiel zu bringen. Außenminister Shultz ging in seiner Pressekonferenz so weit, vollkommen abzuleugnen, daß mit der Landung in Grenada an die Adresse Kubas oder Moskaus so etwas wie „ein Signal“ geschickt werden sollte.

Kuba steht brennend im Vordergrund

Das hat praktische und geistig-konzeptionelle Gründe. Praktisch gesehen braucht der Gegensatz zu Kuba gar nicht hervorgehoben zu werden: Er steht brennend im Vordergrund. Zum erstenmal seit der Invasion in der Schweinebucht im April 1961 sind amerikanische Soldaten gegen kubanisches Militär im direkten Einsatz. Die auf Grenada stationierten etwa 800 kubanischen „Techniker und Bauarbeiter“ sind – so die Amerikaner – dieses nur dem Namen nach, damit ihre Arbeit an dem 3 km langen strategischen Flugfeld, das sie in Point Salinas bauten, getarnt bleiben konnte.

In Wahrheit – und das erklärte der jamaikanische Premierminister Edward Seaga mehrfach am Dienstag – handelt es sich in der Mehrzahl um gut bewaffnete und ausgebildete Truppen, die dem angelandeten amerikanischen Militär heftigen Widerstand leisteten, als vom Pentagon er-

wartet worden war. Man bekämpft diese Präsenz nicht mit anti-kubanischer Rhetorik, man bekämpft und besiegt sie und widmet sich der unmittelbar folgenden Aufgabe der Wiederherstellung einer freiheitlichen Ordnung.

Das führt in die geistig-konzeptionelle Argumentation. Kuba hat sich mit Hilfe der Sowjetunion in diesem Teil der Welt verbreitern können, weil eine zu große Gruppe von Staaten – sowohl auf dem karibischen Isthmus als auch auf dem mittelamerikanischen Isthmus – wehrlos ist gegenüber dem aggressiven Import von Guerrillas und den Waffen des Umsturzes. Die Demokratien dieser Region, wie die Demokratien überall, haben keine Chancen, wenn zu ihrer Verteidigung nichts unternommen werden darf.

Hilferuf der Organisation ostkaribischer Staaten

Wollen die USA hier einschreiten, brauchen sie mehr als den Widerstreit mit Kuba oder Moskau zur Begründung. Diesen Aspekt nehmen die Kommentatoren in aller Welt schon hinreichend wahr. Ein wie auch immer ausfallig begründbares strategisches Interesse reicht nicht aus zur Legitimierung des Unternehmens. Es muß vielmehr aus der Substanz heraus verteidigt werden. Die Beseitigung freihändlerischer Ordnungen, der Raub an dem Recht von Gesellschaften, ohne Unterdrückung zu leben, kann nicht tatenlos hingenommen werden.

Vom Präsidenten abwärts beruft sich die amerikanische Administration auf den Hilferuf der „Organisation ostkaribischer Staaten“ als den unmittelbaren Auslöser der Aktion in Grenada. Die „Organisation ostkaribischer Staaten“ (OECS), ein Verbund der aus ehemals britischer Herrschaft hervorgegangenen Antillen-Inseln, ist 1981 gegründet worden. Niemand hatte bisher so recht von dieser neuen Gruppe Notiz genommen, der Antigua, Dominica, Grenada, Montserrat, St. Lucia, St. Kitts Nevis und St. Vincent angehören. Niemand wußte von dem Artikel 8 des Beistandspakts, der diese Staaten verbindet, und der besagt, daß bei einer Bedrohung der Stabilität in dieser Region dritte Mächte zum Schutz angefordert werden können. Die Rolle dieser dritten Mächte in dem Unternehmen auf Grenada haben Barbados, Jamaika und – natürlich entscheidend – die USA gespielt.

Ein Beistandspakt, der die Intervention in einem Mitgliedsland rechtfertigt, wenn die Stabilität der gesamten Staatengruppe bedroht ist? Das scheint den älteren internationalen Pakten, die die Ordnung in Lateinamerika zu regeln vorgeben, zu widersprechen, vor allem dem 1947 geschlossenen Rio-Vertrag, der wie die UNO-Charta die Unverletzlichkeit und territoriale Integrität der Staaten festlegt.

Hier trifft man auf ein Paradoxon der internationalen Beziehungen, das allzulange unter der legalistischen Tradition, der alle Staaten der UNO Lippenbekenntnisse leisten, verborgen geblieben ist. Das Ende der Kolonialperiode hat eine Anzahl von Staaten unabhängig gemacht, die nicht einmal die erste Voraussetzung dafür mitbringen, was seit alterer Unabhängigkeit schützte: die Fähigkeit, sich zu verteidigen. Keine der in der OECS zusammengeschlossenen In-

selrepubliken besitzt eine eigene Armee. Ja, es herrscht sogar eine eingefleischte Abneigung gegen Militärausgaben in diesen Ländern, wo die schmale ökonomische Basis zur Erhaltung der wirtschaftlichen Existenz schon kaum ausreicht.

Worum sollen sich Staaten dieses Zuschnitts zu ihrem Schutz stützen, wenn nicht auf eine Überenkunft der Mitgliedsstaaten, den Status quo der Wehrlosigkeit nicht zu verändern, damit nicht alle durch einen plötzlichen Sprung in die Aufrüstung eines einzelnen Mitglieds bedroht werden? Es ist diese Überlegung, die dem Artikel 8 der OECS-Charta zugrunde liegt.

Wie Nicaragua auf dem mittelamerikanischen Isthmus, so brach Grenada da seit dem Bishop-Futsch 1979 aus diesem für seine Region gültigen Stabilitätspakt aus. Jamaikas Premierminister Seaga zählte am Dienstag noch einmal auf, was die Karibik-Staaten, was die USA seit langem auf dieser Insel beunruhigte: der Aufbau einer auf 3000 Mann geschätzten Armee, das sind fast 3 Prozent der gesamten Bevölkerung Grenadas; der Bau eines strategischen Flugfeldes, wie geschaffen für militärische Operationen auswärtiger Mächte; die Errichtung eines Senders, dessen Frequenzstärke die gesamte Karibik erreichte, also weit über Grenadas Bedürfnisse hinausging; das Kommen und Gehen „gewisser Personen zu bestimmten Botschaften“, ihre Ausbildung in subversiven Tätigkeiten und Guerillakampftechniken; die Einkerkung politischer Gefangenener in Fort Frederick und schließlich der blutige Umsturz vor zehn Tagen und die Abschaffung der letzten bürgerlichen Freiheiten.

Nur ein kleines Bild weltweiter Kalamität

Aber die Bedrohung, der sich die Karibik-Staaten angesichts der Entwicklungen in Grenada ausgesetzt sahen, ist nur ein Miniaturbild der weltweiten Kalamität, unter der die internationalen Beziehungen leiden. Die hehren Prinzipien der UNO-Charta können dem wehrlosesten Teil des Globus, nämlich der Dritten Welt, keinen ausreichenden Schutz mehr bieten, wo die totalitären Regime unter der Anführung der Sowjetunion sich zum Ziel gesetzt haben, die innere Sicherheit, die Freiheit und die Stabilität dieser Staaten durch die Infiltration von Waffen und geschulten Subversionsexperten zum Einsturz zu bringen.

Was bedeutet die Unverletzlichkeit der Staaten als Prinzip, wenn sie den Verteidigungs- und hilffähigen Westen immer nur dazu verdammt, zuzusehen, wie Moskau und die ihm hörigen UNO-Mitgliedsländer die Unverletzlichkeit der Staaten geradezu in ihr Gegenteil verkehren? Es ist diese zentrale Frage, die Ronald Reagan durch sein Handeln in Grenada hervorzwängt.

Man kann die Problematik zusammenfassen unter dem Stichwort: der Frieden in der Welt und die Balance der Mittel, ihn zu sichern. Sehr scharf sah das Alexander Haig schon im Januar 1981, als er zu seinem Anhörungsverfahren als Außenminister vor den Kongress gebeten wurde. „Es hilft unserer Verpflichtung zum Frieden nur wenig“, sagte Haig damals, „wenn wir das Recht zum militärischen Eingreifen dem rücksichtslosen Mitglied der internationalen Gesellschaft überlassen.“

Elvis & Marilyn, Petticoat & Schmalzlocke, Kabinenroller & Boogie-Woogie, leere Straßen und voller Bundestag...

Heute erleben Sie die 50er Jahre neu: in QUICK!

Die 50er Jahre kehren nostalgisch zurück: Immer mehr Deutsche träumen von der „guten alten Zeit“. Doch wer sie selber bewußt durchlebt hat, diese 50er, der weiß, daß sie hart waren. Es gab wenig zu lachen – aber man lachte! Das war die Zeit von Adenauer & Erhard, von Paul Anka & Marilyn Monroe. Da kamen die Nierentische auf, die Cocktail-Schalen-Sessel und Tütenlampen. Der erste Urlaub in Italien wurde gemacht, die Durchschnittsmiete für eine Wohnung betrug 50,63 DM, und die Fußballweltmeister von 1954 bekamen pro Spiel 200 DM plus 10 Mark Spesen...

Was es damals nicht gab, waren Umweltverschmutzung, Waldsterben und Drogenprobleme. Die Kinder konnten auf den Straßen spielen, ohne überfahren zu werden. Und die Menschen wußten, wofür sie schufteten und lebten. QUICK blendet noch einmal zurück in die 50er Jahre, vergleicht sie mit heutiger Zeit. Damit haben wir ein Stück Erinnerung in der Hand an damals, als das Fundament unseres Wohlstands gelegt wurde. Und jüngere QUICK-Leser werden sie nun mit eigenen Augen sehen, diese „guten alten 50er“...



Aktuelle QUICK-Serie: Die neue Weiblichkeit

Die Sexwelle kannte alle Variationen – vergaß dabei aber das Wichtigste: die Seele der Frau. Und die gehört bei ihr stärker zur Liebe als der Körper.

Nun bricht aus den Frauen der Wunsch nach Zärtlichkeit, Romantik, Eheglück und Eifersucht. Das alles zählt wieder mehr als jede ausgefallene Sex-Technik, mehr als Karriere oder der Orgasmus um jeden Preis. Der Hamburger Partnerschaftswissenschaftler Dr. Werner Hafermehl hat im Auftrag von QUICK eine große Untersuchung durchgeführt und dabei festgestellt: „Wir stehen am Anfang einer neuen Frauenbewegung!“ Mehr darüber in der neuen QUICK-Serie „Die neue Weiblichkeit“.

Hier wurden auch Sie mitgezählt: Wie reich sind wir Deutschen eigentlich?

Hätten Sie gedacht, daß jeder 25. Bundesbürger in einem Millionärshaushalt lebt? Oder daß alle westdeutschen Privathaushalte zusammen über mehr als viermal so viel Vermögen verfügen wie der gesamte Staat? Obwohl die Statistik den Großteil der Bundesbürger als wohlhabend reich ausweist, gibt es noch die Durchschnittsfamilie. Sie rechnet zwar nicht mehr mit dem Pfennig, wohl aber mit der Mark.

QUICK hat Bilanz gezogen und angezeichnet, wie reich die Deutschen sind. Von den zwölf Mitbürgern, die ein Vermögen von mehr als 200 Millionen versteuern – bis zur Familie, die von 1.340 Mark Sozialfürsorge lebt...

Millionen lesen QUICK.

Heute NEU!

Die zwei Gesichter der Alternativen in Hamburg

Wird GAL für Ersatz der Blockade-Schäden herangezogen?

UWE BAHNSEN, Hamburg
Hamburgs sozialdemokratischer Innensenator Alfons Pawelczyk und sein ebenfalls der SPD angehörender Polizeipräsident Dieter Heering stehen vor einer rechtlich wie politisch gleichermaßen delikaten Frage: Wer soll für den Ersatz der Schäden herangezogen werden, die am vergangenen Sonntagabend bei der versuchten Blockade des Verlagshauses Axel Springer im Verlauf jener gewalttätigen Auseinandersetzungen entstanden, die zeitweise in eine Straßenschlacht ausarteten? 24 Polizisten waren dabei zum Teil schwer verletzt worden, demolierte Einsatzfahrzeuge, Barrikaden, geplünderte Schaufenster - 3500 Beamte aus drei Bundesländern mußten aufgerufen werden, um den rund 800 Mann zählenden "harten Kern" von insgesamt etwa 6000 Blockierern im Zaum zu halten. 26 Gewalttäter wurden festgenommen.

Doppelstrategie der GAL

Pawelczyk und Heering erwägen, die Rechnung für die angerichteten Schäden bei der GAL-Bürgerchaftsfaktion im Hamburger Rathaus abgeben zu lassen. Es gibt handfeste Gründe dafür, die grün-alternative Parlamentsriege in dieser Sache in Anspruch zu nehmen: Nach den Erkenntnissen der Hamburger Sicherheitsbehörden haben die führenden Köpfe der GAL, allen voran Thomas Ebermann, den Blockadeversuch gemeinsam mit den Vertretern autonomer Gruppen, die zur Gewaltanwendung mehr oder weniger entschlossen waren, bis ins Detail geplant. Sie haben öffentlich zur Teilnahme aufgerufen und am Sonntagabend an Ort und Stelle die gesamte Demonstration maßgeblich mitgesteuert. Die Ausschreitungen hat die GAL dabei bewußt in Kauf genommen - als Folge einer konsequenten Doppelstrategie.

Der CDU-Fraktionsvorsitzende in der Bürgerschaft, Hartmut Perschau, stellte in einer Analyse dieser Vorgänge fest: „Einerseits hat die GAL gezündet und sich andererseits als Friedensstifter aufgepisst, der Schlimmeres verhindert habe.“

Wie die Ebermannsche Doppelstrategie prinzipiell aussieht, lehrt ein Blick zurück auf die 16 Monate, in

denen die GAL im Landesparlament vertreten ist. Es ist erst ein Jahr vergangen, seit der damals zum Regieren ohne Mehrheit gezwungene Bürgermeister Klaus von Dohnanyi mit Thomas Ebermann und seinen Genossen jene „Tolerierungsgespräche“ führte, aus denen Dohnanyi eigener Bekundung zufolge einen bleibenden Schatz an politisch-soziologischen Einsichten mitgenommen hat; speziell von Thomas Ebermann, so bekannte der Regierungschef fast schwärmerisch, habe er „viel gelernt“. In der Bürgerschaft trat der politische Autodidakt Ebermann als ein rhetorisches Naturtalent mit farbig-unkonventionellen Redebeiträgen auf. Die anderen Mitglieder der GAL-Fraktion produzierten emsig kleine Anfragen, die sich insbesondere mit Spezialproblemen von Minderheiten, etwa Homosexuellen und Strafgefangenen, aber auch mit Umweltproblemen befaßten, und boten im übrigen im ehrwürdigen Plenarsaal lohnende Motive für die Fotografin. Thea Bock und andere GAL-Damen fertigten während der Sitzungen Pullover und andere Wolllwaren, während ihr Kollege Klaus Gärtner unter Zuhilfenahme eines Stopfbes Strümpfe reparierte und auch sonst mit Nadel und Faden tätig war.

Ebermann als Unterhändler

Die andere GAL, ein knallharter politisch-ideologischer Stoßtrupp mit einer gehörigen Portion Skrupellosigkeit in der Wahl der Methoden, wird durch Aussprüche wie dieses Ebermann-Zitat vom April charakterisiert: „Es muß wieder zur Tugend werden, Rechtsbrecher zu werden, wenn es um Häuserbrand und Raketenauflösung geht. Es darf kein Gewaltmonopol des Staates geben.“

Folgerichtig hat Ebermann sich am vergangenen Sonntagabend auch genauso verhalten. Er agierte als einer der Drahtzieher und, nach dem Scheitern des Blockadeversuchs, schließlich als Unterhändler: Die Polizei hatte ihn inmitten von rund 100 Krawallmachern umzingelt. Da bot der GAL-Wortführer dem Innensenator auf dem Funkwege an, bei Zusicherung freien Geleits würden die Auseinandersetzungen beendet. So kam es - die Demonstranten, unter ihnen nicht wenige Gewalttäter, zogen ab zum Rödingsmarkt.

Indiskretionen aus Justiz und von Anwälten

WILM HERLYN, Düsseldorf

Der jetzt vorgelegte Abschlußbericht des parlamentarischen Untersuchungsausschusses, den der Düsseldorf Landtag zur Aufhellung der Indiskretionen bei der Parteispendenaffäre und der sogenannten Flick-Affäre eingesetzt hatte, birgt zwei Überraschungen. Zum einen wurde der Bericht einstimmig, also auch mit den Stimmen der vier SPD-Abgeordneten, verabschiedet. Zum anderen stellte der Ausschuß fest, daß die Indiskretionen aus dem Ermittlungsverfahren des Verdachtes der Vorteilsnahme (Flick-Affäre) mit hoher Wahrscheinlichkeit aus dem Bereich der Verteidiger stammen.

Zweifellos stellten die Parlamentarier fest, schwerwiegende Amtspflichtverletzungen im Justizministerium hätten 1981 zu verschiedenen Presseveröffentlichungen geführt. Als Täter käme nur der in den Ruhestand versetzte Staatssekretär Kurt Wöhler (FDP), dessen Vorzimmerchef, der Leiter der Strafrechtsabteilung, Professor Karl-Heinz Kunert, dessen Gruppenleiter Erhard Starke sowie das Sekretariat der Justizministerin selbst in Frage. Allerdings könne der Ausschuß einen konkreten Verdacht gegen nur eine Person nicht mit hinreichender Sicherheit begründen, meinte Maedge.

Zur Flick-Affäre stellte der Ausschuß fest, weder aus der ermittelnden Bonner Staatsanwaltschaft noch aus der vorgeschätzten Generalstaatsanwaltschaft Köln oder dem Düsseldorf Justizministerium seien Informationen rechtswidrig an die Presse und an das Fernsehen gelangt. Fast durchweg seien Veröffentlichungen erst dann erschienen, nachdem den Anwälten der Beschuldigten Kopien der staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsmaterialien überlassen worden waren. Eine entscheidende Rolle habe offensichtlich der Verteidiger des früheren Wirtschaftsministers Hans Friderichs, heute Vorstandssprecher der Dresdner Bank, Eberhard Wahle, gespielt. Es sei aufgefallen, daß in der Fernsehsendung „Panorama“ am 15. Februar 1983 die Seite 17 aus der Schutzschrift für Friderichs gezeigt worden war, die in dieser Form allenfalls in Wahles Büro vorhanden war. Äußerungen Wahles gegenüber dem Ausschuß zu diesem Vorgang nannte Maedge „nicht befriedigend“.

Raus Revirement ist eher eine Notlösung denn ein Neubeginn

Von WILM HERLYN

In diesen Tagen ist in der Düsseldorf Landesregierung großes Stillefrücken angesagt. Doch verdient das Kabinett von Ministerpräsident Johannes Rau kaum das Prädikat „neu“. Denn, abgesehen von dem ehemaligen schleswig-holsteinischen Oppositionsführer Klaus Matthiesen, der vor kurzem die Nachfolge von Hans-Otto Bäumler als Landwirtschaftsminister angetreten hat, sieht man nur die vertrauten Gesichter. Lediglich die Namensschilder in der Kabinettsrunde werden hin- und hergeschoben.

Das sieht - betrachtet man es positiv - nach Kontinuität aus, ist es aber nicht: Bei genauerer Prüfung scheint das Revirement eher eine Notlösung zu sein denn ein Neuanfang. Dazu kommt, daß Rau jetzt schon ankündigt, er werde im Frühjahr eine Mannschaft aufstellen, die den Wahlkampf 1985 führen soll. So haben selbst die Regierungsmitglieder den Eindruck, hinter ihnen steht schon ein Schattenkabinett. Und es fällt natürlich auf, daß Rau noch am Tage der Verkleidung erklärte: „Ich habe keine Absage erhalten bei denen, um die ich mich persönlich bemüht habe.“ Inzwischen ist man schlauer: Sowohl Anke Fuchs als auch Anke Brunn gaben dem Ministerpräsidenten einen Korb, als er aus der nächtlichen Krisensitzung heraus in Bonn und Köln anrief.

Eingebrockt haben sich die Genossen die Suppe selbst. Unruhe ja Verärgerung hatte die Entscheidung Raus ausgelöst, mit Matthiesen einen „Fremdling“ anzuhäufeln. „Sind wir denn so schlecht“, fragten sich da einige Abgeordnete, „daß der Johannes bis nach Kiel gehen muß?“ Und als dann gar noch Jürgen Girsensohn amtschmied das Handtuch warf, gab's kein Halten mehr. Der starke Mann, Fraktionschef Karl-Josef Denzer, drängte Rau: Du mußt jetzt entscheiden. Und das tat er. Das Ergebnis ist bekannt.

Herausragend bleibt der Abschied von Jürgen Girsensohn. Dreizehn Jahre lang hat er unter dem früheren Ministerpräsidenten Heinz Kühn und jetzt unter Johannes Rau im Kultusministerium gedient. Damit ist er - zusammen mit seinem bayerischen Kollegen Hans Maier - der dienstälteste Landesminister in Deutschland.

Gerade mit dem Namen Girsensohn verbinden sich Programme und Bildungsziele, die bis heute umstritten sind. Als er sein Amt antrat, gab es neun Gesamtschulen. Unter seiner Ägide wurden 44 neue Gesamtschulen geschaffen. Mit Verve hat er diesen Schultypus gegen vielfache Widerstände als „gleichberechtigte und unverzichtbare Ergänzung des herkömmlichen dreigliedrigen Schulsystems“ (Johannes Rau) gestellt. Aber in den vergangenen dreizehn Jahren wurden - auch 68 Gymnasien neu errichtet, vor allem im ländlichen Bereich.

In einem Gespräch sagte Girsensohn jetzt, die größte Belastung sei für ihn, daß er seinem Nachfolger



Hans Schwier das „Ungelöstsein der Lehrerbearbeitungslosigkeit“ übergeben müsse. Dies sei eine Entwicklung, die „vorhersehbar war und die wir dennoch nicht haben lösen können“.

Als Wissenschaftsminister ist es Schwier gelungen, in die auseinanderlaufenden Hochschulstrukturen ein Raster einzupassen. Für die Rektoren wurde er ein kompetenter und geachteter Gesprächspartner.

Schwier, der gestern sein neues Amt antrat, nimmt seinen Staatssekretär Ulrich Kleiner mit; das war eine der Bedingungen, die Schwier dem Ministerpräsidenten gestellt hatte. Kleiner löst Gerhard Konow ab, der ins Wissenschaftsministerium wechselt. Dessen Chef, der bisherige Leiter der Staatskanzlei, Rolf Krumtsiek, wurde gestern vor dem Landtag verabschiedet.

Diese Personalentscheidung von Rau löste bei Bekanntwerden Verwunderung und Kritik aus. Denn gerade Krumtsiek war es beispielsweise, der lange Zeit die von Hans Schwier unterstützte Privatuniversität Herdecke torpedierte. Die Landeskongress der Rektoren sprach sich in einer ersten Reaktion gegen diese Berufung aus. Trotz der massiven Kritik hält Rau an seiner Personalentscheidung fest und bat öffentlich um „eine

Bewährungsfrist von 100 Tagen“. Dabei hofft er - wahrscheinlich zu Recht - daß Krumtsiek auf seinem neuen Posten mehr reüssieren wird als in der Staatskanzlei.

Dorthin holt der Regierungschef den bisherigen Staatssekretär von Innenminister Herbert Schnoor, Klaus Dieter Leister. Der hatte schon im Bundeskanzleramt gedient und war erst im vergangenen Jahr nach Düsseldorf gekommen, um Karl-Friedrich Brodeur abzulösen. Brodeur gehört zu den drei FDP-Staatssekretären, die nach der Bonner Wende im vergangenen Herbst in den einstweiligen Ruhestand versetzt worden waren.

Insofern ist Herbert Schnoor der Geschädigte dieses Revirements, denn er muß in dieser Legislaturperiode nun den dritten Chef seines Hauses bestellen. Seine Wahl fiel auf den Bielefelder Oberstadtdirektor Eberhard Münzer. Münzer gilt als einer der profiliertesten nordrhein-westfälischen Kommunalpolitiker und Experte auf dem Gebiet der Gemeindefinanzen.

Damit ist das Kabinetts-Revirement aber noch nicht vorbei. Im Dezember will Rau die Justizministerin Inge Donnepp nach ihrem 65. Geburtstag durch den Minister für Bundesangelegenheiten, Dieter Hasck, ablösen. Die Interessen des Landes soll dann der bisherige parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Fraktion, Günther Einert, vertreten.

Wiewohl die Kabinettsumbildung erst auf Druck der Fraktion - und dann in nächtlicher Krisensitzung überstürzt - erzwungen worden war, regt sich jetzt schon wieder Unmut über Personalentscheidungen. Denn Schnoor möchte gerne den gerade entlassenen Regierungspräsidenten Achim Robde (FDP) durch einen liberalen Politiker ersetzen. Auch wenn es ihm schwerfällt, einen Nachfolger aus der FDP zu benennen - Schnoor soll schon vier Absagen bekommen haben - fragt sich die Fraktion, warum nicht einem SPD-Mann dieses Amt zufallen sollte. Dagegen argumentiert die Landesregierung, die Abberufung Robdes hätte sich nur gegen die Person gerichtet, nicht aber gegen seine Partei. In der Öffentlichkeit müsse der Eindruck eines Kesseltreibens gegen die FDP vermieden werden.

Genscher: „Ich stehe fest zu Lambsdorff“

G. BADING, Bonn

Die FDP will offenbar auch bei einer eventuellen Anklageerhebung gegen Otto Graf Lambsdorff im Zusammenhang mit der Parteispenden-Affäre an ihrem Wirtschaftsminister festhalten. Parteichef Genscher wandte sich am Dienstagabend während einer Klausursitzung der Bundestagsfraktion entschieden gegen jede Form der „Vorverurteilung“. Die Unschuldsvermutung müsse auch im Fall einer Anklageerhebung gelten, sagte Genscher. Er fügte hinzu: „Ich stehe fest zu Lambsdorff.“

Fraktionskollegen der FDP bemühten sich gestern, die Information über die Sitzung in Bonn zu verbreiten. Offenbar wollte man neuerlichen Pressenachrichten entgegenwirken, daß die Freidemokraten schon auf der Suche nach einem Nachfolger für Lambsdorff seien. Betont wurde auch, daß es keine Debatte über Genschers Erklärung zu Graf Lambsdorff gegeben habe. Die Fraktion habe seine Worte mit Beifall quittiert.

Wie vor einigen Tagen der FDP-Bundesvorstand, hat auch die Fraktion die Wirtschaftspolitik von Graf Lambsdorff ausdrücklich gebilligt. In jüngerer Zeit war auch in der Union kritisiert worden, daß Lambsdorff die notwendige „Wende“ in der Wirtschaftspolitik nicht ausreichend deutlich gemacht habe.

Kampfabstimmung bei Postgewerkschaft

DW, Hannover

Zu einem überraschenden Ergebnis führte auf dem 14. Kongreß der Deutschen Postgewerkschaft in Hannover gestern eine Kampfabstimmung, bei der für den Posten eines stellvertretenden Vorsitzenden der 48jährige Emil Bock mit 274 Stimmen (189 Stimmen) gewann. Bock war erst Anfang des Monats von einer Gruppe von Gewerkschaftern als Gegenkandidat zu Spies aufgestellt worden. Spies hingegen war der Kandidat des Hauptvorstandes der Gewerkschaft für die Nachfolge des aus Altersgründen ausscheidenden Heinz Böder.

Ihr Anlagenberater fürs Telefon.



Herr Peter Hurrelmann, einer von über 400 Technischen Vertriebsberatern der Post:

„Wenn eine Nebenstellenanlage zu alt ist, wird sie unrentabel.“

Wettbewerbsdruck und Arbeitsdruck sind gewachsen, da kann eine Nebenstellenanlage von anno dazumal nicht mehr mithalten.

Ein Unternehmen muß heute so gut wie immer erreichbar sein. Die Kommunikation intern und extern ist schneller geworden durch modernen Telefonkomfort. Die Telefonkosten müssen transparent sein.

Um alle wichtigen Faktoren zu erkennen und zu bewerten, bedarf es Experten, die als Ingenieure ausgebildet sind. Die Post hat diese Spezialisten. Sie hat das Know-how, aus der breiten Angebotspalette der Industrie, Anlagen und Telefone auszuwählen und die für Sie günstigste Lösung zu empfehlen - technologisch auf dem neuesten Stand. Wichtigstes Kriterium ist die Wirtschaftlichkeit während der gesamten Einsatzdauer.

Und wenn die Anlage eingerichtet ist, garantiert die Post mit ihrem Wartungsservice reibungslos funktionieren. Sie hat die kürzesten Wege, und das heißt: Ihre Anlage ist bei einer Störung schnell wieder betriebsbereit.

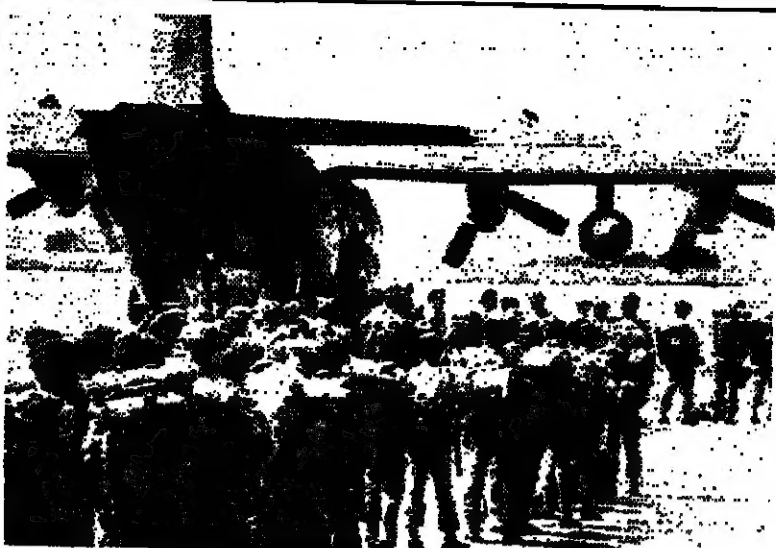
Lassen Sie sich doch einmal persönlich beraten. Vereinbaren Sie telefonisch einen Termin. Die Nummer steht im Telefonbuch unter „Post, Technische Vertriebsberatung“. Herr Hurrelmann und seine Kollegen stehen zu Ihrer Verfügung.

Post - Partner für Telekommunikation

Post

Nach der amerikanisch-karibischen Invasion in Grenada: Unterschiedliche Reaktionen im Westen / Die Bedeutung für Europa

Kubas Star und Moskaus General zogen hier an vielen Fäden



Dienstag morgen in Barbados: Soldaten der multinationalen Interventionsarmee bestiegen eine amerikanische Transportmaschine. FOTO: AP

Wie wichtig Grenada den Sowjets und Kubanern war, zeigte bereits das Kaliber ihrer Botschafter auf der kleinen „Insel der Gewürze“, die als die schönste in der Karibik gilt: Moskaus Mann war der General Gennadij Saschenow vom militärischen Geheimdienst GRU, und die für die Unterwanderung der Westlichen Hemisphäre zuständige Amerika-Abteilung im Zentralkomitee der kubanischen KP entsandte ihren Star: Julian Torres Rizo.

Die US-Presse hatte früher einmal Torres als den Spitzenagenten Havanas in den Vereinigten Staaten ausgemacht. Er war es, der die Vencermos-Brigaden amerikanischer Jugendlicher organisierte und zur Zerkleinerung der Insel schickte. Er war es auch, der in den USA enge Kontakte mit radikalen Westindern knüpfte, darunter mit Bernard Coard, dem späteren Stellvertreter und Widersacher Maurice Bishops. Coard war auf der „Brandeis University“ als Kommilitone der Angela Davis von Herbert Marcuse zum kommunistischen Revolutionär erzogen worden.

Torres, der mit einer Amerikanerin verheiratet ist, hatte 1979 Bishops Handschellen gegen den exzentrischen, aber demokratisch gewählten Premierminister Eric Gairy geplant, wie aus zuverlässigen Quellen so wohl auf Grenada als auch in Washington verlautete. Er dürfte es wohl auch gewesen sein, der den Sturz Bishops einleitete, als der immerhin in den britischen Rechts Traditionen geschulte Jurist zu weichen zu werden schien.

Es war auch Torres, der darauf bestanden hatte, daß praktisch die gesamte demokratische Opposition, soweit sie nicht geflüchtet war, jahrelang im Gefängnis Richmond Hill eingekerkert wurde, ohne daß einem

von ihnen je der Prozeß gemacht worden wäre. Sie wurden zwar nicht gefoltert, aber nach Aussagen von Geistlichen und Angehörigen waren sie oft 23 Stunden lang vielfach in dunklen Einzelzellen eingeschlossen, deren einziges Mobilgerät auf dem Steinfußboden liegende Schaumgummimatratten ohne jegliches Bettzeug waren.

Ihre Kost bestand aus einer schlammig-braunen Suppe aus Feigen, Mehl und Wasser und aus gekochten Fischköpfen. Die Haftanstalt war zeitweise so voll, daß Gewalttäter wie zum Beispiel Totschläger, die von der Polizei ins Gefängnis eingeliefert werden sollten, aus Platzmangel wieder nach Hause geschickt werden mußten – und zwar per Anhalter.

Wieso diese Konzentration düsteren Talents auf einem Eiland, das man beim ersten Blick auf die Landkarte kaum wahrnimmt? Wieso entsandte selbst die „DDR“ Ausbilder ihres Staatssicherheitsdienstes auf diese romantische Karibikinsel? Welches Interesse konnte Libyen an Grenada haben? Warum gab das devisaarme Kuba 34 Millionen US-Dollar aus, um dort einen neuen internationalen Flughafen mit einer 3 Kilometer langen Runway zu bauen?

Das Szenario, das Ende des vergangenen Jahres auf Grenada, in seinen karibischen Nachbarländern und in Washington entwickelt wurde, war von eminenter Bedeutung für Westeuropa: Grenada liegt an einer Schiffsfahrtsstraße, über die 50 Prozent des karibischen Öls und 58 Prozent des von den USA importierten Öls transportiert werden.

Maßvoll stimmte Paris in die Verurteilung ein

A. GRAF KAGENECK, Paris
Die französische Regierung hat sich in ihrer Kritik an der amerikanischen Aktion in der Karibik relativ maßvoll verhalten. Zwar äußert sie ihre Überraschung und stellt fest, daß die Invasion der Insel mit den Grundsätzen von Souveränität und dem Recht der Völker auf Selbstbestimmung nicht zu vereinbaren sei. Paris vermeidet auch nicht eine direkte Verurteilung der amerikanischen Intervention, „wie es alle Unternehmungen dieser Art verurteilt hat“.

Die bisherige Einstellung des sozialistischen Regimes zur amerikanischen Politik in Mittelamerika, die von offener Kritik am „amerikanischen Imperialismus“, der Bekräftigung der Solidarität mit den „verfolgten Völkern der Dritten Welt“ und Waffenlieferungen an Nicaragua gekennzeichnet war, hätte jedoch ein engagierteres Auftreten erwarten lassen. Offenbar aber wollte Präsident Mitterrand es vermeiden, am Vortage des Treffens der vier Außenminister in Paris, deren Länder sich an der Aufstellung einer Friedensstrategie in Libanon beteiligen und wenige Tage nach dem Doppelattentat von Beirut, das gerade von Amerika und Frankreich hohen Blutzoll forderte, Präsident Reagan zu stark zu brüskieren.

Französische Pressekommentare sind bis auf wenige Ausnahmen, darunter natürlich das kommunistische Parteiorgan „Humanité“, sogar ausgesprochen proamerikanisch ausgefallen. Die meisten Blätter stellen einen Zusammenhang zwischen dem Attentat von Beirut und der Invasion auf Grenada her und billigen Reagan das Recht zu, kräftig zurückzuschlagen. Die Sowjetunion habe nach Prag und Afghanistan, so heißt es, wenig Qualifikationen, um auf dem Völkerrecht heranzupochen. In Grenada sei eine Botschaft an Moskau ergangen, den Bogen nicht zu überspannen. Die amerikanische Geduld habe ihre Grenzen erreicht. Reagan habe, schreibt der „Quotidien de Paris“, das gute amerikanische Prinzip der „Linkage“ angewendet, wonach, laut Kissinger, alle Konflikte in der Welt untereinander verbunden seien und sich auf den Ost-West-Konflikt zurückführen ließen.

Schwarzer Tag für Thatcher und Howe: Verstimmung mit Washington

FRITZ WIRTH, London
„Behandelt man so einen Partner, der sich stolz brüstet, Amerikas engster Verbündeter zu sein?“ Denis Healey, der Schatten-Außenminister Labours, stellte lustvoll und sarkastisch diese Frage im Unterhaus und sie traf die Regierung und besonders Frau Thatcher an der empfindlichsten Stelle. Denn Healey wußte und jeder Abgeordnete im Unterhaus spürte es: Die amerikanische Grenada-Invasion hat die bisher von beiden Seiten so sehr auf Hochglanz polierten „besonderen Beziehungen“ zwischen den USA und Großbritannien schwer belastet.

Frau Thatcher ist enttäuscht, ja zornig über die Entscheidung Reagans zur Invasion Grenadas und über die Art, in der diese Entscheidung herbeigeführt wurde. Ihr Problem jedoch ist: Sie kann und mag diesen Zorn nicht öffentlich zeigen. Diese aus Staatsräson selbstauferlegte Zurückhaltung hatte zur Folge, daß sie und ihr Außenminister Sir Geoffrey Howe am Dienstag im Unterhaus ihren schwersten und demütigsten Auftritt seit der turbulenten Falkland-Debatte vor 18 Monaten hatten.

Eine turbulente Nacht
Außenminister Sir Geoffrey Howe wurde in Sprechbühnen der Rücktritt nahegelegt. Seine Position war durch einen offensichtlichen Mangel an Informationen und Kommunikation zwischen Washington und London besonders blamabel geworden. Howe hatte am Montag nachmittag dem Unterhaus noch versichert, daß er keinen Grund zur Annahme habe, daß die amerikanische Regierung absichtige, Grenada zu besetzen. Zu diesem Zeitpunkt war in Washington nicht nur bereits die Entscheidung zur Invasion Grenadas gefallen, die amerikanischen Truppen befanden sich bereits auf dem Wege zu dieser Insel.

Vorausgegangen war eine turbulente Nacht. Am Montagabend hatten sich in London die Gerüchte über eine amerikanische Invasion verstärkt. Frau Thatcher versuchte kurz nach Mitternacht noch einmal in einem Telefongespräch, Präsident Reagan von diesen Plänen abzubringen. Es war erfolglos. Das Gespräch war nicht nur kurz (nach vier Minuten hatte man sich nichts mehr zu

sagen), es war auch äußerst frostig. Die britische Premierministerin betriet anschließend noch bis um drei Uhr morgens mit Außenminister Sir Geoffrey Howe und drei weiteren Kabinettsmitgliedern und legte die Marschroute in der Grenada-Krise für die nächsten Tage fest: Es sollten in bestimmter Form Bedenken an der amerikanischen Haltung geäußert werden, ohne sie jedoch in öffentliche Scheite ausarten zu lassen.

Diese vorsichtige und zweideutige Haltung führte zwölf Stunden später zum Fiasko im Unterhaus. Die Regierung Thatcher, die immerhin den Ruf und das Image besonderer Härte und Entschlossenheit in Krisensituationen zu verteidigen hatte, wirkte zögernd und unsicher. Die Opposition zerriß den unglücklichen Sir Geoffrey Howe mit Worten in der Luft und selbst konservative Abgeordnete waren betroffen über die schwache Vorstellung ihrer Regierungsmannschaft und über den nach ihrer Meinung zu selbstherrlichen Alleingang der Amerikaner.

Tatsächlich hätte die britische Regierung als Senior unter den Commonwealthländern und angesichts der Tatsache, daß die britische Königin das Oberhaupt des Commonwealth ist, Anspruch darauf gehabt, in der Sache des Commonwealthmitglied Grenada nicht nur gehört, sondern auch besser informiert zu werden. Wäre dies der Fall gewesen, hätte London freilich mit Nachdruck alle Pläne einer gewaltsamen Besetzung Grenadas zurückgewiesen.

Abgesehen davon fürchtete man in britischen Regierungskreisen, daß ein neues militärisches Engagement 18 Monate nach dem Falkland-Krieg den Briten weltweit den Ruf einbringen könnte, spätökologische Probleme nur zu behende mit Waffengewalt zu lösen. Man weist deshalb auch in London mit Nachdruck darauf hin, daß jegliche Parallelen zwischen dem Falkland- und dem Grenada-Konflikt unzutreffend und fragwürdig seien. Bei den Falklands habe es sich um eine britische Insel unter britischer Souveränität gehandelt, Grenada dagegen sei ein unabhängiges Commonwealthland.

Tatsächlich hätte eine britische Invasion Grenadas es für die Briten in Zukunft wesentlich schwerer ge-

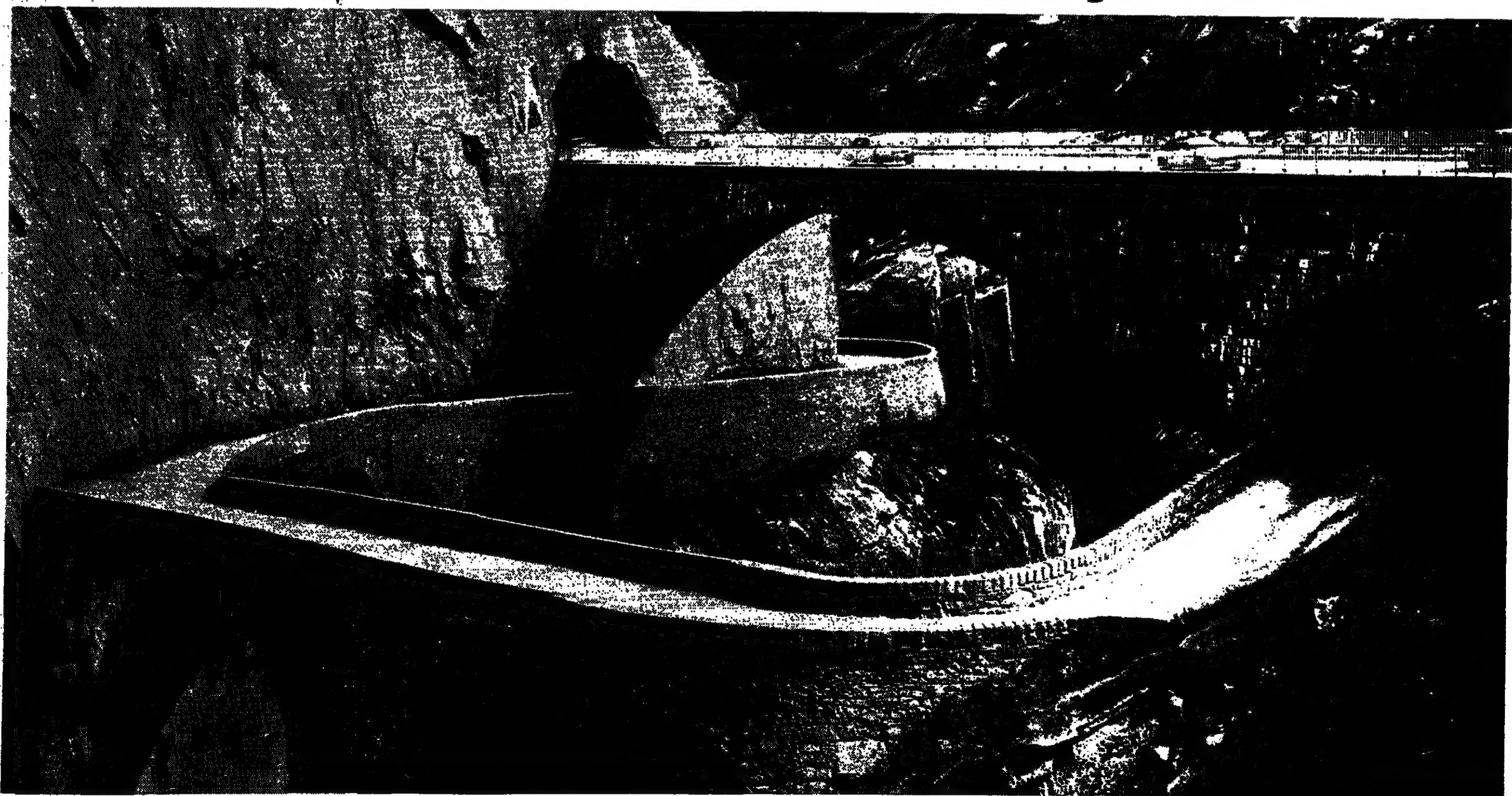
macht, die argentinische Invasion der Falklands zu verurteilen. Allein schon aus diesem Grunde schloß sich jedes militärische Engagement der Briten in Grenada aus.

Der Preis für diese Zurückhaltung ist ein empfindlicher Bruch in den anglo-amerikanischen Beziehungen. Dieses Verhältnis ist ohnehin seit einiger Zeit gespannter als es nach außen hin erscheinen mag. Es trifft zu, daß Frau Thatcher und Präsident Reagan großen Respekt voreinander haben. Das hat jedoch nicht verhindern können, daß es in Sachfragen zwischen beiden Regierungen zuweilen beträchtliche Differenzen gegeben hat. Das wurde zum ersten Mal offenbar während des Falkland-Krieges, als Reagan zunächst zögerte, den Briten volle politische und militärische Unterstützung zu geben. Nach dem Sieg der Briten auf den Falklands wandelte sich diese zunächst zurückhaltende Einstellung Reagans jedoch in volle Bewunderung für Frau Thatcher.

Höhepunkt einer Krise
Auf dieses so problemlos scheinende Verhältnis fielen in den letzten Monaten jedoch einige Schatten, als Reagan sich jedem Druck nach einer Änderung der amerikanischen Hochzinspolitik widersetzte, die den von Frau Thatcher angestrebten wirtschaftlichen Aufschwung zu drosseln drohte.

Die Beziehungen wurden weiter belastet, als die amerikanische Regierung wissen ließ, daß sie ihre Waffenlieferungen an Argentinien nach den nächsten Wahlen in diesem Land wieder aufnehmen wolle. Frau Thatcher ist der Meinung, daß die USA derartige Lieferungen zumindest so lange verzögern sollte, bis Argentinien offiziell ein Ende der Kampfhandlungen im Falkland-Konflikt verkündet habe. Die Briten revidierten sich daraufhin mit Androhungen, daß sie ihr Truppenkontingent in Belize reduzieren würden, was die politische Lage in Mittelamerika weiter destabilisieren könnte. Die Grenadakerise ist deshalb nicht der Beginn und die Ursache, wohl aber der erste Höhepunkt einer Serie von Verstimmungen hinter dem bisherigen Hochglanzfoto anglo-amerikanischer Harmonie.

Dieses Bild soll Sie daran erinnern, daß Entscheidungswege bei Banken unterschiedlich lang sein können.



Es kommt nicht allein darauf an, ob eine Finanzierung klappt oder nicht – sondern auch darauf, in welcher Zeit. Wir entscheiden deshalb schnell, auch bei größeren Projekten. Das

liegt einfach am Handlungsspielraum unserer Niederlassungen. Keiner unserer Kunden ist wie der andere. Für jeden finden wir eine individuelle Lösung.

Wir sind mit dem Mittelstand groß geworden und kennen daher auch gerade die speziellen Probleme mittelständischer Unternehmen. Die vielfältigen Branchenkenntnisse unserer Mit-

arbeiter fließen in die Finanzierungs-konzeptionen mit ein. Das macht schnelle und individuelle Lösungen möglich.

Fordern Sie uns.

BfG: Die Bank für Gemeinwirtschaft.

Kaunda hat nur Wirtschaftssorgen

Von einer Opposition ist kaum etwas zu sehen / Vorsichtige Hinwendung zum Westen

Von MONIKA GERMANI

An der Wiederwahl von Präsident Kenneth Kaunda von Sambia bei den fünften Wahlen seit der Unabhängigkeit 1964, zweifelt unter politischen Beobachtern in der Hauptstadt Lusaka niemand. Es besteht auch kein Grund dazu. Kaunda ist der einzige Kandidat für das Amt des Präsidenten, seine „Vereinigte nationale Unabhängigkeitspartei“ (UNIP), seit 1972 die einzig zugelassene Partei. 2,4 Millionen registrierte Wähler stimmten am 27. Oktober über die Besetzung von 125 Parlamentssitzen ab. Als Maßstab für Kaundas Popularität unter den 6,4 Millionen Sambianern wird die Wahlbeteiligung und die Anzahl der „Ja“-Stimmen angesehen. Bei den letzten Wahlen vor fünf Jahren betrug sie 65 Prozent.

Auch intern hat Kaunda kaum mehr eine Opposition zu befürchten. Seine beiden härtesten Konkurrenten in den letzten Wahlen, der ehemalige Vizepräsident Simon Kapwepwe aus dem Volk der Bemba und der Politiker Harry Nkumbula sind gestorben. Sie waren erst beide Mitstreiter des Präsidenten beim politischen Kampf um die Unabhängigkeit von Großbritannien, bevor sie sich gegen Kaunda wandten. In einem äußerst geschickten Schachzug hat sich Kaunda auch die Unterstützung der beiden größten unter den 73 Völkern des Landes gesichert, den Bemba und den Lozi, indem er vor zwei Monaten deren Häuptlinge in das Zentralkomitee der UNIP berief.

Ausgesöhnt hat sich Kaunda inzwischen mit dem Vorsitzenden des

mächtigen Gewerkschaftsbundes, Frederick Chiluba. Noch 1981 war Chiluba drei Monate in Haft gewesen. Er soll zu einer Serie illegaler Streiks aufgerufen haben. Doch während des Wahlkampfes beschwor er die Zuhörer, für Kaunda zu stimmen. Die ZCTU (Zambia Congress of Trade Unions) hat 300 000 Mitglieder – mehr als Kaundas UNIP. Sie ist zu einem der wichtigsten Verbündeten des Präsidenten geworden, besonders im wirtschaftlich wichtigsten Teil des Landes, dem Kupfergürtel. 95 Prozent der Deviseneinnahmen Sambias kommen aus der Kupferproduktion

SAMBIA

und die Wirtschaftslage hat sich seit dem Verfall der Kupferpreise Mitte der siebziger Jahre rapide verschlechtert. Dazu kamen über eine Million Arbeitslose – der höchste Prozentsatz im südlichen Afrika. Die seit zwei Jahren dauernde Trockenheit im südlichen Afrika hat auch Sambia hart getroffen. Mehr denn je ist das Land auf wirtschaftliche Hilfe von außen angewiesen. Mit jährlich 30 Millionen Dollar tragen die USA den größten Teil der Wirtschaftshilfe. Der Großteil der Devisen wird für den Import von Lebensmitteln benötigt. Auf Anraten des IMF hat die Regierung zu Beginn des Jahres die Währung, den Kwacha, um 20 Prozent abgewertet. Lohnerhöhungen auf unter 10 Prozent beschränkt.

So geschickt wie sich Kaunda in

den 19 Jahren als Präsident in der Innenpolitik erwiesen hat, so geschickt hat er den Balanceakt zwischen Ost und West in seiner Außenpolitik durchgehalten. Noch 1964 galt er als Verbündeter des Westens und Anhänger der Aussöhnung mit Südafrika. Nach 1968 setzte er auf die radikale chinesische Karte, er unterstützte die kommunistische Frelimo in ihrem Kampf gegen die Portugiesen in Mosambik. Die Chinesen bauten ihm die Tansania-Sambia-Eisenbahnlinie nach Darassalam.

1974 spielte Kaunda Déte mit und traf sich sogar mit Südafrikas Premierminister John Vorster. Der sowjetische Erfolg im angolanischen Bürgerkrieg 1976/77 veranlasste ihn zu einem erneuten Frontwechsel. Im Rhodesien-Krieg gewährte er den Truppen seines Freundes Joshua Nkomo militärische Stützpunkte, was ihm prompt Vergeltungsschläge der rhodesischen Armee auf die Zulu-Lager bei Lusaka eintrug. Seit dem Treffen zwischen Kaunda und dem derzeitigen südafrikanischen Premier Pieter Botha im Mai vergangenen Jahres, hat er wieder vorsichtig die Hand zum Westen ausgestreckt. Inzwischen pochen die Sowjets auf Bezahlung der vor zwei Jahren gelieferten 60 MiG-Flugzeuge.

Geschickt sind auf den Stimmzetteln auch die beiden Symbole für die „Ja“- und „Nein“-Stimmen: das Wappentier des Landes, der Adler und sein Opfer, der Frosch. Womit sich die Sambianer heute identifizieren werden ist nicht schwer zu erraten, niemand läßt sich gerne auffressen.

Appell Walesas an Träger des Nobelpreises

KNA, Warschau

Lech Walesa, der Friedensnobelpreisträger '83 und Führer der verborgenen polnischen Gewerkschaft „Solidarność“, hat die übrigen Träger dieser Auszeichnung gebeten, in einem gemeinsamen Appell von Warschau die Freilassung der politischen Gefangenen und die Eröffnung eines wirklichen öffentlichen Dialoges zu fordern. Eine entsprechende Botschaft richtete Walesa an die Teilnehmer der zur Zeit in Paris stattfindenden internationalen Konferenz über das Thema „Wissenschaft und Frieden – Die Antwort von Nobel“.

In seiner Botschaft erklärte Walesa, daß es „keine wichtigere Aufgabe für die Welt gibt, als die einen gerechten Frieden, der die Rechte des Einzelnen, der gesellschaftlichen Gruppen und der Völker“ zu verwirklichen. Walesa, der seine Botschaft telefonisch der westlichen Presse übermittelte, wies darauf hin, daß die Postbediensteten in Danzig die Beförderung eines entsprechenden Telegramms verweigert hätten. Am Montag war der Arbeiterführer in Warschau mit Spitzenvertretern der katholischen Kirche zusammengetroffen. Dem Vernehmen nach sollen dabei Fragen im Zusammenhang mit der Verleihung des Friedensnobelpreises gestanden haben.

Jerusalem: Kollekt wiedergewählt

SAD, Jerusalem

Die Kommunalwahlen in Israel haben keinen neuen Trend hervorgebracht. Jede der beiden großen Parteien – die regierende Likud und die oppositionelle Arbeiterpartei – haben Erfolge erzielt, weil die Bevölkerung ihre Bürgermeister und Gemeinderäte aufgrund lokaler und persönlicher Erwägungen wählte und parteipolitische Gründe fast völlig ignorierte. So wurde in Jerusalem, mit seiner Likud-Wahlerschaft, das langjährige Mitglied der Arbeiterpartei Teddy Kolekt mit überwältigender Mehrheit wiedergewählt. Zum ersten Mal wurde er 1965 gewählt, so daß er in anderthalb Jahren sein 20. Amtsjubiläum feiern kann.

Die WELT (usps 600-590) is published daily except Sundays and holidays. The subscription price for the U.S.A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/50 41, Telex 8 85 714

Die alte Litanei

„Der Diktator am unbekannten Ort“; WELT vom 12. Oktober

Sehr geehrte Redaktion, man sollte nicht für möglich halten, daß immer wieder von heute maßgeblichen Historikern die alte Litanei vorgebracht wird, Friedrich der Große sei kein guter Deutscher gewesen. Friedrich hat (getreu dem Programm seines Urgroßvaters) den deutschen Schwerpunkt nach Norden verlegt und nicht von ungefähr ein Jahr vor seinem Tode einen deutschen Fürstenbund gegründet (als erster deutscher Staat auch ein Abkommen mit den USA getroffen). Das alte Deutsche Reich war kein Nationalstaat wie Frankreich und England. Beim Westfälischen Frieden hatte sich am deutlichsten gezeigt, daß das Heilige Römische Reich deutscher Nation vom Hause Habsburg eben nicht politisch geführt wurde und nur noch auf dem Papier stand. (Der Prinz Eu-

gen bildete die einzige Ausnahme davon.) Was war also deutsch zur Zeit Friedrichs? Gerade die preussische Erhebung gegen Napoleon, also für Deutschland, zehrte vom noch nicht toten friedenspolitischen Geist, Österreich dagegen hatte sich vom übrigen Deutschland feierlich losgesagt und trat erst nach Preußen der antinapoleonischen Koalition bei. Also war Bismarcks Deutschland seit Friedrich vorgeprägt.

Schließlich muß gesagt werden: Friedrich diente keinem unbekannten, sondern einem Gott der höheren Gerechtigkeit (wenn er es auch nicht sagte), und wir heute können uns in die unbewußte Religiosität damaliger Menschen überhaupt nicht mehr hineinversetzen.

Mit freundlichen Grüßen
Wolfgang R. Thorwirth,
Gummersbach 1

Ewige Mitschwimmer

„Die SPD-Führung subvertiert die Bundeswehr durch die Bundeswehr“; WELT vom 14. Oktober

Sollten sich die in der „zweiten Reihe“ der SPD noch Parteimitglieder, wie Frau Professor Schwan befinden, denen der NATO-Doppelbeschluss nicht nur und ausschließlich die amerikanischen Waffen in den Sinn treibt, sondern die sich trotz Parteilinie noch Raum lassen für eine nüchternde, sich an den Tatsachen und Notwendigkeiten orientierende politische Betrachtung.

Es wäre erfreulich, wenn die SPD den NATO-Doppelbeschluss nicht nur erfinden hätte, sondern sie auch Mitglieder hätte, die an der Nachrüstung festhalten und wie im vorliegenden Fall es auszusprechen wagen, wie wichtig uns allen die Erhaltung der Freiheit des Westens sein sollte, gleich welchem Lager wir in der Politik angehören.

Meine Solidarität als Konservativen sei hier einer SPD-Dame ausgesprochen.

sprochen, die keineswegs an einer sicherheitspolitischen Naivität leidet. Wer auf die Wichtigkeit unserer Freiheit müht, dem hat keine Partei Grund mit „Anstand zu überwinden“, sondern der wird gebraucht. Heute ist es leider schon so, daß die ewig mitredenden Mitschwimmer Parteimitglieder erhalten, aber die Friedenssicherung dürfen wir diesen nicht überlassen.

Wer trotz Parteilinie nicht stets alles neu durchdenkt, ergänzt und abweichende Meinungen zuläßt, der kann nicht im Einklang mit unserer Zeit leben. Geschichte ist kein Zustand, sondern ein Prozeß, den wir dank unserer Demokratien alle mitbestimmen können, und wir sollten das ohne Beachtung der gegenwärtigen Parteipolitik – gemeinsam – tun: Unser Ziel wäre der Frieden.

Mit freundlichen Grüßen
Claudia Sabine Liebing,
Hannover 1

Nötiges Vorbild

„Wenn der kleine Diktator ...“; WELT vom 12. Oktober

Zigaretten sind oft Einstiegsdroge für hartes Rauschgift! Die Rauschgiftsucht in Deutschland wächst. Politiker schlagen Alarm, da die Rauschgiftsucht „noch“ nicht salonfähig ist, wie etwa das Rauchen. Rauschgiftabhängige werden zu recht verfolgt, doch lächelt man milde, wenn Hunderttausende durch das Rauchen erkranken und sterben.

Immer mehr Menschen – leider auch schon viele Jugendliche und sogar Kinder – werden süchtig; es sind Raucher wie Zigaretten, weiter Alkohol, Drogen und Tabletten.

Zur Lösung des Raucher- und Rauschgiftproblems ist das Vorbild die wichtigste Maßnahme. Wenn jedoch Eltern jedes Mißbehagen mit Schmerzmitteln, jede Müdigkeit mit Aufputschmitteln, jeden Ärger mit einer Beruhigungstablette, Alkohol und Nikotin vom Leibe halten wollen, braucht sich niemand zu wundern, wenn auch schon Kinder und Jugendliche zu erkranklichen Drogen (Zigarettenautomaten) greifen, um mit ihren Problemen fertig zu werden. Deshalb ist es wichtig, den Kindern und Jugendlichen einen Verzicht vorzuleben.

Karl-Hermann Timmermann,
Schwarzenborn

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinngemäß zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Und die Alten?

Sehr geehrte Damen und Herren, ein herzliches Dankeschön Herrn Bundestagspräsident Rainer Barzel, der uns so schnell und 10 Wochen vor Weihnachten, die finanziellen Sorgen für unsere so finanzschwachen und notleidenden Politiker abgenommen hat. Ausgerechnet, wo diese doch die höchsten Gehälter auf der Welt sein sollten! Aber das ist sicher wieder auch nur ein Gerücht!

Wie gut haben es da doch die Rentner und Witwen Sie brauchen sich keine Sorgen zu machen, woher sie die Weihnachtsgeschenke nehmen müssen. Ist doch am 1. 1. 84 die Rentenerhöhung fällig, die den Sozial-schwachen nach Abzug der Krankenkassenbeiträge sogar den Beitrag für eine frische Brezel übrig läßt. Da kann man doch übermütig werden!

Ein Herz für Kinder und ein Herz für Tiere kann man an vielen Autos lesen. Ein Herz für unsere vergessenen Alten klebt keiner an seinen Wagen. Und dabei sind es gerade unsere Alten, die nach dem Zusammenbruch mit ihrer Hände Arbeit den Wiederaufbau mit ermöglichten. Wer war von den Bonner Damen und Herren denn noch dabei und könnte mitreden?

Wenn schon eine Erhöhung, dann bitte erst zum Fasching oder dem 1. April. Aber vor dem Weihnachtsfest, wo vielen nicht nur der Weihnachtsbraten, oft auch ein warmes Zimmer fehlt? Nein danke!

Irmgard Sauer,
Ludwigshafen

Furcht vor Lücke

„Die Furcht des Kandidaten vor der Lücke in Berlin“; WELT vom 17. Oktober

Sehr geehrte Redaktion: der kalte Schauer läuft einem aufrechten Demokraten über den Rücken, wenn man sehr aufmerksam (auch zwischen den Zeilen) diesen Artikel liest. Wo bleibt die politische „Ehrlichkeit“? Sind denn die Politiker nur noch Werkzeuge geworden, die man einfügt, wohin auch immer und an welche Stelle?

Die CDU scheint in Not zu sein mit der Besetzung des Bundespräsidenten-Stuhles. Herr Professor Carl Carstens ist jetzt hier und an dieser Stelle gefordert. Er kann doch ohne weiteres sich zum zweiten Mal wählen lassen. Herr Richard von Weizsäcker kann schon deshalb nicht Bundespräsident werden, weil er durch seine aufrechte, ehrliche und charaktervolle Art sich selbst Berlin „verschrieben“ hat. Er hat eindeutig erklärt, daß seine politische Heimat in Zukunft Berlin sein wird, und nur hier hat er seine politische Zukunft. Herr von Weizsäcker kann einfach nicht mit einer, auch wenn es sich um eine politische Lüge handelt, Bundespräsident werden. So schwer wie es ihn fällt, weil er selbst weiß, daß er ein würdiger Kandidat ist, sein Platz ist und bleibt Berlin.

Mit freundlichen Grüßen
Christoph A. Weidlich,
Berlin 15

Manipulation

Sehr geehrte Redaktion, die Abhandlung eines Ihrer Redakteure zu dem von bayerischen Gewerkschaften Kurzbewertungsbeurteilung der Arbeit „Demokratischer Unterricht“ muß ich nach Lektüre dieses Heftes leider voll bekräftigen. Das Heft zielt voll auf Manipulation der Schüler ab. Die GEW hat hiermit dem Bildungsauftrag in einem demokratischen Staatswesen – die Schüler ohne Einseitigkeit zu verantwortlichen und gebildeten Staatsbürgern zu erziehen – endgültig entsagt. Vorstufen zu dieser einseitigen, beängstigenden Politisierung in den Schulen waren schon der Aufruf zum Schülerstreik am 5. Oktober unter dem Motto „Für ein Jahr“ und die Forderung nach Unterrichtsbefreiung für „friedensaktive“ Schüler und Lehrer. Mit diesen Aktionen stellt sich die GEW immer mehr mit Lehrverbänden in totalitären Staaten, wie der „DDR“, auf eine Stufe.

Die entsprechenden Stellen in den Kultusministerien und die Schulleitungen sollten im Interesse aller Schüler gegen die Neutralitätsgebot nach dem Beamtenrecht brechenden Lehrer die Grenzen ihres Handelns – notfalls durch Disziplinarmaßnahmen – aufzeigen.

Klaus-Hubert Fugger,
Würzburg

Wort des Tages

99 In der Stimme des Gewissens wird mit einem Male alles Fließende und Relative fest und absolut. Der Inhalt dessen, was es dem einzelnen Menschen sagt, wird in vieler Hinsicht individuell und zeitgebunden sein müssen. Aber jede Selbstprüfung weiß es, daß das Gewissen zugleich genaue Schranken gegenüber bloßer Subjektivität, Willkür und noch schlimmeren Versuchern jedesmal zieht. 99

Friedrich Meinecke, dt. Historiker (1866-1954)

Fluchtversuch im Kugelhagel gescheitert

Unsichtbare Sperranlagen an der deutsch-tschechoslowakischen Grenze

AP/DW, München

Der Fluchtversuch von zwei Männern aus der Tschechoslowakei in die Bundesrepublik Deutschland ist im Kugelhagel von tschechoslowakischen Grenzsoldaten gescheitert. Das teilte das Grenzschutzkommando Süd in München mit. Der Fluchtversuch habe sich bereits am vergangenen Freitag ereignet, wie es in München heißt. Zwei in Zivil gekleidete junge Männer waren im Bereich des ehemaligen Grenzübergangs Höl-Häselbach auf das Bundesgebiet zugelaufen. Etwa 80 Meter vor der Grenze sei der eine plötzlich stehen geblieben und habe die Hände erhoben, während der zweite weitergelaufen sei. Unmittelbar danach seien mehrere Feuerstöße zu hören gewe-

sen. Die weiterlaufende Person sei zu Boden gestürzt. Soldaten der tschechoslowakischen Grenztruppe hätten den ersten Mann abgeführt und den zweiten auf einer Trage weggebracht. Die Grenze zwischen der Bundesrepublik und der Tschechoslowakei – 356 Kilometer – ist auf weite Strecken hin mit Natur verkleidet und erweckt einen harmlosen Eindruck.

Man sollte sich nicht täuschen: Das friedliche Bild trügt. Zwar verzichtet die Tschechoslowakei auf Todesstrafen und Minen. Doch die Sperranlagen im Hinterland sind ebenso effizient wie die der DDR“, erklärt der Sprecher des Bundesgrenzschutzkommandos Süd, Klaus Papenfuß, in München. Die Prager Behörden verlegen zur Zeit die

Sperranlagen und Unterkünfte ihrer rund 10 000 Mann umfassenden „Grenztruppe“ weit zurück ins Land, nachdem die eigentlichen Sperranlagen beinahe an der gesamten Grenze rund fünf Kilometer von der Grenzlinie entfernt aufgebaut wurden.

Passiert dennoch ein Flüchtling Richtung Westen die Sperranlage, muß er bis zur Grenzlinie meist eine Strecke von fünf Kilometern überwinden. Da er längst Alarm ausgelöst hat, sind inzwischen die Grenzsoldaten des Abschnittes vorne ausgerückt, haben ihre Alarmstände bezogen und erwarten den Flüchtling mit schußbereiten Gewehren. Tatsächlich gelang zwischen 1976 und 1982 jährlich nur zwischen sieben und 19 Personen die Flucht nach Bayern.



HDI - Sicherheit, die sich auszahlt. Täglich kann Ihnen ein Malheur passieren, für das Sie haften müssen. Nicht nur, wenn Sie besonders experimentierfreudig sind. Dann zeigt sich, was eine gute allgemeine Haftpflicht-Versicherung wert ist. Mit uns gehen Sie auf Nummer Sicher. Als einer der großen und leistungsstarken Industrie-Versicherer haben wir mehr als 80 Jahre Erfahrung. Davon profitieren Sie auch privat. Bei Haftpflicht, Kfz, Unfall, Hausrat- oder Gebäude-Versicherungen.

HDI Haftpflichtverband der Deutschen Industrie
Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit
Methorst 2 · 3000 Hannover 51 · Telefon 05 11 / 6 15-1

Personalien

ERNENNUNGEN

Auf politischer Ebene sind in Bonn in den letzten Tagen eine Reihe von Personalentscheidungen gefallen. Der Bundespersonalausschuss hat der Ernennung von Abteilungsleiter Norbert Schäfer, (49), im Presse- und Informationsamt der Bundesregierung zum Ministerialdirektor zugestimmt. Schäfer, langjähriger Pressesprecher der CSU-Landesgruppe im Bundestag, hatte nach dem Regierungswechsel vor einem Jahr die Nachrichtenabteilung im Bundespresidium übernommen. Das Bundeskabinett beschloß gestern die Ernennung des in Bundeskanzleramt arbeitenden Ministerialdirektors Edward Ackermann zum „Beamten auf Lebenszeit“. Ackermann gehört zu den engsten Vertrauten von Bundeskanzler Helmut Kohl. Das Kabinett stimmte außerdem dem Vorschlag von Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann zu, Rudolf von Hoegen zum Ersten Direktor beim Bundeskriminalamt, BKA, zu ernennen. Von Hoegen ist bisher Leiter der Spionageabwehr beim Bundesamt für Verfassungsschutz, BfV, in Köln. Beim Bundeskriminalamt wird er Nachfolger von Dr. Gerhard Beeden, der als Vizepräsident in die Amtsperiode aufgerückt ist. Über die Neubestetzung der Leitung der Spionageabwehr beim Verfassungsschutz ist

noch nicht entschieden. Die CSU-Landesgruppe im Bundestag hat, wie ihr Vorsitzender Theo Waigel mitteilte, Frau Ida Aschenbrenner mit der Leitung der Pressestelle beauftragt. Frau Aschenbrenner ist seit 1965 Mitarbeiterin in der CSU-Pressestelle. Sie genießt in der CSU-Führung hohes Ansehen.

Dr. Jochen F. Kirchhoff, (56), ist zum neuen Präsidenten der Landesvereinigung der Arbeitgeberverbände Nordrhein-Westfalens und zum Präsidenten des Verbandes der Metallindustrie des Landes gewählt worden. Der Inhaber eines Familienunternehmens gehört dem Vorstand der Metallindustrie in Nordrhein-Westfalen schon seit 1972 an. Er ist auch Mitglied des Präsidiums der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und des Bundesverbandes der Deutschen Industrie.

Wenige Stunden nach der letzten Pressekonferenz des scheidenden Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes, Berndt von Staden, gab der italienische Botschafter Luigi Vittorio Ferraris in seiner Residenz für den Staatssekretär ein Abschiedessen. Aus Brüssel war eigens der deutsche NATO-Botschafter Hans-Georg Wieck angereist, um gemein-

sam mit anderen Amtskollegen, darunter US-Botschafter Arthur F. Burns und dem früheren Bonner Botschafter Sigismund von Brauns von Staden vor Antritt seines Ruhestands zu ehren. Botschafter Ferraris rühmte von Staden in langen Jahren erprobte diplomatische Fähigkeiten. Der Staatssekretär bedankte sich mit einer in heiterem Ton vorgetragenen Rede, in der er darauf verwies, daß er seinerzeit beim Antrittsbuch von Botschafter Ferraris auf verzichtet habe, ihm gute Ratschläge zu geben, weil der Botschafter ohnehin schon bestens informiert gewesen sei.

WÜRDIGUNG

Arbeitsminister Norbert Blum würdigte am Mittwoch die Persönlichkeit von Frau Dr. Elfriede Kaiser-Neggen, die im Alter von 93 Jahren starb. Die Gattin des ersten Vorsitzenden der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands, des ehemaligen Bundesministers Jakob Kaiser, stand ein Leben lang im Dienst der Arbeiterbewegung. „Ihr Leitgedanke in der politischen Tätigkeit war die Selbstbestimmung der Arbeiterklasse auf der Grundlage der qualifizierten Bildung und Ausbildung“, so Blum. Mit ihrem Mann Jakob Kaiser gehörte sie im Dritten Reich dem Widerstand gegen Hitler an.

Daimler-Benz-Chef Prinz über die Konkurrenz aus Japan:

„Wir müssen leistungsbewußter, fleißiger und engagierter werden“

Gerhard Prinz, Vorsitzender des Vorstands der Daimler-Benz AG, hat gestern in Berlin vor der Deutschen Wirtschaftsgesellschaft über weltwirtschaftliche Verflechtungen der deutschen Wirtschaft gesprochen. Die WELT veröffentlicht den Teil der Rede, der sich mit den Konkurrenten Deutschland und Japan auf dem Automobilmarkt der USA befaßt.

Bedeutend kritischer zeigt sich die internationale Wettbewerbskonstellation für die deutsche Wirtschaft, wenn wir in den Vergleich mit dem Fernen Osten – und hier insbesondere Japan – eintreten. Um dies für die Automobilindustrie zu tun, möchte ich auf dem nordamerikanischen Markt verharren, denn hier begegnen sich im Wettbewerbskampf die japanische und die deutsche Automobilindustrie auf einem Drittmarkt, also sozusagen auf neutralem Boden, ohne daß der eine oder der andere die Vorteile des heimischen Marktes genießen könnte.

Auf dem amerikanischen Markt stellen wir nun aber leider enorme Verschiebungen in den Marktanteilen zugunsten der japanischen Wettbewerber und zu Lasten der amerikanischen und auch der deutschen Automobilhersteller der Großserienfertigung fest. Hierzu ein kurzer Rückblick: 1973 erzielte die deutsche Automobilindustrie mit ihren Exporten in den USA einen Marktanteil von 7 Prozent, im Jahre 1982 waren es nur noch 3 Prozent. Der Marktanteil der japanischen Automobilindustrie hingegen lag 1973 bei nur 6 Prozent. Im Jahre 1982 waren es sage und schreibe 23 Prozent oder etwa 80 Prozent aller in die USA eingeführten Automobile.

Anders ausgedrückt: Die deutschen Automobilhersteller haben einen sehr beträchtlichen Marktverlust hinnehmen müssen; sie haben schon gar nicht die Marktchancen, die ihnen bei der Aufrechterhaltung ihrer Wettbewerbsfähigkeit im Laufe der letzten 10 Jahre in der USA offenstanden hätten, wahrnehmen können. Die japanischen Automobilhersteller hingegen haben Marktpotenziale auszunutzen können, die den deutschen Herstellern verlorengegangen sind. Die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Automobilindustrie ist im Verhältnis zur japanischen gesunken.

Noch in den 60er Jahren war die deutsche Automobilindustrie auf gutem Wege, ihre Marktanteile in den USA weiter zu erhöhen. In den 70er Jahren wurden diese Chancen mehr und mehr zugeschnitten. Wenn ich nun hinzufügen, daß es sich dabei um Größenordnungen zwischen ein und zwei Millionen Fahrzeugen jährlich handelt, wird klar, in welchem Maße der deutschen Automobilindustrie Wachstums- und Beschäftigungschancen entgangen sind.

Mag sein, daß die japanische Automobilindustrie durch eine lange strukturelle Unterbewertung des Yen begünstigt gewesen ist. Die eigentlichen Ursachen für das relativ so enorme Erstarken der japanischen Automobilindustrie würden damit aber nicht erfüllt sein. Wo sind sie zu suchen? Sicherlich nicht in der Fahrzeugtechnik; hier ist die deutsche Pkw-Industrie nach wie vor gleichwertig, meist sogar überlegen – in der Gesamtkonzeption, in der Harmonie und Ausgewogenheit der Durchführung. Auch nicht in der Produktionstechnologie; hier gibt es – trotz vieler Veröffentlichungen, die das Gegenteil behaupten – keine erheblichen strukturellen Unterschiede.

Die Vorteile der Japaner liegen nun einmal ganz eindeutig in den niedrigeren Kosten, insbesondere in den niedrigeren Personalkosten. Personalkosten je geleistete Arbeitsstunde in der Automobilindustrie lagen 1982 in Deutschland mit 30,23 DM um rund 36 Prozent höher als in Japan mit 22,21 DM (Umsatzrechnungskurs 100 Yen = 1,10 DM).

Weltwirtschaftlicher Eroberungswille

Dabei gehe ich einmal von dem heutigen Umrrechnungskurs aus. Für die vergangenen Jahre ergaben sich bei einem deutlich schwächer bewerteten Yen noch viel größere Diskrepanzen. Auch werden in der japanischen Automobilindustrie 24 Prozent mehr Arbeitsstunden pro Jahr geleistet als in der deutschen: Deutschland 1690 Stunden; Japan 1990 Stunden. Dies ermöglicht einen höheren Auslastungsgrad der Anlagen und führt zu einem geringeren Kapitaldienst je Einheit.

Daraus ergeben sich erhebliche Vorteile der Japaner bei den Herstellkosten. Weitere Vorteile der Japaner, die überwiegend mentalitätsbedingt sind, aber wahrscheinlich noch mehr in die Waagschale fallen: 1. Hohes Engagement 2. Große persönliche Bescheidenheit 3. Großer Fleiß 4. Hohe Leistung 5. Betonung der Gemeinsamkeit 6. Weltwirtschaftlicher Eroberungswille.

Ich kann nicht sagen, daß das, was



Gerhard Prinz, Chef der Daimler-Benz AG
FOTO: RICHARD SCHULZE-VORBERG

für die Pkw-Industrie insgesamt abzuleiten ist, ausnahmslos gilt, und auch nicht, daß es für die gesamte deutsche Industrie etwa Gültigkeit besäße.

Aber mir scheint, es gilt doch für weitgehende Bereiche der deutschen Industrie.

Und wir kommen wohl nicht an der Feststellung vorbei, daß sich die Frage der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie und Wirtschaft auf die Frage nach der Wettbewerbsfähigkeit im Verhältnis zur japanischen Industrie zuspitzt. Während wir im Hinblick auf unsere Konkurrenzfähigkeit innerhalb Europas und auch im Hinblick auf diejenige zu Nordamerika schlußfolgern dürfen, daß wir einem Vergleich durchaus standhalten, ist uns diese beruhigende Feststellung im Verhältnis zu Japan nicht möglich. Und das ist der Konkurrenzkampf mit der japanischen Wirtschaft nicht etwa nur im Fernen Osten und in Südostasien abspielt, sondern – wie am Beispiel USA dargelegt – in der gesamten Welt, dürfen wir uns der Einsicht nicht verschließen, daß unsere Wettbewerbsfähigkeit im Weltmaßstab in den letzten zehn Jahren erheblich nachgelassen hat.

Verlorene Beschäftigung zurückholen

Darunter hat – dies steht für mich außer Zweifel – das Wachstum der deutschen Industrie schwer gelitten. Wir haben Beschäftigung verloren, insbesondere an die Japaner. Und mit dieser Erkenntnis ist unsere Aufgabe vorgeschrieben: Wir müssen uns die verlorene Beschäftigung, wir müssen uns die im internationalen Wettbewerb verlorene Arbeit zurückholen. Die Notwendigkeit, unsere Wettbewerbsfähigkeit wieder zu verbessern, stellt sich dringender denn je. Was können wir zu diesem Zweck tun? Wir dürfen nicht über ein vermeintlich unabänderliches „Ende unseres Wachstums“ in Resignation verfallen. Denn es gibt keine Grenzen des Wachstums und schon gar nicht des qualitativen Wachstums. Es gibt auch keine Grenzen des Wachstums im Hinblick auf die unendlich vielen Bedürfnisse der Dritten Welt. Aber offensichtlich ist es uns zur Zeit in der Bundesrepublik nicht möglich, Wachstum zu verwirklichen. Das mag zum Teil daran liegen, daß das weltwirtschaftliche Wachstum gegenwärtig recht begrenzt ist. Aber auch in dieser weltweiten Gesamtsituation gibt es durchaus Länder, die Wachstum erzielen.

Um das für die Bundesrepublik aber „fertigzubringen“, brauchen wir eine Reform im Denken und Handeln! Das gilt für alle Bereiche der deutschen Industrie und Wirtschaft – für Unternehmen und Unternehmer ebenso wie für die Arbeitnehmer und ihre Interessenvertreter. Wir müssen unsere eigene Leistungsfähigkeit und unsere eigene Leistung steigern. Dies setzt vor allem voraus, daß wir leistungsbewußter, fleißiger und engagierter werden.

Wir müssen uns auf die menschlichen Eigenschaften besinnen, die uns unseren großen Aufstieg in den fünfziger und sechziger Jahren ermöglicht haben, die aber heute in weitgehendem Maße in Vergessenheit geraten sind. Wir müssen vor allem auch unsere eigene Leistung im Verhältnis zu den Kosten, also den Personalkosten, verbessern.

Wir müssen erkennen, daß wir mit den Mängeln in unserer Leistung auch Teile unserer Beschäftigungsmöglichkeiten verloren haben, deutscher noch: Wir haben viele, viele Arbeitsplätze verloren. Daher kann die Lösung des Arbeitslosenproblems, das uns alle betroffen macht,

nicht lauten, wie die – fälschlicherweise als fixe Größe betrachtete – vorhandene Arbeit anders zu verteilen ist, sondern allein, wie wir wieder mehr Beschäftigung und damit mehr Arbeit und Arbeitsplätze für unsere Volkswirtschaft gewinnen können.

Beschäftigung und Arbeit sind im Weltmaßstab des Wettbewerbs nicht ein für allemal konstante, etwa stagnierende Größenordnungen; sie sind kein vorgegebenes fixes Quantum, sondern sie verändern sich mit der internationalen Wettbewerbsfähigkeit eines Landes. Weltweit gesehen ist für die deutsche Industrie mehr an Beschäftigungs- und Arbeitspotential vorhanden, als wir auf der Basis unserer derzeitigen Voraussetzungen wahrnehmen und wahrnehmen können.

Eine Arbeitszeitverkürzung, die mit steigendem Entgelt für die gleiche Einheit Arbeit verbunden ist, würde noch verstärken, was unser Handicap im weltweiten Wettbewerb ist, nämlich die im Vergleich zu wichtigen Konkurrenten zu hohen Kosten. Sie würde die für uns erreichbare Arbeit vermindern, zusätzlich auch noch die vorhandenen Arbeitsplätze gefährden und damit unweigerlich zu noch mehr Arbeitslosen führen! Bei Fortsetzung dieser Reise laufen wir in eine immer engere Sackgasse, an deren Ende nur eine große unüberwindliche Mauer stehen kann.

Eine generelle Arbeitszeitverkürzung ist daher die falsche und damit keine Therapie; sie verschlimmert unser Leiden. Abhilfe können wir nur durch gezielte „Langzeitbehandlung“ schaffen. Zu diesem Zweck dürfen wir das Verhältnis von Leistung und Entgelt nicht noch weiter verschlechtern, sondern müssen es wesentlich verbessern und – damit heute anfangen, nicht morgen. Arbeitszeitverkürzung bedeutet gleichzeitig Verschlechterung der Anlagenutzung; das führt zu höherem Kapitaldienst je Einheit und damit zur Erhöhung der Stückkosten.

Da die kapitalmäßige Ausstattung eines jeden Arbeitsplatzes immer teurer wird, fällt der Mangel in der Anlagenutzung in steigendem Umfang ins Gewicht. So steigen die durchschnittlichen Investitionskosten für die Errichtung eines neuen Arbeitsplatzes in der deutschen Automobilindustrie in den letzten fünf Jahren um fast 50 Prozent auf rund 20 000 DM. Das mag nicht ausschließen, zur Linderung der aktuellen Arbeitsmarktp Probleme und damit zur Behandlung der Krankheitserscheinungen Maßnahmen wie Teilzeitarbeit, Vorruhestandsregelung oder Job-Sharing ins Auge zu fassen.

Solche Maßnahmen sind geeignet, momentane soziale Spannungen zu lindern, und sie sollten deshalb nicht außerhalb der Erwägung fallen. Auf keinen Fall jedoch darf man sich der Illusion hingeben, damit sei der eigentlichen Krankheit zu Leibe gerückt. Ihre Symptome mögen für einen Augenblick weniger ins Auge stechen, weniger bedrückend erscheinen; der eigentliche Krankheitsbefund wird dadurch nicht angegangen. Ihm jedoch muß unsere Aufmerksamkeit und Behandlung gelten!

Es geht allein um die Volkswirtschaft

Bei der Auseinandersetzung um die – wie mir scheint – schicksalhafte Frage geht es nicht etwa um die Abschöpfung höherer Differenzialrenten für den Arbeitgeber, sondern es geht einzig und allein um unser volkswirtschaftliches Wohlergehen, auf das wir alle in Deutschland angewiesen sind. Unternehmen, Unternehmer und Arbeitnehmer.

Eine weitere Einschränkung unserer effektiven Leistung fördert nicht das Wohl unserer breiten Bevölkerung und unserer Arbeitnehmer, sondern schadet ihm. Gerade die soziale Verantwortung der Unternehmen erfordert es, eine solche weitere Beeinträchtigung unserer weltweiten Wettbewerbsfähigkeit nicht zuzulassen.

Ich möchte keinen Zweifel daran lassen, daß ich eine weitgehende soziale Verantwortung der Unternehmen und der Unternehmer für ein völlig unverzichtbares Element unserer freien Marktwirtschaft ansehe. Wir können ihr aber nur auf solidem Leistungsfundament nachkommen. Alles andere ist Utopie, und für die Verfolgung von Utopien hat man in dieser Welt immer noch einen unerschwinglich hohen Preis bezahlen müssen!

Wir müssen uns aber wohl auch intensiver auf unsere unternehmerischen Tugenden zurückbesinnen, auf – persönlichen Einsatz – Eigenverantwortung – zielbewußten Innovationswillen – fleißige Kreativität – abgewogene Risikobereitschaft und – zukunftsgerichtete Flexibilität.

Sie alle sind in gleicher Weise unentbehrliche motorische Voraussetzungen für die Wiedererstarkung unserer Wettbewerbsfähigkeit. Wir müssen neuen Mut schöpfen und dürfen uns durch alle Hindernisse, die uns noch im Wege stehen, nicht „verdrücken“ lassen.

SIEMENS

Neue Möglichkeiten für die elektronische Belegerfassung

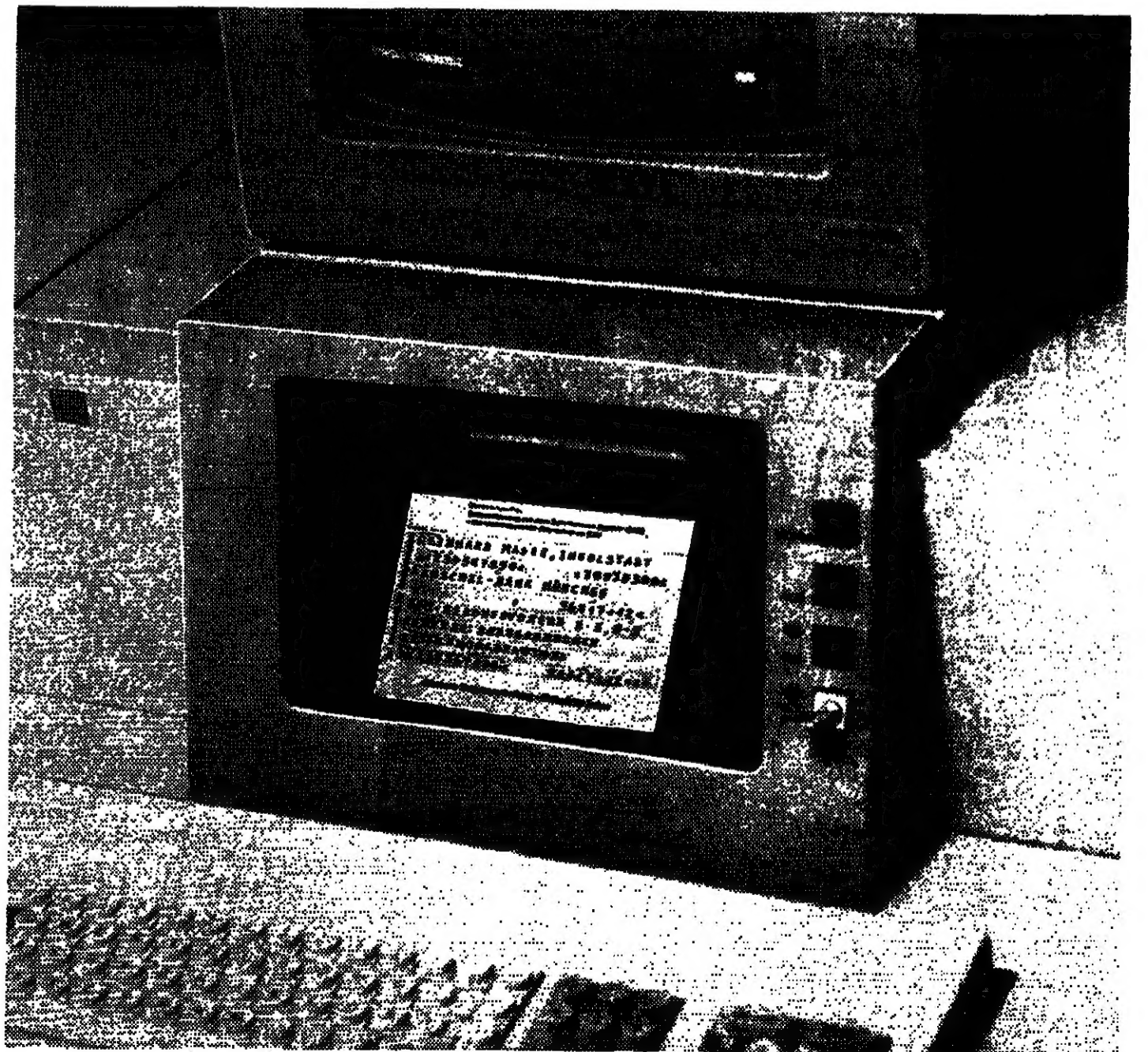
Frankfurt, Oktober '83. Das neue Lesegerät von Siemens, das erstmals eine Vielzahl von Maschinenschriften und auch Blockschrift lesen kann, wird bei deutschen Großbanken in Betrieb genommen.

Die wachsende Flut von Transaktionen im Zahlungsverkehr – täglich über 10 Millionen Belege – zwingt die Kreditinstitute zu weiterer Rationalisierung der Datenerfassung. Mit dem neuen Schriftenlese-System können in Zukunft die weitaus meisten Belege automatisch bearbeitet werden. Der Aufwand für den Durchlauf eines Beleges läßt sich so erheblich reduzieren.

Im Unterschied zu herkömmlichen Beleglesern kann das neue Schriftenlese-System von Siemens die gebräuchlichen Maschinenschriften und erstmals auch handschriftliche Eintragungen in Blockschrift lesen. Die Belege werden

verbucht und in Form von elektronischen Datensätzen an die Empfänger weitergegeben. Nur Belege, die unvollständig oder unleserlich ausgefüllt sind, müssen von Hand nachbearbeitet werden.

Das neue Schriftenlese-System ist eines der Ergebnisse der umfangreichen Forschungs- und Entwicklungsarbeit bei Siemens. Über 3 Mrd. DM jährlich wendet das Unternehmen für die Verbesserung vorhandener und die Entwicklung neuer Produkte und Systeme auf. So macht Siemens über 50% seines Umsatzes mit Produkten, die erst in den letzten 5 Jahren entwickelt wurden.



Neue Technik bringt uns voran. Siemens.

TENNIS / Deutsche Niederlagen in Filderstadt

Sylvia Hanika: In nur 66 Minuten alles vorbei

DIETER LUDWIG, Filderstadt. Gedacht war alles anders, nämlich so: Ein Finale zwischen Martina Navratilova aus den USA und der Neubröcklauerin aus Bayern, Sylvia Hanika. Daraus wird nun nichts mehr beim 150.000-Dollar-Tennis-Turnier in Filderstadt. Sylvia Hanika, bei diesem Turnier als Nummer zwei eingestuft, schied bereits in der ersten Runde geschlagen davon. Die kessle Französin Catherine Tanvier hatte die 24-jährige aus Ottendich bei München mit 6:3, 6:2 abgefertigt. Das ganze dauerte nur 66 Minuten.

Anschließend meinte Sylvia Hanika:

Catherine Suire aus Frankreich, was sicherlich den Veranstalter freut. Im Nachhinein besonders, denn ohne deutsche Beteiligung lassen sich auch in Filderstadt keine Zuschauer locken, zumal die Eintrittspreise schön gepfeffert sind. Da paßt es denn auch gut, daß gerade Eva Pfaff zur Zeit besonders von Martina Navratilova gelobt wird. Die absolute Nummer eins in der Welt meint, Eva sei die „talentierteste Nachwuchsspielerin überhaupt“. Vielleicht hat sie gerade deshalb mehr Erfolg als ihre immer noch höher eingestufte Kollegin Sylvia Hanika, weil sie von sich behaupten kann: „Ich organisiere alles selbständig, ich bin mein eigener Manager. Mir redet niemand hinein, was ich zu tun habe.“

Und noch ein deutsches Talent, acht Jahre jünger als Eva Pfaff, ist noch im Wettbewerb: Stefanie („Steffi“) Graf aus Brühl bei Mannheim. Sie hat gegen die Jugoslawin Renata Sakic gewonnen (6:1, 6:3), aber vor allem demonstriert, daß sie eines Tages möglicherweise zur Weltspitze zählen kann, wenn sie nicht schon vorher von außen allzusehr hochgejubelt wird. Täglich, so sagt die 14-Jährige, trainiere sie etwa zwei bis drei Stunden, am liebsten mit dem Vater. Nach dem Turnier in Filderstadt reist sie weiter nach Australien, um auf der Leiter der Welttrangliste (bisher steht sie auf Platz 121) höher zu klettern.

Für die Olympischen Spiele 1988 in Seoul, wo auch im Tennis Medaillen statt Prämien gereicht werden, ist Stefani Graf sicherlich ein möglicher Medallientip. Ihr Vater hat nach längerem Zögern das Abkommen seiner Tochter mit dem Deutschen Tennis-Bund unterzeichnet. Danach nämlich dürfen alle Geldgeschäfte nur über den Verband abgewickelt werden. An diesem Punkt war der Vater von Stefani zunächst ins Zögern geraten. Er hatte, so war vom Verband einmal zu hören, den Tennis-Bund noch ein bißchen stärker melken wollen. So aber gehen die Gelder auf ein Sperrkonto, verteilt nach einem bestimmten Schlüssel. Dem Druck der Firmen hat zum Beispiel Michael Schenkel nicht mehr standgehalten. Er hat bei einer großen Werbefirma unterzeichnet und kann nicht mehr Olympia-Amateur sein.

Familiäre Atmosphäre. Polizisten zogen ab

DIETER DOSE, Berlin. Die Zeremonie war wie bei den A-Nationalmannschaften: Polizeipelle, Nationalhymnen. 7:0 (3:0) schlugen die DFB-Junioren dann einen Tag vor dem großen Länderspiel (das Ergebnis stand bei Redaktionsschluss noch nicht fest) die Türkei und stellten damit die Weichen zum Gruppensieg. Allerdings ist dafür im letzten Spiel noch ein Sieg über die mit 9:1 Punkten führenden Albanen notwendig.

Schauplatz des Sieges war das Berliner Mommensstadion. In der Arena ohne Flutlicht erfolgte der Anstoß schon nachmittags. Bei allenfalls 6000 Zuschauern, darunter etwa 500 Türken, entfalte sich eine fast familiäre Atmosphäre. Die rund 300 Polizisten, die Staatsanwälte und die Sicherheitskräfte blieben Staffage. Es gab keinen Grund zum Eingreifen. Der Sicherheitseinsatz beschränkte sich an den Eingängen auf Taschenkontrollen und Leibesvisitationen.

War das die Probe für den Ernstfall? „Wir haben zwar alle Sicherheitsvorkehrungen getroffen, aber uns war vorher klar, daß bei diesem Spiel kaum etwas passieren wird“, sagte Oberstaatsanwalt Mathias Priest. Einer seiner Mitarbeiter hatte sich unter die Fans gemischt. Die kamen aus Schalle und fragten sich: „Was machen wir nach dem Spiel? Fahren wir nach Kreuzberg?“ Dafür war keiner zu begeistern. „Hier trinken, ja, aber nicht in Kreuzberg.“ Der Vorschlag wurde abgelehnt.

So verlief das Juniorenspiel ohne Misklänge. Eine Viertelstunde vor Schluss verließen nicht nur die A-Nationalspieler beider Länder das Stadion, auch das Gros der Polizeikräfte wurde abgezogen.

Selbst eine Reihe von Fouls der spielerisch deutlich unterlegenen Türken brachte niemand auf den Bängen in Rage. Frühzeitig hatte die auf totale Offensive eingestellte deutsche Mannschaft für klare Verhältnisse gesorgt und die Sprechrore der türkischen Fans zum Verstummen gebracht. 2:0 stand es schon nach 13 Minuten, 3:0 bei Halzeit. Auch zwei nicht vorher geplante Auswechslungen blieben ohne Folgen: Der Leverkusener Herbert Was mußte mit einer Schädelprellung auscheiden, und Michael Rumme-

nigge blieb deshalb zur zweiten Halbzeit in der Kabine, weil ihn Jupp Derwall nachträglich ins A-Aufgebot berufen hat. Schon vor dem Junioren-Spiel war Michael Rummenigge in das Quartier der A-Nationalmannschaft umgezogen.

Als kurz vor Spielende ein türkischer Mittelfeldspieler wegen Nachtretens gegen Reichert vom Platz mußte, gab es auf den Zuschauerrängen kaum Reaktionen. Die meisten befanden sich ohnehin schon auf dem Heimweg und hatten das Stadion bereits verlassen.

Beim höchsten Sieg einer deut-

Anzeige



interlücke duo.
Das neue Möbelprogramm -
im interlücke Fachhandel.

sehen Junioren-Nationalmannschaft waren der Uerdinger Libero Herget, der Nürnberger Brunner und der Münchner Mathy die überragenden Spieler. „Von meinen Spielern kann jeder den Sprung in die A-Nationalmannschaft schaffen“, sagte Trainer Bert Vogts. Und: „Ich bin sicher, daß wir Gruppensieger werden.“ Über seine eigene Zukunft denkt der frühere Nationalspieler gerade nach: Der DFB hat ihm einen neuen Vertrag bis zum Jahre 1989 angeboten.

Linke Gruppen bildeten mobile Eingreiftruppe

WALTER H. RUEB, Berlin. Bei einer Kundgebung von Alternativen, Jungsozialisten, Autonomen sowie mehreren türkischen Gruppen auf dem Oranienplatz in Kreuzberg, wo Tausende von türkischen Gastarbeitern mit ihren Familien wohnen, wurde am Vorabend des Fußball-Länderspiels gegen die Türkei die Stimmung angeheizt. Allerdings nicht mit der Bekanntgabe, daß auch Bundeskanzler Helmut Kohl zusammen mit dem türkischen Botschafter auf der Ehrentribüne des Olympiastadions sitzen werde, sondern mit Ansprachen, Transparenten und Gesängen.

Zwar verlief die Demonstration ohne Zwischenfälle, brauchte das im Hintergrund bereitgehaltene Polizeiaufgebot nicht einzugreifen, doch war unverkennbar, daß sich Berlins linke Gruppen zur Abwehr der angekündigten neo-nazistischen Aktionen gegen die türkischen Bewohner Berlins berufen fühlen und versuchen, politisches Kapital daraus zu schlagen.

In Flugblättern wurde behauptet, der Staat ziehe bei der Mobilisierung der Neo-Nazis die Fäden, er sei der Drahtzieher des faschistischen Terrors, und die neo-nazistischen Terrorbanden seien ein Instrument der Herrschenden gegen die Linken. Auf einem Transparent wurde gefordert: „Die Faschisten verjagen, den Staat zerschlagen.“ Die Türken wurden bei der Kundgebung in ihrer Sprache zu verstärkter Aktivität gegen den Faschismus aufgefordert. Berlins Polizei hielt deshalb politische Demonstrationen linker türkischer Gruppen anläßlich des Fußballspiels gegen das Militärregime in Ankara nicht für ausgeschlossen.

Das Länderspiel wurde durch 6000 Polizeibeamte geschützt. Nach der jüngsten Entwicklung nicht zuletzt um Überreaktionen linker Gruppen im Keim zu ersticken. In Berlin seien mobile Eingreiftruppen der Linken gebildet worden, die tätliche Auseinandersetzungen mit den Neo-Nazis suchten, hieß es in Bremen, Karlsruhe und Hannover. Hier sollen linke Gewalttäter zur Verstärkung ihrer Gesinnungsfreunde auf den Weg nach Berlin gemacht.

Auf der anderen Seite kündigte der wegen rechtsextremistischer Aktivi-

täten mehrfach verurteilte Neo-Nazi Michael Kühnen am Dienstag in Berlin an, er werde die von seinen Freunden beabsichtigten ausländerefeindlichen Aktionen unterstützen. Kühnen blieb jedoch der angekündigten Pressekonferenz der „Nationalen Aktivistischen Großberliner“ fern, sprach aber telefonisch und über eine Verstärkeranlage zu den in großer Zahl erschienenen Journalisten und Fernsehteams.

Kühnen teilte mit, daß in Berlin eine „Aktion Ausländerückführung“ gegründet worden sei, die sich möglichst bald an Wahlen zum Abgeordnetenhaus beteiligen wolle. In Mainz sei die Gruppe im Juni 1983 gegründet und vom Bundeswahlleiter als politische Partei anerkannt worden.

Der Neo-Nazi behauptete, in Berlin zu sein, der Leiter des Staatsschutzes aber erklärte, daß Kühnen nach polizeilichen Erkenntnissen bewußt auf eine Reise nach Berlin verzichtet habe. Haftbefehl gegen ihn liege zur Zeit nicht vor.

Ein Sprecher des Staatsschutzes sagte, daß nach Beobachtungen der Polizei die Bereitschaft rechtsextremistischer Kreise in Berlin zu Gewalttätigkeiten aus Anlaß des Länderspiels gegen die Türkei abgenommen habe. Der Staatsschutz wies dafür auf die erkannte starke Mobilisierung innerhalb der linken Gruppen hin. In Berlin habe sich ein bedeutendes Potential militanter Autonomen versammelt. Die Stimmung sei aufgeheizt - so stark, daß eine Verselbständigung befürchtet werden müsse.

Der AStA der TU Berlin hatte noch am Dienstag zu einem „Freundschafts-Spaziergang“ zum Länderspiel aufgerufen. Der SPD-Landesvorstand unterstützte den Aufruf und bat die Berliner, deutlich zu zeigen, daß die Stadt weiterhin zu ihrer Tradition von Gastfreundschaft und Offenheit stehe. Die SPD erinnerte auch daran, daß der ehemalige Regierende Bürgermeister Ernst Reuter in der Nazizeit in der Türkei gastliche Aufnahme und Arbeit gefunden habe. Ausgangspunkt des gemeinsamen Marsches von deutschen und türkischen Zuschauern zum Länderspiel war der Theodor-Heuss-Platz. Dem Zug wollten sich auch Mitglieder der IG Metall und der GEW anschließen.

Die Finanzen des Fußball-Bundes sind in Ordnung

Das Gesündeste am deutschen Fußball sind immer noch die DFB-Finanzen. Wie der Bericht des Schatzmeisters Egidius Braun ausweist, schloß er die Rechnungsjahre 1981 und 1982 mit einem Gesamtüberschuß von über 2,3 Millionen Mark ab. Für 1981 lag der Gewinn bei Einnahmen von 12,355 Millionen und Ausgaben von 11,114 Millionen bei 951.000 Mark. Im WM-Jahr 1982 stieg der Überschuß sogar auf 1,35 Millionen Mark (Einnahmen 11,3 Millionen und Ausgaben 9,95 Millionen Mark).

„Ich bin Unternehmer und danke

Anzeige



Jetzt im interlücke Fachhandel.
Wo? Bitte, schreiben Sie uns:
interlücke, Abt. W, Postfach 16 60
4840 Rheda-Wiedenbrunn
interlücke Tel. 05242/3 62 10

auch in meinem DFB-Amt unternehmerisch. Ich habe nie rote Zahlen geschrieben und werde das auch als Schatzmeister des DFB nicht tun“, erklärte Braun.

Obwohl im Jahr 1982 durch Streichung eines Heim-Länderspiels und den geringen Besuch gegen Belgien zunächst ein Loch von rund einer Million Mark aufgetaucht war, gab es ein dickes Plus. Der gesonderte Etat für die WM in Spanien war mit der WM-Ausschüttung von 3,1 Millionen Mark ausgeglichen.

Fernsehmagazin Programm vom 5. bis 11. November 44
Der große **LA** **NUR 1,- DM** und alles drin

Die „Glückswine“
erfüllt Traumwünsche.

Gewinnen Sie: Stereo-Videorecorder • tolle HiFi-Anlagen
• Stereo-Farbfernseher und weitere Unterhaltungs-Elektronik.

FUNK UHR

Wir und die Liebe, die in den Sternen steht

In unserer Horoskop-Serie: Max Schanzler und seine Frau Gundel

Jede Woche Millionen-Dinge
75 Super-Preise im Werte von

Die Förster-Brüder und die Werbung

Sie lächeln so schön brav und unerschrocken von den Werbefotos, die blonden Brüder Karlheinz und Bernd Förster. Schaffe, schaffe, Häusle baue...

Die Försters wissen, wie man am besten mit einer schwäbischen Bausparkasse zum Hauseigentümer wird. Zwei Nationalspieler als Werbeträger. Daran ist nichts Ungewöhnliches. Rummenigge und Schumacher machen das auch. Nur Jupp Derwall hat den beiden Schwaben und der Bausparkasse einen Strich durch die Rechnung gemacht - er befand die Leistungen des Bernd Förster nicht mehr für so gut und machte aus ihm einen Ex-Nationalspieler nach seinem schwachen Spiel in Ungarn.

Gestern aber war Bernd Förster doch wieder im Kreis der Nationalmannschaft, die gegen die Türkei spielte. Nicht etwa, weil er plötzlich wieder seine Form gefunden hätte. Es waren die Werbe-Umstände, die

das „Ex“ von dem Nationalspieler wieder verschwinden ließen. Dreimal hat Bundestrainer Jupp Derwall Bernd Förster schon aus dem Nationalteam verabschiedet. Für jeden anderen Spieler wäre das ein Grund, auf Derwall sauer zu sein. Nicht so Bernd Förster. Er kann es sich nicht erlauben, so böse zu reagieren wie sein Stuttgarter Kollege Allgöwer.

STANDPUNKT

zum Beispiel - des Geldes wegen, das er aus der Anzeigenkampagne erhält. Bernd hätte selbst längst das Handtuch geworfen und offiziell seinen Rücktritt erklärt, doch als Ex-Nationalspieler läßt er sich in der Werbung schlechter verkaufen. Das hat Hans-Peter Bauer von der „JBW-Werbung“ gesagt, die die Interessen der Försters vertritt. Also mußte Bernd wieder der Nationalspieler werden.

Beim letzten Länderspiel in Gelsenkirchen hatte Bruder Karlheinz bei Derwall schon mal vorgeführt. Am Sonntag präsentierte Karlheinz unipflichtig eine schwere Gehirnerschütterung und mußte das Länderspiel abgeben. Derwall wählte sofort die Telefonnummer von Bernd, und schon gab es bei der Bausparkasse wieder fröhliche Gesichter. Ist das alles wirklich nur Zufall, oder steckt doch Methode dahinter?

Wie es aussieht, muß der Bundestrainer inzwischen nicht nur die sportlichen Belange, sondern auch die geschäftlichen und familiären Interessen seiner Spieler berücksichtigen. Die Försters gibt es nämlich nur im Paket zu kaufen. Wer Karlheinz will, muß auch den Bernd nehmen. Wenn das nicht klappt, kann der jüngere Bruder, der Vorstopper, schon mal plötzlich unpflichtig sein.

ULRICH DOST

SPORT-NACHRICHTEN

Ohne Wunderlich

Barcelona (sid) - Die deutsche Handball-Nationalmannschaft wird ihr letztes Spiel im Supercup am 6. November ohne Erhard Wunderlich bestreiten müssen. Wunderlichs Verein FC Barcelona verweigert eine Freigabe, weil er an diesem Tag in der spanischen Meisterschaft gegen Caja Madrid spielt.

Reiten: Zweiter Platz

Washington (sid) - Die deutsche Equipe der Springreiter belegte beim Preis der Nationen in Washington hinter den fehlerlosen Amerikanern Platz zwei. Iris Bayer (mit Pandur), Jürgen Ernst (Lustig), Rainer Supan (Kemmenate) und Michael Fervers (Caylord) kamen insgesamt auf zwölf Fehlerpunkte.

Mikkola führt

Yamoussouko (sid) - Hannu Mikkola aus Finnland und sein schwedischer Beifahrer Arne Hertz führen nach der ersten von fünf Etappen der WM-Rallye Eifenbeinküste. Mit ihrem Audi Quattro liegen sie nach 578 km der insgesamt über 4682 Kilometer führenden Rallye vor den Schweden Waldgaard/Thorszelius auf Toyota Celica.

Zweiter Sechstage-Sieg

Dortmund (sid) - Die Australier Danny Clark und Anthony Doyle scheitern zum beherrschenden Team der Sechstagerenn-Saison 1983/84 zu werden. Nach ihrem Sieg in Berlin waren sie jetzt auch in Dortmund

erfolgreich. Die Dänen Frank/Oersted wurden Zweite vor dem deutschen Paar Thurau/Schütz.

Berchtesgaden will Daume

Berchtesgaden (sid) - Willi Daume, Präsident des Nationalen Olympischen Komitees für Deutschland, soll wie 1972 in München, Präsident des Organisationskomitees für die 16. Olympischen Winterspiele 1992 werden, falls die Bewerbung der Region angenommen wird.

Nandino in Mailand

Bonn (kgö) - Nandino aus dem Gestüt Etzen, Sieger im klassischen Henckel-Remmen und Zweiter im deutschen Derby, startet am Sonntag mit dem Engländer Bruce Raymond im Sattel in Mailand beim „Premio Chiusura“.

Watford ausgeschieden

London (sid) - Der FC Watford, um UEFA-Pokal Sieger über den 1. FC Kaiserslautern, ist im englischen Ligapokal ausgeschieden. Der Fußball-Klub des Pop-Sängers Elton John erreichte gegen Zweitligaverein Huddersfield nach einer 1:2-Niederlage im Heimspiel nur ein 2:2.

Schiedsrichter gesperrt

Bern (sid) - Bruno Galler ist vom Schiedsrichter-Ausschuß des Schweizerischen Fußball-Verbandes für drei Monate gesperrt worden. Dem FIFA-Schiedsrichter wird „fehlende Konsequenz“ beim Amateurliga-Spiel zwischen Klüssnacht und Dübendorf vor-

geworfen. Der Ausschuß ist der Meinung, Galler hätte das Spiel sofort abbrechen müssen, nachdem er von einem Spieler, dem er die Rote Karte gezeigt hatte, mit dem Ball beworfen worden war.

Kunz Weltmeister

Moskau (sid) - Die Gewichtheber aus der „DDR“ gewannen bei der Weltmeisterschaft in Moskau ihre ersten Goldmedaillen. Im Zweikampf des Leichtgewichtes gewann Joachim Kunz aus Karl-Marx-Stadt mit 340 kg. Kunz gewann auch das Stößen mit 195 kg.

Klug nicht mehr Trainer

Nürnberg (sid) - Der 1. FC Nürnberg hat einen neuen Trainer. Der abtippbedrohte Fußball-Bundesligaklub verpflichtete den arbeitslosen Rudi Kröner, der in der letzten Saison von Kaiserslautern entlassen worden war. Sein Vorgänger, Udo Klug, erst am Sonntag als Manager überführt, kehrte auf den Posten des Managers zurück.

Gold und Weltrekord

Caracas (sid) - Gisel Linz (Dortmund), Hannu Bopltischek (Münster) und Christel Heuser (Berlin) gewannen bei den Bowling-Weltmeisterschaften in Caracas die erste Goldmedaille für Deutschland. Mit 3532 Plus stellten sie gleichzeitig einen Weltrekord in der Trio-Werbung auf. Zuvor hatten Norbert Giesert (Berlin) und Bernd Bauhofer (Berchtesgaden) hinter Australier und Schweden den dritten Platz im Herren-Doppel belegt.

ZAHLEN

BASKETBALL
Europacup der Landesmeister: Saturn Köln - AS Monaco 100:83, Koro-Pak: Glaxo Osnabrück - Crystal Palace 76:101.

TISCHTENNIS
Bundesliga: Herren, 5. Spieltag: Rosenheim - Saarbrücken 2:3, Alsenz - Bad Hamm 2:3, Grenzau - Reutlingen 2:7, Tübingen - Düsseldorf 7:9.

RAISPORT

42. Dortmunder Stadtmeisterschaften, Endstand: 1. Clark/Doyle (Australien/Großbritannien) 462 Punkte, 2. Frank/Gewald (Dänemark) 372, eine Runde zurück: 3. Thurn/Schütz (Deutschland) 388, zwei Runden zurück: 4. Freuler/Knebel (Schweiz) 318, drei Runden zurück: 5. Kristian/Wiggins (Deutschland/Australien) 342, vier Runden zurück: 6. Braun/Schäfer (Deutschland) 288.

GEWICHTHEBEN

Weltmeisterschaft in Moskau, Leichtgewicht (bis 67,5 kg), Zweikampf: 1. Kunz (DDR) 340 kg, 2. Rusev (Bulgarien) 337,5, 3. Behm (DDR) 337,5, - Reiben: 1. Rusev 145 kg, 2. Behm 145, 3. Kunz 145 kg, - Zehn: 1. Kunz 150 kg, 2. Rusev 152,5, 3. Behm 152,5.

TENNIS

Grand-Prix-Turnier in Köln, Herren, erste Runde: Beutel (Deutschland) - Kirmayr (Brasilien).

14-Mio-DM-Auftrag für Flugsicherungsradar

Belgien bestellt Radaranlage bei AEG
Gegen starke internationale Konkurrenz erhielt AEG-TELEFUNKEN aus Belgien den Auftrag in Höhe von 14 Mio. DM zur Lieferung einer Mittelbereichsradaranlage. Der Konzern wird die Radarstation in Bortem, nahe dem Flughafen Zaventem, bis Ende 1985 fertigstellen. Für diese nach einhelliger Meinung von Fachleuten modernste Radaranlage der Welt haben sich bisher schon die Flugsicherungsbehörden in der Bundesrepublik Deutschland, Österreich und Kuwait entschieden.

KUNSTTURN-WM / Weltmeisterin schon besiegt - Comeback der Maxi Gnauck

Achter Rang für die deutsche Riege, da wollte der Trainer protestieren

M. RUHRROTH, Budapest
Ein bißchen Verärgerung mischte sich in die Freude über den achten Platz der deutschen Kunstturnerinnen nach dem Pflichtprogramm bei den 22. Weltmeisterschaften in Budapest. Cheftrainer Vladimir Prok aus Prag, der vor zwei Jahren die deutsche Riege bei den Titelkämpfen in Moskau auf den neunten Platz geführt hatte, schimpfte in Budapest über die Kampfrichterinnen: „Das ist doch eine Schweinerei, wie hier gewertet wird. Wer eine gute Lobby hat, bekommt auch gute Punkte. Was nützt mir denn ein Protest, die nehmen doch gar keinen an.“

Sicher, die deutsche Riege ist diesmal im Gegensatz zu anderen Mannschaften sehr streng bewertet worden. Aber das war auch eine Folge des vorhergegangenen Länderkampfes über die USA in Berlin. Wer das schafft, so dachten sich wohl die internationalen Kampfrichterinnen, muß hervorragend turnen können. Also war man obendrein nicht bereit, der deutschen Riege mit allzu guten Noten zum Aufschwung zu verhelfen.

Aber sei's drum, die 191,15 Punkte, die erreicht wurden, zeigten zwei Dinge auf: Erstens war es trotz der strengen Wertung das beste Ergebnis, das je eine Riege des Deutschen Turnbundes (DTB) erzielte, zum anderen hielten die deutschen Mädchen damit vor rund 5000 ungarischen Zuschauern die ungarische Riege in Schach, die vor der entscheidenden Kür heute abend auf dem neunten Platz liegt.

Noch etwas war erstaunlich, nämlich die Leistungen der deutschen Turnrinnen am Schwebebalken. Einst sprach man im Deutschen Turn-Bund nur vom „Zitterbalken“, und vorzeitige Abgänge an diesem Gerät waren an der Tagesordnung. In Budapest gab es für die deutschen Turnrinnen am Schwebebalken dreimal die Note 9,80, zweimal 9,50 und einmal - für die Berliner Yvonne Haug - sogar 9,70. Die 15-jährige Schülerin Elke Heine lieferte mit 9,50 Punkten gar die Streichwertung. Daß es ausgerechnet an diesem Gerät aufwärts gegangen ist, gilt als großes Verdienst der tschechoslowakischen Trainerin Alena Prok, die mit spe-

zieltem Training Standfestigkeit, Gleichgewichtsgefühl, Rhythmusfähigkeit und Präzision schulte. Als die deutsche Riege an diesem Gerät hervorragende 48,00 Punkte erhalten hatte, sagte sie: „Das war in den letzten Monaten eine ungeheuer schwere Arbeit. Aber jetzt weiß ich, wofür ich das alles getan habe.“

Also trotz der strengen Notengebung Freude bei der deutschen Mannschaft. Bundessportwart Hans-Jürgen Zacharias: „Ich bin jetzt schon sehr glücklich.“ Kunstturnwartin Ursula Hinz: „Wenn wir am



Schon nicht mehr Weltmeisterin: Olga Bitscherowa. FOTO: AP

Ende wirklich Achte geworden sind, tanz ich in Budapest öffentlich Coar-da.“ Die Amerikanerinnen jedenfalls wollen die deutschen Mädchen noch vom siebenten Platz verdrängen.

Die deutsche Riege auf Platz acht, die Sowjetunion auf dem ersten Rang - das ist die Ausgangslage vor dem entscheidenden Kürkampf heute abend. 195,90 Punkte erhielten die sowjetischen Turnrinnen, doch das war eine überhöhte Wertung. Beim Pflanzsprung, wo trotz der Unsicherheiten die Noten im Schnitt viel zu hoch lagen, war das am deutlichsten zu beobachten.

Was sagte doch der Sowjetruss Jurij Titow, der Präsident des Inter-

nationalen Turnbundes (FIG), vor den Wettkämpfen? Wenn ein Kampfrichter subjektiv oder nationalistisch werteten würde, wolle man ihn von den Titelkämpfen ausschließen? Man wird in den nächsten Tagen sehen, ob das nur ein Lippenbekenntnis war.

Olga Bitscherowa, die Titelverteidigerin aus Moskau, feierte am Mittwochabend ihren 17. Geburtstag voller Bitternis. In Budapest kann sie nicht wieder Weltmeisterin werden und auch kaum an einem Gerätefinale teilnehmen können. Nach der Pflicht rangiert sie nur an zehnter Stelle und war damit die absolut schwächste Turnerin in der sowjetischen Riege. Beim Sprung fehlte es ihr an Standfestigkeit, bei den anderen Übungen, die sie völlig überhauset hatte, an Kondition. Am Balken erhielt die Weltmeisterin gar nur 9,65 Punkte. Sie war damit schwächer als Yvonne Haug aus Berlin.

Die sowjetische Mannschaftsführung, ansonsten bei Welt- und Europameisterschaften erfolgversühnd und deshalb stets zu Gesprächen bereit, verließ schweigend die Halle. Über den Niedergang ihrer Weltmeisterin mochten die Sowjets nicht reden.

Wohl auch deshalb nicht, weil in der Einzelwertung die Ost-Berlinerin Maxi Gnauck führt. 16 Monate lang pausierte die dreimalige Ex-Weltmeisterin wegen einer Fuß- und Ellbogenverletzung. Noch im vorigen Jahr, als sie Ende August in Ost-Berlin am Alexander-Platz eine Autogrammsession gab, befürchtete sie, ihre turnerische Karriere hänge am seidenen Faden. Nur zu zehn Prozent sei es möglich, daß sie jemals wieder turnen könne, sagte sie damals.

Um so überraschter war die Fachwelt, als die 18-jährige Oberschülerin (letzter Zeugnisdurchschnitt: 1,7) nun ein fabelhaftes Comeback feierte. An drei Geräten erhielt „Mini Maxi“, wie die Mannschaftskameradinnen das 1,56 m kleine Energiebündel nennen, die Note 9,90. Dennoch sieht sie sich nicht als Favoritin. „Abwarten“, sagt sie, „das war erst die Pflicht, und es gibt sehr starke Kür-Spezialistinnen.“ Was Maxi Gnauck verschweigt: Sie, eine der besten Kürturnerinnen aller Zeiten, wartet gerade bei Weltmeisterschaften stets mit atemberaubenden Weltneuheiten auf.

Ehrenpreis des WDR an Willy Millowitsch

Kölner Lücken-Füller

Man wird eine Trophäe überreicht, eine Ehrentröge, die in Zukunft alle zwei Jahre ein Künstler bekommen soll.“ So kommentiert Willy Millowitsch die heutige Verleihung des Ehrenpreises für Fernsehunterhaltung durch den Westdeutschen Rundfunk. Anlaß ist ein 30-jähriges Jubiläum: denn am 27. Oktober 1953 wurde erstmals eine Aufführung aus der unweit vom Kölner Ring in der Aachener Straße gelegenen - Heimbühne übertragen: Das Volksstück „Dr. Marpenhas“ mit Willy, aber auch mit Schwester Lucy und Onkel Wilhelm Millowitsch. Trauben von Zuschauern bildeten sich vor den 4500 TV-Geräten, die damals angemeldet waren. Bei einem so großen Erfolg mußte das Stück mehrmals wiederholt werden.

Doch Willy Millowitsch stand auch außerhalb seines Theaters seinen Teil-Mann - so bereits im März 1953 zusammen mit Hans-Joachim Kulenkampff. Millowitsch heute: „Ich war der Mann aus dem Volke, der immer blöde Antworten gab.“ Elf weitere Sendungen mit Millowitsch folgten auf der Stelle. „Ich habe damals 100 Mark pro Sendung verdient und mir davon im Juni 1953 den ersten Fernsehapparat gekauft.“

Offen gesteht er, daß die TV-Übertragung aus der Heimbühne eine mit Vehemenz vertretene Millowitsch-Idee war. „Ich bin denen vom Fernsehen ja nachgefallen. Sie wollten erst gar nicht.“ Natürlich hat Millowitsch dem Fernsehen manches zu verdanken: „Die Popularität bestand

schon zu Zeiten meines Vaters und meines Großvaters. Aber sie blieb auf Köln und das Rheinland beschränkt. Daß Millowitsch - ähnlich wie der Dom und 4711 - als ein Markenzeichen für Köln in ganz Europa bekannt wurde, ist ein Verdienst des Fernsehens.“

Und das Fernsehen half manchmal aus der finanziellen Klemme heraus. Denn die Kölner Kulturveranstalter zeigten sich desinteressiert an der Millowitsch-Volksschauspieler-Dynastie, die - wie eine nun in Buchform erscheinende theaterwissenschaftliche Dissertation nachweist - bis in die Anfänge des 19. Jahrhunderts zurückreicht.

Zwar hatte sich Kölns erster Nachkriegs-Oberbürgermeister Konrad Adenauer 1945 recht kulant bei der Materialzuteilung gezeigt und gegenüber Millowitsch geäußert: „Fangen Sie gleich an, denn die Leute wollen was zum Lachen haben.“ Doch später flossen niemals städtische Subventionen in die Heimbühnen-Kasse. So konnte es nichts schaden, wenn das Fernsehen mal die Saalmitie und das Proben bezahlte. Und aus seinen Gagen für mittlerweile 300 bis 400 Fernsehauftritte hatte der Prinzipal gelegentlich eine fünfstelligen Summe ins eigene Haus gesteckt.

Aber vor allem verdankt das Fernsehen dem Willy Millowitsch. Wenn die Stücke aus dem Heimattheater kamen - früher bis zu achtmal, seit einiger Zeit im Schnitt zweimal pro Jahr -, dann schnitt die Einschaltquote ganz schön in die Hö-



Der frisch gekürte Preisträger: Willy Millowitsch. ZEICHNUNG: KLAUS BOHLE

he. Heute liegt sie noch bei 30 bis 35 Prozent. Manchmal mußte Millowitsch mit seinem Theater aus der TV-Verlegenheit helfen: „Ende Oktober 1954 fiel das Eishockey-Länderspiel UdSSR - Deutschland aus politischen Gründen aus. Da erhielt ich am Montag einen Anruf und sollte für Samstag ein Stück auf die Beine stellen. Ich war aber nicht ein Lückenfüller, wie mich eine Zeitung nannte, sondern ein Lücken-Füller.“

Bis Ende 1966 wurden alle Aufführungen direkt übertragen. Dann gab es Studio-Aufzeichnungen aus dem Volkstheater, die Tage, Wochen später im TV-Programm liefen. Aber am 7. Januar 1984 soll es wieder eine Millowitsch-Premiere mit direkter TV-Übertragung geben. Dann steht Willy Millowitsch - der am 8. Januar 75 Jahre alt wird - gemeinsam mit Sohn Peter, den Töchtern Katharina, Susanne und Marieluise und dem Schwiegersohn Barby drei Monate lang auf der Heimbühne.

GEISLER SCHMIDT

KRITIK

Das Problem mit dem Blinklicht

Das Unterhaltende an dem Verkehrsgericht (ZDF) jedenfalls war gut serviert, vor allem die Punkte mit dem Blinklicht (das der hinter dem Unfallwagen fahrende Zeuge ebenso wahrheitsgemäß als nichtblinkend bekundete, wie der Augenzeugen vor dem Unfallwagen als blinkend). Auch manche Ratschläge wurden sicher gern gehört: daß der Krankenbesuch beim Verletzten kein Schuldgeständnis ist, und daß Nichtangaben den Verletzten sehr teuer zu stehen kommen kann.

lichen Ansprüche. Diese war durch Petra Schürmanns Moderation nur optisch aufgehellt, inhaltlich für den Zuschauer jedoch nicht nachvollziehbar. Dabei stimmte manches nicht ganz: Schmerzensgeld z. B. gibt es nur bei Verschulden, und das lag bei diesem Angeklagten ausweislich des Urteils in puncto Körperverletzung nicht vor.

Eine Anmerkung noch zu den teuren Studioschabauten: Die Gerichtssäle hätte man gleich bei der Justiz selbst billiger mieten können.

OTTO GRITSCHNER

Hefchen, die die Seele trösten

Der brave Saul Ascher hatte 1815 sein Diktum vom Volk der Dichter und Denker“ wohlweislich auf das 18. Jahrhundert beschränkt und nicht in die Zukunft projiziert, sonst ständen wir heute betroffen da angesichts der 150 Millionen Lore-Romane, die eben dieses Volk konsumiert. Auch

Claus Bienenfai, Autor der Sendung Die Traumfabrik (ZDF), zeigte sich von der Woge der Trivial-Literatur beunruhigt, indes half ihm der Professor Waldmann, Experte in Sachen Hefchenromane, mit einem gescheiterten Vortrag.

Bienenfai hatte versucht, durch Interviews mit den Lore-Machern und durch Filmausschnitte das Thema aufzulockern. Doch wollte es ihm nicht so recht gelingen. Man ist versucht anzunehmen, der Trivialroman sei mit einem Trivial-Medium nicht beizukommen. Unausgesprochen und wahrscheinlich kaum erahnt stand die Frage hinter dem bunten Schirm, ob wohl das Fernsehen eine Fortsetzung des Lore-Romans mit anderen Mitteln sei, oder ob die 150 Millionen Seelenheften auf der Tageswelt des elektronischen Gemütsverteilens daherschwimmen.

Unter den Lesern der Hefte befinden sich laut Befragung zahlreiche „Ärzte, Lehrer und Dentisten“ (Zitat einer Verkäuferin, also gerade so wie beim Fernsehen) im blauen Bock etwa. VALENTIN POLTUCH

Jetzt gibt's das aktuelle hobby magazin der technik.

Die faszinierende Zeitschrift voller Neuheiten, Entwicklungen und Reportagen.

hobby magazin der technik

So betrogen die Forscher
Porsche-Motor im Flugzeug
Video-Sensation: Recorder in Kamera

Unser Mann im All

10 Seiten Spiegelreflex Foto

hobby magazin der technik

Inhalt Heft 22:

AKTUELL

Unser Mann im All: Mit Merbold. Der erste Deutsche im Space Shuttle-Team.

FORSCHUNG

Die faulen Tricks der Forscher: Fälschungen sind nicht selten.

LUFT- UND RAUMFAHRT

Ein Porsche schwingt sich in den Raum. Neuer 6-Zylinder Motor mit 210 PS.

Leben gegen den Tod: All: Wissenschaftler gegen Asteroiden.

REPORTAGE

Die Räder drehen sich: Wasserkraftwerke, die 1900 gebaut wurden.

FOTO/FILM

Ein Mann mit dem Rekord in Kamera: die ersten komischen Video-Kameras.

Über Spiegel-Reflex: die neuen Kameras, die große Gefahr, die Praxis der Profis.

AUTO

Wer ist der schnellste Sprinter: Porsche-Turbo, Honda CB 1100 R, Renn-Car oder ein Modellrenner?

Der billigste mit vier: der vier-rädrige Flat Panda. 4 x 4 kostet nur DM 14.000.

MOTORRAD

Holen Sie sich das neue hobby magazin der technik bei Ihrem Zeitschriften-Händler. Es kostet nur DM 3,80.

Das Beherrschende an diesem ersten Stück einer größeren Dokumentarreihe dürfte aber kaum allzu tief eingedrungen sein ins Bewußtsein. Autor und Regisseur Ruprecht Essberger („Das Fernsehgericht“) hat hier viel zuviel auf einmal anbringen wollen. Das gilt vor allem für die zwischen die anschaulichen Strafprozessphasen gequetschte Berechnung der zivilrecht-

ARD

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

09.25 Uhr, der Schwere der Straße	11.40 Bilder aus der Wissenschaft
10.00 heute	12.10 Bilanz
10.05 Fußball-Europameisterschaften: Qualifikationskampf Bundesrepublik Deutschland - Türkei	12.25 Presseschau
10.10 Tageschau	12.30 heute
10.15 Wiederspruch	14.00 heute
So änderte sich mein Leben	14.05 Es begann vor zwei Millionen Jahren
Zweiter Bericht über Frauen, deren Leben sich entscheidend verändert hat	14.35 Mickey Trickparade
17.00 Mitt und Jensey	17.00 heute / Aus den Ländern
17.25 Wie geht's?	17.15 Tele-Hilfsdienste
Spieß für Mitleider	17.50 Flohmarkt
17.50 Tageschau	Ansicht heute-Schlagzeilen
dazu: Regionalprogramme	18.30 Der Panoramawert
20.00 Tageschau	Veritäre Akten
20.15 Im Brennpunkt	19.00 heute
Grenada - Libanon: Die Krisenherde in der Karibik und in Nahost	19.50 Die Super-Hitparade
21.00 Sonntagsmagazin	21.20 heute-journal
Ausgangspunkt von Chris Howland	Udo. Undenberg in Ost-Berlin / Fußball-Länderspiel Deutschland - Türkei als Politikum / Die CDU diskutiert Doppelbesuch / Die Mutter des angekündigten Berliner Journalisten Benny Harin - Wie sich das Bild von Justiz und alternativer Szene bei der Mutter des Angeklagten verändert hat
21.30 Das Gesicht auf der Wand	21.30 Der Panoramawert
Eine wahre Geschichte nach einem Motiv von E. V. Lucas	22.00 heute-journal
Der Mann: Manfred Günther	22.05 Das kleine Fernsehspiel
Regie: Dieter Finner	Regie: Rocky Greenberg
Ein regnerischer Abend im Herbst. Draußen heult der Wind, gemütlich sitzt die Stummchörche im alten Weinlokal beim heißen Punsch. Plötzlich beginnt man, sich gegenseitig Geschichten zu erzählen. Unheimliche Geschichten, Begebenheiten, die eigentlich nicht wahr sein können und doch wahr gewesen sein sollen. Außer den dreien am Stammtisch und der Wirt befindet sich nur noch ein Gast im Lokal. Er selbst macht einen merkwürdigen Eindruck.	Der aus Chicago stammende, meist in New York tätige Videokünstler Rocky Greenberg konzipierte das Video „Crescendo“ in der Schweiz. Nicht nur in den USA, auch in Europa hat sich die Kommunikationsweise zwischen Menschen in den letzten Jahren stark verändert. Immer mehr Zeit seines Lebens verbringt der heutige Mensch mit Geräten.
22.30 Tageschau	22.45 Theaterwerkstatt
23.00 ARD-Sport extra	00.15 heute
24.00 Tageschau	



Anja Welschberger und Ivan Desny in der Stammtischrunde, in der Gastgeschichten erzählt werden. (Das Gesicht an der Wand - ARD, 21.30 Uhr) FOTO: A. WELSH

III.

WEST

19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tageschau
20.15 Die unvollständige Geschichte des Mister C.
Amerik. Spielfilm, 1957
Regie: Jack Arnold
21.30 Jack Arnold erzählt (11)
Informationen zum Film
Die unvollständige Geschichte des Mister C., 1957
21.45 Erfolgsgeschichte um jeden Preis
US-Film um den deutschen Markt
22.15 Gefangen in der „DDR“
D. Protokoll aufgezeichnet von Giorgio Giordano
22.45 Letzte Nachrichten

NORD

19.15 Arbeitsmarkt
19.45 News of the Week
20.00 Tageschau
20.15 Die amerikanische Nacht - Franz.-ital. Spielfilm, 1982
Regie: François Truffaut
22.05 Wie geht's?
22.55 Jazz Fest Berlin 1982
23.45 Letzte Nachrichten

SÜDWEST

19.00 Abendschau im Dritten
Nur für Rheinland-Platz
19.50 Abendschau Blick ins Land
Nur für das Saarland
19.00 Saar 5 regional
Gemeinschaftsprogramm Südwest 5
19.25 Nachrichten und Moderation
19.30 Edward II
Nur für Baden-Württemberg
22.00 Treffpunkt Fernsehen
Nur für Großraum Mannheim
22.00 Treffpunkt Alta easter
Nur für Rheinland-Platz
22.00 Fragezeichen
Nur für das Saarland
22.30 TV-Club Saar 5

BAYERN

19.00 Z. E. N.
Auf dem schwarzen Wald
19.05 Damals Tagesgespräch
Unser Herr Vater
Lustspiel von Marc-Gilbert Sauvon
20.05 Bundeschau
21.00 Pop Stop
21.45 Werkbühnen im Anbesserungswerk
22.50 Sperrfrist
23.15 Rundschau

Kohl: Honecker soll Moskau bremsen

■ Fortsetzung von Seite 1

von Honecker gewählten Begriff einer „Koalition der Vernunft“ auf. Unmissverständlich beschreibt der Kanzler aber auch die Verantwortung der Sowjetunion für die gegenwärtige Lage. Die „legitimen Sicherheitsinteressen“ aller Staaten müssten gewahrt bleiben. „Deshalb ist es für die Bundesregierung von fundamentaler Wichtigkeit auszuschließen, daß Westeuropa und damit auch die Bundesrepublik Deutschland im Schutze des sowjetischen nuklearen Mittelstreckenpotentials zu einer Zone minderer Sicherheit mit allen politischen und strategischen Konsequenzen der Instabilität werden.“ Das Gleichgewicht, so schreibt Kohl an Honecker, „ist heute gestört, weil die Sowjetunion seit über einem Jahrzehnt mit großer Kräfteanstrengung das militärische Kräfteverhältnis durch Ausbau und Verbesserung ihrer Waffen sowohl im nuklearen Bereich als auch im konventionellen Bereich einschließlich der Rüstung zur See zu ihren Gunsten zu verändern sucht.“

Die NATO habe darauf mit einer „Politik der Verhandlungsbereitschaft“ reagiert und eine „einseitige Vorleistung in Form eines vierjährigen Moratoriums erbracht“. Sie habe überdies 1980 tausend nukleare Gefechtsköpfe abgezogen. Sie werde „in Kürze“ noch einmal eine Anzahl von nuklearen Gefechtsköpfen abziehen, „die größer sein wird als der Abzug von 1980“, und zwar unabhängig vom Ausgang der Genfer Verhandlungen. Moskau sei in Genf auf die amerikanische Kompromißbereitschaft nicht eingegangen. „Nach meiner Auffassung liegen nunmehr alle Elemente für ein faires und ausgewogenes Abkommen auf dem Tisch“, erklärt Kohl. Bei entsprechendem Willen der Sowjetunion wäre es „jetzt binnen kurzer Zeit“ möglich, ein Verhandlungsergebnis zu erzielen. „Es liegt nun ausschließlich an der Sowjetunion, den Weg für ein Ergebnis freizumachen, indem sie ihre starre, in der Sache nicht gerechtfertigte und von ihr früher anders beurteilte Haltung zur Einbeziehung der britischen und französischen Systeme in die INF-Verhandlungen in Genf aufgibt.“

Esser warnt Gewerkschaften vor Macht um jeden Preis

Auch Blüm befürchtet eine negative Entwicklung

Der Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Otto Esser, hat die Gewerkschaften davor gewarnt, „ihren Machtanspruch zu überdehnen“. In einem Interview der „Neuen Presse“ (Hannover) sagte Esser: „Wenn es die Gewerkschaften am liebsten sehen würden, daß sie allein über das Kampfmittel Streik verfügen könnten, die Wirtschaft aber nicht zum Kampfmittel Aussperren greifen soll, dann ist dies nicht nur eine Verschiebung der pluralistischen Gesellschaftsordnung.“

Angesichts der wirtschaftlichen Krise und der hohen Arbeitslosigkeit bezeichnete Esser als „dringend erforderlich“, daß alle Kräfte – Unternehmer, Gewerkschaften und Politiker – zusammenarbeiten. Allerdings wollten die Gewerkschaften bei der Frage der Arbeitszeitverkürzung „ganz offensichtlich den Angriff“ – und zwar „mit allen Mitteln“. Dies werde jedoch „auf den schärfsten Widerstand“ der Arbeitgeber treffen. Zugleich erklärte Esser, daß die

Unternehmer zu einer Diskussion über den sogenannten „Tabu-Katalog“ der Arbeitgeber bereit wären. Es gehe „selbstverständlich ein grundsätzliches Ja zu Überlegungen, ob wir eine wirtschafts-sozialpolitische Gesprächsrunde, ich sage absichtlich nicht Konzertierte Aktion, zustande bringen können“. Ein solcher Meinungsaustausch sei gerade in Zeiten der Krise „eine zwingende Notwendigkeit“.

Bundesarbeitsminister Norbert Blüm (CDU) hält die deutschen Gewerkschaften im internationalen Vergleich für „vernünftig“, befürchtet aber eine negative Entwicklung. In einem Interview mit der „Illustrierten Bunte“ sagte Blüm: „Ich befürchte bei den Gewerkschaften eine Entwicklung, daß jene, die sie heute verteidigen, sich eines Tages noch nach den Loderern zurückziehen. Sie werden noch Altkämpfer bauen, Kerzen anzünden und Wallfahrten unternehmen zu den Denkmälern der Loderer und Vetter. Als Wehrschwinger stelle ich mich dann gerne zur Verfügung.“

„Persönlicher Brief“ an Kohl

Gewerkschafter für Initiative zur Vorruhestandsregelung

MANFRED SCHELL, Bonn. Die Vorsitzenden von fünf DGB-Einzelgewerkschaften haben in einem als „persönlich“ deklarierten Brief an Bundeskanzler Helmut Kohl Regierungsvorhaben für eine Verkürzung der Lebensarbeitszeit durch eine Vorruhestandsregelung gefordert. Die Forderung nach der 35-Stunden-Woche ist in dem Briefen nicht enthalten. Dieses Gesetz müsse „noch in den nächsten Wochen in die parlamentarische Beratung gebracht werden“. Das Schreiben ist von den Vorsitzenden Konrad Carl (Bau, Steine, Erden), Hermann Rappe (Chemie, Papier, Keramik), Adolf Schmidt (Bergbau und Energie), Günter Döding (Nahrung, Genuß, Gaststätten) und Berthold Keller (Textil, Bekleidung) unterzeichnet.

„Spürbare Arbeitszeitverkürzungen“, seien eine „unentbehrliche Ergänzung der erforderlichen Maßnahmen, mit denen die Arbeitslosigkeit

bekämpft werden müsse“. Ein „angemessenes qualitatives Wachstum“ sei notwendig, aber jeder Sachkenner wisse, „daß durch Wachstum allein die Beschäftigungsprobleme nicht wirksam genug bewältigt werden können“.

Für eine Verkürzung der Lebensarbeitszeit durch eine Vorruhestandsregelung sei die Beteiligung des Gesetzgebers erforderlich. „Die Tarifparteien brauchen ein entsprechendes Rahmengesetz, das die Einbeziehung von ausreichenden Leistungen der öffentlichen Hand garantiert. Ein solches Gesetz muß einen Leistungsrahmen enthalten, der es den Tarifparteien ermöglicht, auf der Grundlage akzeptabler Bedingungen ergänzende Tarifverträge abzuschließen“, heißt es in dem Brief. Die Regierung, die Arbeitgeber und die Gewerkschaften müßten aus „Solidarität“ mit den Arbeitslosen unverzüglich handeln.

NATO berät atomare Taktik der Zukunft

General Rogers warnt nukleare Planungsgruppe in Ottawa vor Verminderung der Kernwaffen in Europa

C. GRAF BROCKDORFF, Ottawa. Die heute auf Schloß Montebello bei Ottawa beginnende Tagung der nuklearen Planungsgruppe der NATO, in der inzwischen alle Verteidigungsminister der Allianz vertreten sind, verspricht politisch wichtiger zu werden als frühere Sitzungen in der 18-jährigen Geschichte dieses Gremiums. Es wird erwartet, daß der Oberste alliierte Befehlshaber in Europa, US-General Bernard Rogers, die Minister entschieden davor warnen wird, bei der Verminderung von Atomwaffen in Europa ein zu hohes Risiko für die Abschreckung einzugehen. Man glaubt, General Rogers werde das ganze Gewicht seiner Stellung einsetzen, um den Ministern seinen Standpunkt klarzumachen.

Es geht um die Frage, wie die atomare Abschreckung im Rahmen der Strategie der „flexiblen Reaktion“ im einzelnen aussehen muß. Die Minister hatten ein besonderes Gremium, die sogenannte High Level Group, damit beauftragt, im Licht der zu erwartenden Modernisierung der NATO-Mittelstreckenwaffen (Pershing 2 und Cruise-Missile) zu untersuchen, wie viele atomare Gefechtsköpfe zur Erfüllung der bestehenden Strategie notwendig seien. Die High Level Group ist ein aus Zivilisten und Militärs zusammengesetztes Gremium von Experten aus den Verteidigungsministerien.

Den Vorsitz führt der Unterstaatssekretär im US-Verteidigungsministerium, Richard Perle, ein Mann, dem eine harte Haltung gegenüber der Sowjetunion nachgesagt wird. Über den Bericht dieser Experten wollen die Minister entscheiden.

Bei der Untersuchung der Frage, mit wievielen Atomwaffen die Abschreckung in Europa am besten gesichert wäre, ist die High Level Group dem Vernehmen nach zu dem Ergebnis gekommen, es könnte bis zu einem Drittel der vorhandenen 6000 Gefechtsköpfe abgezogen werden. Für die Gruppe war ganz im Gegensatz zu bereits veröffentlichten Darstellungen allein maßgeblich, ob die Zahl der Atomwaffen mit der Strategie übereinstimmt. Daraus sollte sie sich orientieren. Tatsächlich aber ist die Behandlung der komplizierten Frage mehr und mehr in den Sog der Nachrüstungsdebatte geraten. Nicht die Mitglieder der High Level Group

ließen sich davon beeinflussen, wohl aber die Autoren der Berichte und Kommentare über die Arbeit des Gremiums. Danach wurden bereits Zahlen zwischen 1500 und 2000 Atomwaffen genannt, die zusätzlich zu bereits entfernten 1000 Gefechtsköpfen zurückgezogen werden sollten. Verbunden mit dem Slogan „Frieden schaffen, mit immer weniger Waffen“, ist daraus eine Erwartungshaltung entstanden, die es den Ministern schwermachen wird, in sachlicher Form dem Problem gerecht zu werden. Das Gefühl herrscht vor, die Tagung von Montebello müsse der erhöhten Öffentlichkeit Europas ein Atomwaffenopfer darbringen.

In dieser Lage nun tritt General Rogers auf den Plan. Mit dem ganzen Prestige seiner Stellung wird er vermutlich heftige Kritik an einem Zahlenspiel äußern, das zumindest in der Theorie sogar vom US-Verteidigungsministerium und dem Gremium der amerikanischen Stabschefs gebilligt worden ist. Aber Rogers hat eine Stellung „sui generis“, die vom vollen Vertrauen des Präsidenten der Vereinigten Staaten getragen ist. Rogers sagte gerne mit Betonung: „Ich bin verantwortlich für die Verteidigung Europas.“

Es entspräche einem abgegriffenen Klischee anzunehmen, der General sei natürlich ein Befürworter von Atomwaffen und deshalb wolle er keine Abgeben. Die Wahrheit ist, daß Rogers ein unermüdlicher Warner vor der Nutzung der Atomwaffen ist, die er durch die Einführung weitreichender moderner konventioneller Waffen quasi in den letzten Schrank einsperren möchte. Rogers empfindet das Eintreten für die Verbesserung der konventionellen Abschreckung der Allianz – das Vorhaben ist unter der Bezeichnung „Rogers Plan“ geläufig –, hat ihm schon Gegner im Bündnis geschaffen. Sie warfen ihm vor, er wolle praktisch die atomare Abschreckung aufgeben.

Weil sie den Mann zuwenig kannten, hatten sich bisher alle Kritiker in ihm getäuscht. Rogers will dem potentiellen Gegner die Waffen der Allianz sichtbar machen, um ihm das unakzeptable Risiko eines Krieges vor Augen zu führen. Bei seinem Konflikt mit der High Level Group geht es letztlich um die Beantwortung der Frage: „Was ist Abschreckung?“ Seine Kritik setzt schon an der High Level Group an, die seiner Meinung nach gar nicht ausreichend qualifiziert ist, eine so ernste Frage wie die Überprüfung der Nuklearbewaffnung im Licht der Strategie zu bearbeiten. Die Gruppe verfüge nicht einmal über einen ausreichenden Stab. Diese Kritik gilt bei allen Eingeweihten als berechtigt. Nur Rogers hat einen speziellen Stab, der in alle Elemente der nuklearen Abschreckung eingearbeitet ist.



General Bernard W. Rogers, Oberbefehlshaber der NATO-Truppen in Europa. FOTO: LOTHAR KUCHARZ

lung.“ Seine Kritik setzt schon an der High Level Group an, die seiner Meinung nach gar nicht ausreichend qualifiziert ist, eine so ernste Frage wie die Überprüfung der Nuklearbewaffnung im Licht der Strategie zu bearbeiten. Die Gruppe verfüge nicht einmal über einen ausreichenden Stab. Diese Kritik gilt bei allen Eingeweihten als berechtigt. Nur Rogers hat einen speziellen Stab, der in alle Elemente der nuklearen Abschreckung eingearbeitet ist.

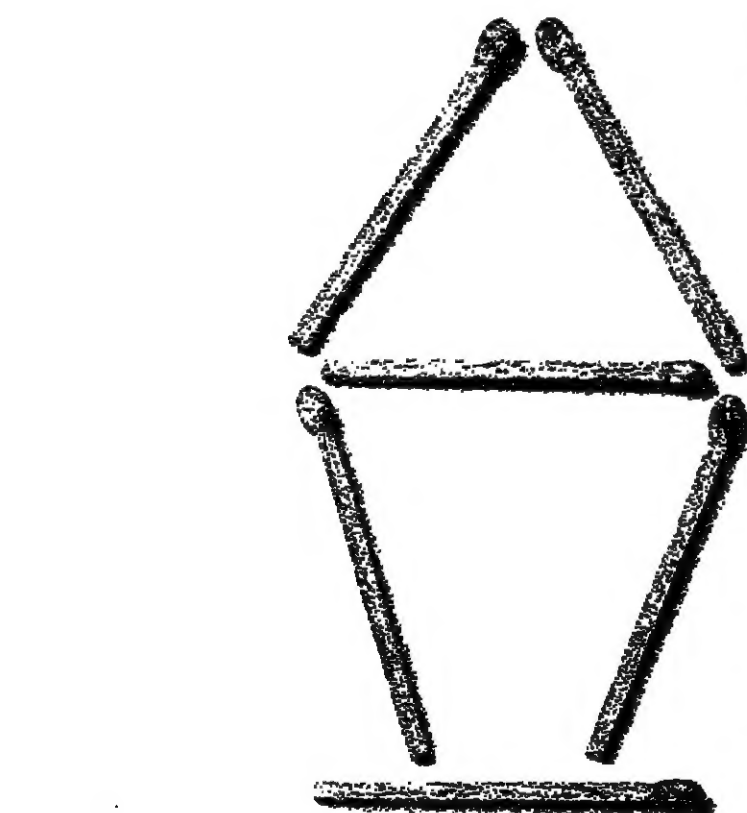
Rogers argumentiert, für ein niedriges Kriegsrisiko sei eine entsprechend hohe Zahl Atomwaffen notwendig, bei einem hohen Risiko entsprechend weniger. Das letztere lehnt er ab. Bei der Festlegung der Zahl muß nach Ansicht Eingeweihter die ganze Länge einer möglichen Front in Europa vom Nordkap bis an die persische Grenze in mehr als 6000 Kilometer Länge bedacht werden. Rogers Stab hat errechnet, daß ein Krieg in zwölf verschiedene Schaulplätze zerfallen könnte. Es müßten ausreichend Atomwaffen für den ersten selektiven Einsatz zur „Wiederherstellung der Abschreckung“ nach Kriegsbeginn sowie zur Wiederholung dieses Einsatzes bereitstehen. Schließlich müßten weitere Waffen

für den „general nuclear war“ – den allgemeinen Atomkrieg – vorhanden sein. Beim letzteren Wort stockt den Soldaten der Atem. Niemand will eine Atomwaffe besitzen. Abschreckend aber wirkt letztlich nur das Potential – in richtiger Größe und Dosierung.

Um die Lösung dieser Frage wird es gehen. Die Minister stehen vor dem Dilemma, daß sie der wartenden Öffentlichkeit etwas bieten und der Abschreckung gerecht werden müssen. Rogers steht vor der Frage, wie hart er den Ministern gegenüber treten soll. Wenn es nach seinem Herzen ginge, würde er ihnen einen Vortrag halten, in dem er sie nachdrücklich an die Aufgabe erinnert, die sie ihm übertragen haben.

Am Ende werden die Minister gar nicht anders können, als eine Zahl von Atomwaffen zu nennen, die über einen längeren Zeitraum abgezogen werden sollten. Ganz verschwinden könnten die Gefechtsköpfe der Luftabwehrakrote „Nike Hercules“, die nach und nach abgelöst wird. Man will sie durch das System „Patriot“ ersetzen, das nur konventionelle Sprengköpfe verschleift. Allerdings steht noch immer nicht fest, ob die Bundesrepublik Deutschland sich an der Beschaffung von „Patriot“ beteiligt. Verteidigungsminister Manfred Wörner ist dem Vernehmen nach entschlossen, die Zusage für „Patriot“ davon abhängig zu machen, daß die Vereinigten Staaten für die Verteidigung von Flugplätzen in Europa das deutsche System „Roland“ beschaffen.

Rogers wird sich auch gegen den vollständigen Abzug der sogenannten Atomminen – nukleare Sprengladungen zur Geländesperrung – aussprechen. Er weiß, daß diese Waffen in der Bundesrepublik Deutschland nicht eingesetzt werden kann. Doch sie stärke die Abschreckung, weil letztlich der Gegner im ungewissen bleibe. Schließlich wird man allgemein an eine Verdünnung gewisser Kategorien von Atomwaffen denken, aber nirgendwo an deren gänzliche Abschaffung. Der Ausgang von Montebello scheint programmiert, ebenso der Konflikt mit dem Mann, auf dessen Schultern im Ernstfall die alleinige Verantwortung für den Verlauf der Verteidigung Europas liegen würde. (SAD)



Es ist nicht immer einfach, Licht ins Dunkel zu bringen.

Die Aufgabe: Sechs Hölzchen dieser Laternen sind so umzulegen, daß vier gleichseitige Dreiecke entstehen, die wiederum zusammen ein Viereck bilden. (Weitere Streichholz-Aufgaben stehen in dem kostenlosen Büchlein „Streichholz-Spielereien“, das Sie bei Honeywell Bull anfordern können, indem Sie uns das Büchlein aus dieser Anzeige schicken).



Je länger man den Computermarkt betrachtet, um so weniger überschaubar wird er – und immer verwechselbarer im Angebot. Die Produktargumente gleichen sich: schneller, kleiner, flexibler, sparsamer, einfacher, billiger... Wo liegen dann die Unterschiede? Beispielsweise darin, daß die Bull-Gruppe kein Neuling auf diesem Markt ist, sondern seit 50 Jahren mit innovativen Lösungen der Branche immer wieder neue Wege erschließt. Oder daß wir heute, wie kaum ein anderer Hersteller, die gesamte EDV-Palette mit unserem Angebot abdecken – von A wie Ausbildung bis Z wie Zubehör. Dazwischen liegen Datenbankkonzeptionen und Dienstleistungen, Großcomputer, Minis, Mikros, Netzwerk-Konzepte, Prozeßrechner, Textverarbeitungssysteme... mit Fachleuten für jeden Bereich. Ergänzt wird das alles durch ein flächendeckendes Kundendienstnetz, damit rasch Licht ins Dunkel kommt, wenn's notwendig wird.

Seit 50 Jahren kompetent für intelligente Lösungen – weltweit.

Honeywell Bull AG
Abt. W 6 · Theodor-Heuss-Str. 60-66
5000 Köln 90 (Porz) · Telefon 02203/305-0



COMPUTER

mach mit...



Aktion Saubere Landschaft e. V.
Godesberger Straße 17, 5300 Bonn

Sicherheit auf allen Wegen

Dazu: Caterina Lotze, Praktikantin, Bonn



„Meine Meinung ist: Fahrer und Mitfahrer sollten den Sicherheitsgurt auch auf den kürzesten Stadtstrecken anlegen, weil er sie zuverlässig schützt und man den Partnern im Straßenverkehr damit gleichzeitig ein gutes Beispiel in Sachen Sicherheit geben kann.“

Caterina Lotze



Ihre Berufsgenossenschaft und der Deutsche Verkehrssicherheitsrat

Industrie NRW informiert:

Mit? - Ohne? Es geht gar nicht!

Weil wir derzeit nicht genug Arbeit für alle haben, soll die vorhandene Arbeit „umverteilt“ werden, fordern die Gewerkschaften. Tatsache ist:

Arbeit gibt es genug. Wir können sie nur nicht bezahlen.

Das ist nicht dadurch zu ändern, daß man Arbeit noch teurer macht. Wenn alle in 35 Stunden soviel verdienen wollen wie in 40, steigen die Löhne um 14,3%. Einschließlich der Folgekosten verteuert sich dann jede Arbeitsstunde um rund 18%.

Beispiel: Bei einem Stundenlohn von 10 DM verdient ein Arbeitnehmer in 40 Arbeitsstunden 400 DM. Wenn er für

35 Stunden Arbeit den gleichen Wochenlohn behalten will, müßte der Stundenlohn auf 11,43 DM erhöht werden, also um 14,3%.

► **Das können die Betriebe nicht verkraften.**

Und wie sieht die Rechnung bei Arbeitszeitverkürzungen ohne Lohnausgleich aus? Der gleiche Arbeitnehmer bekäme dann statt 400 DM nur noch 350 DM. Ein Minus von 50 DM. Jede Woche.

► **Das können die Arbeitnehmer nicht verkraften.**

Ob mit oder ohne Lohnausgleich: Die 35-Stunden-Woche ist der falsche Weg. Weil sie zu teuer ist. Für Arbeitnehmer und Arbeitgeber.

Industrie NRW

Über andere Wege und Möglichkeiten informiert Sie: Landesvereinigung der Arbeitgeberverbände Nordrhein-Westfalens 4000 Düsseldorf 1, Postfach 5006

Zukunft
erwarten in Europa
Die Generaldirektion der Europäischen Kommission hat heute bekannt gegeben, dass die Kommission die Möglichkeit hat, die Produktion von Autos in Europa zu kontrollieren. Die Kommission hat die Möglichkeit, die Produktion von Autos in Europa zu kontrollieren. Die Kommission hat die Möglichkeit, die Produktion von Autos in Europa zu kontrollieren.

Informiert:
Ohne
r nicht!

Das können
Betriebe
nicht verkraften.

Das können
Arbeitnehmer
nicht verkraften.

NRW

Donnerstag, 27. Oktober 1983
Nr. 251

WELT DER WIRTSCHAFT

11

Sorgenkind Binnenmarkt

Ha. (Luxemburg) - Dem Bohren tiefer Brunnen gleichen die Bemühungen um eine Stärkung des europäischen Binnenmarktes. Der auf Initiative des deutschen EG-Kommissars Karlheinz Narjes geschaffene Sonderministerat jedenfalls hat auch gestern wieder nur recht bescheidene Ergebnisse gebracht.

Narjes' Idee war es gewesen, den jahrelangen Stillstand der Expertenberatungen über eine Reihe von Richtlinienentwürfen durch eine "Politikisierung" der Diskussion zu überwinden. Dahinter stand die Überlegung, daß sich die Wiederentdeckung des Binnenmarktes als Katalysator für ein stärkeres Wirtschaftswachstum und realitätsbezogene Strukturwandel in der Gemeinschaft erweisen würde. Ganz offensichtlich hat Narjes jedoch den politischen Willen der Regierungen überschätzt, sich über die Schwierigkeiten der nationalen Bürokratien hinwegzusetzen. Zwar haben sich die Regierungschefs mehrfach selbst das Thema angenommen. Dies hat aber nichts daran ändern können, daß sich die Beratungen schnell wieder im Dickicht technischer Details verloren.

Wie die Dinge laufen können, wenn es am Ende um politischen Entscheidungen geht, zeigt die Diskussion über die Schaffung eines sogenannten Einheitsdokuments für die Warenabfertigung. Zweck dieser Neuerung sollte es sein, alle sonst-

gen Papiere beim Grenzübergang überflüssig zu machen. Jetzt wird das Formular sowie Angaben erfordern, daß von einer Vereinfachung kaum noch die Rede sein kann. Man stelle sich vor, was geschehen würde, wenn die Regierungen heute datengestützt müßten, die Römischen Verträge auszuarbeiten.

Ranglisten

Als Rangfolgen sind ein klassischer Bestandteil der Leistungsgesellschaft, wenngleich sie nicht immer etwas über Leistungsfähigkeit aussagen und teilweise auch gar keinen Sinn ergeben. Aber mit den Ranglisten läßt sich eben vortrefflich werben, vorausgesetzt man ist weit genug oben angesiedelt. So kann sich zum Beispiel das Handelsministerium, unter den verschiedenen Wirtschaftszweigen der fünfzigsten Rangliste zu sein. Also nicht nur der goldene Boden macht uns dieses Metier so sympathisch, sondern auch seine zahlungswilligen Betreiber. Stolz 64,4 Prozent aller Handelsbetriebe haben ihre Rechnungen im dritten Quartal pünktlich bezahlt, das sind mehr als bei Einzelhandel und Industrie. Da aber schon die Dienstleistungsbetriebe als Schuldbüchse auf 61 Prozent kommen, erscheint die ganze Rangfolge, die von der Wirtschaftsauskunftsstelle herausgegeben wird, fragwürdig. Es wäre auch verwunderlich gewesen, wenn sich die Zahlungsmoral nach derartigen Kriterien gerichtet hätte. Ein Schuster begleicht seine Rechnungen doch nicht lieber als ein Schuhputzer.

Schweres Erbe

Von EPHRAIM LAHAV, Jerusalem

Die tragischen Ereignisse im benachbarten Libanon und die Kommunalwahlen im eigenen Land haben die wirtschaftlichen Probleme in den letzten Tagen aus den Schlagzeilen der israelischen Zeitungen verdrängt. Dies bedeutet aber nicht, daß die Probleme im Finanzministerium Yigal Cohen-Orad seit Beginn der Woche an einem Sanierungsplan. Sein Grundanliegen ist die Verringerung des 4,5-Milliarden-Dollar-Defizits in der Zahlungsbilanz. Der Vorrang vor der Bekämpfung der Inflation hat, ist von allen Seiten begrüßt worden. Darin liegt eigentlich die Hauptunterschied zwischen Cohen-Orad und seinem glücklosen Vorgänger Yoram Aridor.

Cohen-Orad hat ausdrücklich erklärt, es sei im Bereich des Möglichen, das Defizit innerhalb von zwei Jahren zu halbieren. Sollte ihm das Vorhaben gelingen, so würde er damit dem regierenden "Likud" die Wiederwahl sichern, die in etwa zwei Jahren ansteht.

Die Meinung, daß ein Defizit halbierung möglich sei, wird allgemein geteilt. Es wird darauf hingewiesen, daß es Yigal Eshwiz in seiner Amtszeit als Finanzminister von Ende 1979 bis Anfang 1981 gelang, durch harte Maßnahmen das Defizit um eine Milliarde Dollar zu verringern, und das, obwohl gleichzeitig die Erdölpreise um eine Milliarde Dollar stiegen. Tatsächlich wurde das Defizit also um zwei Milliarden Dollar verringert.

Die erste Maßnahme, die Cohen-Orad ergreifen will, ist die Kürzung der Staatsausgaben im laufenden Jahr von veranschlagten 21 Milliarden auf 19 Milliarden Dollar. Bei den laufenden Beratungen geht es um die Frage, wo gekürzt werden soll.

Am ersten gestrichen werden vermutlich die Subventionen für Nahrungsmittel, den öffentlichen Verkehr und Unterricht. Cohen-Orad findet es absurd, daß das Brot um zwei Drittel unter den Herstellungskosten verkauft wird. Statt die Waren zu verbilligen, würde er lieber die Subventionen direkt abschneiden. Fachleute im Finanzministerium haben errechnet, daß dies der öffentlichen Hand 75 Prozent der Subventionsgelder ersparen würde.

Das große Problem ist die Stornierung staatlicher Projekte, die ungewissen, ob eine gewisse Arbeitslosigkeit zur Folge haben wird. Hier steht Cohen-Orad unter politischen Pressionen; er muß auf die Wahlkandidaten seiner Partei Rücksicht nehmen.

Wahrscheinlich das wichtigste Mittel zur Minderung des Defizits ist die Exportförderung durch Gewährung eines günstigen Wechselkurses für den Shekel. Aridor hielt den Shekel künstlich hoch - in der irrigen Annahme, daß er dadurch die Inflation bändigen - und damit auch das Defizit herabsetzen könne. Diese Politik ist begraben. Nach vor Aridor unfreiwilligem Rücktritt verpflichtete sich Premier Itzhak Shamir in seiner Antrittsrede in der Knesset, daß die Regierung "eine realistische Politik bei der Bestimmung des Shekelkurses" verfolgen werde.

Dies wird, zumindest im Verlaufe der nächsten zwölf Monate, zu einer Fortsetzung der Inflation führen. Für Oktober allein wird ein Anstieg des Lebenshaltungskostenindex um 16 Prozent erwartet - das wäre ein neuer Rekord. Dies ist Folge der Shekelabwertung um 23 Prozent, die Aridor in seinen letzten Tagen dekretierte, um das drohende Unheil abzuwenden.

Die Börse hat sich mittlerweile beruhigt, allerdings erst, nachdem die enttäuschten Besitzer der Bankaktien einen Kursverlust von 30 bis 40 Prozent hinnehmen mußten. Den Aktionären machte Cohen-Orad ein großzügiges Angebot: Wer seine jetzt abgewerteten Bankaktien fünf Jahre lang behält, bekommt eine staatliche Garantie, daß er sie zu dem Kurs verkaufen kann, der vor dem Börsenkrach notiert wurde.

Rund eine halbe Million israelischer Haushalte sind in Bankaktien engagiert, angelockt von den scheinbar sicheren Kursgewinnen. Aber die Hausse der Bankaktien entsprach nicht den Marktkräften, sondern war durch massive Stützungskäufe der Geldinstitute wenn nicht ausgelöst, so doch lange Zeit verstärkt worden. Es hat nicht an Mahnungen gegen diese Bankenpraxis gefehlt, von der auch der frühere Finanzminister Aridor wußte. Doch Akören dieser Art soll es von nun an nicht mehr geben können. Ein Gesetz ist in Vorbereitung, das es jeder Aktiengesellschaft verbietet, ihre eigenen Aktien zu kaufen.

STAHLKRISE / Erklärungsfrist für Krupp und Thyssen bis 2. November

Bundeskabinett beschließt „allerletztes Angebot“ von 500 Millionen Mark

H. J. MAHNKE/W. GEHLHOFF, Bonn/Düsseldorf

Die Bundesregierung hat den Stahlunternehmen Thyssen und Krupp ein „allerletztes Angebot“ von 500 Millionen Mark unterbreitet, um die Fusion dieser beiden Firmen doch noch zu ermöglichen. Zur Annahme wurde den Unternehmen eine Frist von einer Woche bis zum 2. November gesetzt. Dieses Angebot müsse, wie Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff in Bonn erklärte, auch vor dem Hintergrund gesehen werden, daß die beiden Stahlfirmen rund 1,5 Milliarden Mark an Hilfen der öffentlichen Hände aus früher beschlossenen Programmen erhalten werden.

Das Bundeskabinett hat sich gestern eingehend mit der Lage der Stahlindustrie, vor allem mit dem jüngsten Fusionskonzept von Thyssen und Krupp, beschäftigt, das auf eine über den bisherigen Rahmen hinausgehende Hilfe der öffentlichen Hände von 600 Millionen Mark an Zuschüssen und 800 Millionen Mark an Schuldverpflichtungen gegenüber dem Bund hinausläuft.

Bundeswirtschaftsminister Graf Lambsdorff bezeichnete diese Forderung als haushaltspolitisch und auch in der Sache unannehmbar. Da die Bundesregierung die Fusion weiterhin für wünschenswert halte - sie sieht darin einen ersten Schritt zur Neustrukturierung der deutschen Stahlindustrie -, sei dieses Angebot gemacht worden, das immerhin um 200 Millionen Mark über dem liegt, was bisher präsentiert worden war. Lambsdorff wies darauf hin, daß die Zusage, sich mit drei Milliarden Mark an der Umstrukturierung der Stahlindustrie zu beteiligen, in jüngster Zeit in den Hintergrund getreten oder gedrängt worden sei.

Die kurze Frist für eine Erklärung

vermeidbaren Personalanpassungen aufzugeben. Die Hausbanken forderte er auf, einen nennenswerten Beitrag zur Gesundung des Unternehmens zu leisten. Andernfalls könnte bei dem Unternehmen eine „ernste Situation“ entstehen.

In der vergangenen Woche hatten Krupp und Thyssen ein modifiziertes Fusionskonzept vorgelegt, das mit den Unterschriften der beiden Unternehmensvorstände und der Stahlmoderatoren versehen ist. Es verlängert die bisher für die Substanzwertminderung gewählte Ertragsanalyse der Jahre 1981 und 1982 um die bereits abschätzenden letzten Ist-Zahlen von 1983. Und dies mit dem auch für die Stahlmoderatoren zunächst überraschenden Resultat, daß sich der Substanzwertnachteil auf der Krupp-Seite sogar von 1,5 auf 1,8 Milliarden DM erhöhte.

Da aber bereits die Einbringung einer Schuldverpflichtung zugunsten der zu hoch verschuldeten Krupp-Seite in Höhe von 1,5 Milliarden DM von Bonn als „weit überzogen“ abgelehnt wurde, sieht das modifizierte Konzept für die zur Fusion notwendige Auffüllung der Substanzwertlücke auf der Krupp-Seite folgende Lösung vor: Je ein Drittel der 1,8 Milliarden DM wird mobilisiert durch Schuldverpflichtung, durch verlorenen Staatszuschuß und mit einem „Selbsthilfeplan“ der beiden Fusionspartner. Letzterer wird noch vertraulich behandelt.

AUF EIN WORT



Die Finanzierung neuer Technologien durch die Banken scheitert oftmals daran, daß bei der Kreditvergabe in der Regel nicht die technologische Bonität eines Innovationsprojektes, sondern nur die finanzielle Bonität des Kreditnachfragers entscheidet.

Hanno Ludwig, Aufsichtsratsvorsitzender der Klockner & Co., KGaA, Düsseldorf. FOTO: DIE WELT

Leistungsbilanz: Geringeres Defizit

dpa/WVD, Wiesbaden
Die Leistungsbilanz der Bundesrepublik schloß im September mit einem Fehlbetrag von 0,6 Milliarden Mark. In der Handelsbilanz ergab sich nach Angaben des Statistischen Bundesamtes ein Überschuss von 3,6 Milliarden Mark. Die Einfuhr belief sich auf 94,22 (September 1982 90,97) Milliarden Mark, die Ausfuhr auf 37,82 (36,15) Milliarden Mark. Im Zeitraum Januar/September 1983 war die Leistungsbilanz mit 0,5 Milliarden Mark im Defizit, gegenüber einem Fehlbetrag von 5,7 Milliarden Mark ein Jahr zuvor. Der Handelsbilanzsaldo kam auf plus 30,4 Milliarden nach 36 Milliarden Mark in den ersten neun Monaten 1982. Die Einfuhr betrug 284,8 (281,3) Milliarden, die Ausfuhr 315,2 (317,3) Milliarden Mark.

VERMÖGENSBILDUNG

Unionsfraktion möchte den Regierungsentwurf sichern

HEINZ HECK, Bonn
Die von der Bundesregierung in dieser Legislaturperiode für vermögensbildende Maßnahmen vorgesehene zwei Milliarden Mark (je 500 Millionen Mark in der Zeitspanne 1984 bis 1987) dürften nach offiziellen Schätzungen nur zu knapp drei Vierteln tatsächlich in Anspruch genommen werden. Die Arbeitsgruppe „Eigentum und Vermögensbildung“ der Bonner Unionsfraktion hat daher - wie im Sommer bereits die FDP-Fraktion - Änderungswünsche zum Regierungsentwurf des Vermögensbildungsgesetzes vorgelegt, die die Abgeordneten Kurt Falkhauser (CDU) und Gunar Uldall (CDU) gestern vor Journalisten erläutert haben. Der Gesetzesentwurf sieht, wie berichtet, eine Erhöhung des Förderungsbetrags von 624 auf 636 Mark, allerdings ausschließlich für Produktivkapital-Beteiligungen, vor.

Zwar wendet sich die Unionsfraktion wie auch die Bundesregierung gegen die vielfach geforderte Verwendung der zusätzlichen 312 Mark auch zum Beispiel für Lebensversicherungen und Bausparverträge, da beide hierin eine Verwässerung sehen. Nach Meinung der Arbeitsgruppe sollten die zusätzlichen 312 Mark allerdings für jede beliebige Anlageform verwandt werden können (was nach dem Wortlaut des Regierungsentwurfs nicht möglich ist); lediglich die Zahlung der Arbeitsnehmersparzulage von 25 Prozent sollte auf Beteiligungen am Produktivkapital beschränkt werden.

Ferner wünscht die Arbeitsgruppe unter anderem eine Verkürzung der Bindungsfrist für Bausparverträge von zehn auf sieben Jahre und erwartet in der Folge eine Belebung des Neugeschäfts der Bausparkassen, die wiederum zu einem verstärkten Mittelaufbau führen würde.

EG-BINNENMARKT

Gespräche über eine Stärkung treten auf der Stelle

WILHELM HADLER, Luxemburg
Die Bemühungen um eine Stärkung des europäischen Binnenmarktes treten nach wie vor auf der Stelle. Weder beim Problem der Gemeinschaftsbeschneidung für Drittlands-erzeugnisse noch bei der geplanten Vereinfachung der Grenzformalitäten konnten die zuständigen Fachminister gestern nennenswerte Fortschritte verzeichnen.

Bei der Gemeinschaftsbeschneidung geht es um die Bedingungen, unter denen Erzeugnisse aus Nicht-EG-Ländern, die die von der Gemeinschaft entwickelten technischen Standards erfüllen, künftig ohne weitere Kontrollen zum Import in andere Mitgliedsstaaten zugelassen werden sollen. Rund 20 EG-Richtlinien sind seit Jahren blockiert, weil sich die Regierungen nicht über dieses Problem verständigen können.

Frankreich verbindet seine Zustimmung zu der Regelung mit der Forderung nach einem stärkeren Ausbau des handelspolitischen Instrumentariums der EG. Ein entsprechender Richtlinienentwurf der Kommission trifft wiederum auf erhebliche deutsche Bedenken, weil er nach Bonner Meinung durch die darin vorgesehene Beschneidungsprozedur die Gefahr unangemessener protektionistischer Reaktionen der EG herausbeschwört.

Grundsätzliche Übereinstimmung herrscht im Rat gegen über die Notwendigkeit einer Angleichung der technischen Normen in der Gemeinschaft. Für die Kommission forderte der deutsche Kommissar Karlheinz Narjes die Verpflichtung der Mitgliedsstaaten, ständig die Beschneidung der bestehenden technischen Vorschriften zu überprüfen und eine gegenseitige Anerkennung der nationalen Prüfergebnisse.

VEREINIGTE STAATEN

Das Handelsbilanzdefizit wird sich auch 1984 erhöhen

H. A. SIEBERT/rt, Washington
Unter dem Gewicht sich aufräumender Handelsdefizite und wachsender ausländischer Investitionen in den USA werde der reale, also inflationbereinigte Wert des Dollars schließlich sinken, erklärte der Vorsitzende des wirtschaftlichen Beraterstabes des Weißen Hauses, Martin Feldstein, vor einem Kongressausschuß. Eine solche Entwicklung sei auch deshalb zwingend, weil sich Geldanlagen in amerikanischen Wertpapieren nicht beliebig ausdehnen ließen und die US-Leistungsbilanz eines Tages durch einen niedrigeren Dollarkurs ausgeglichen werden müsse.

Ohne wirtschaftspolitische Änderungen könne jedoch niemand sagen, wie lange die Paritätskorrektur dauere, fuhr Präsident Reagans Chefökonom fort. Durchaus möglich sei ein abrupter Wechsel, ausgelöst durch einen plötzlichen Vertrauensverlust. Obwohl die Terminkurven für die kommenden zwölf Monate eine Abwertung des Dollars gegenüber der Mark um vier Prozent signalisierten, sei weder ein Rutsch um zehn Prozent noch ein weiteres Anziehen des realen Dollarkurses auszuschließen.

Das heißt im Klartext, daß auch die Reagan-Administration nicht weiß, wie es mit dem „Greenback“, wie die US-Währung häufig genannt wird, weitergeht. Die Reduzierung der Sicherheit ausländischer Investitionen in Amerika oder die Rückkehr zu einer inflationären Geldpolitik seien zwar geeignete wirtschaftspolitische Instrumente, um den Dollarkurs

schnell zu drücken. Sie kämen aber nicht in Frage, weil sie gegen die Interessen der Vereinigten Staaten gerichtet seien, betonte Feldstein. Für ihn gibt es nur eine Lösung: Entweder steigt das private Sparaufkommen in den USA oder die Rekordhaushaltsdefizite werden beschnitten.

Das Handelsbilanzdefizit der USA könnte nach Einschätzung von Feldstein im nächsten Jahr 100 Milliarden Dollar übersteigen. Er begründete seine Ansicht mit dem überbewerteten Dollar. In diesem Jahr werde das Handelsdefizit wahrscheinlich zwischen 60 und 70 Milliarden Dollar betragen und damit fast doppelt so hoch ausfallen wie 1982 mit 38 Milliarden Dollar.

Für die Dollarstärke machte Feldstein Washingtons fiskal- und geldpolitische „Mischung“ verantwortlich. Allgemein habe sich die Erwartung durchgesetzt, daß die US-Notenbank in jedem Fall die preisreife Wirkung der langfristigen Haushaltsdefizite durch einen restriktiven monetären Kurs neutralisieren werde.

Immer stärker unter Beschuß gerat im Kongreß der japanische Yen, der als erheblich unterbewertet gilt und nach Auffassung vieler Abgeordneter den USA schweren Schaden zufügt. Einige Kongreßmitglieder wollen Tokio zwingen, den japanischen Überschuß im Handel mit Amerika - im Finanzjahr 1983/84 rund 30 Milliarden Dollar - in den Vereinigten Staaten zu investieren. Das sei ebenso absurd wie die Wiedereinführung von Kontrollen, meinte Feldstein.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Nowea und Köln Messe gründen Tochtergesellschaft

Köln/Düsseldorf (dpa) - Die jahrelange Rivalität zwischen den beiden benachbarten Messestädten Köln und Düsseldorf soll durch eine neue Zusammenarbeit weiter abgebaut werden. Die „Köln Messe“ und die Düsseldorf Nowea wollen auf Beschluß der Aufsichtsräte eine gemeinsame Tochtergesellschaft ins Leben rufen, die noch im kommenden Jahr gegründet wird, teilte die Kölner Messegesellschaft mit. Die neue Organisation erhält die Aufgabe, die bisherigen Tätigkeiten bei Messen und Exportausstellungen im Ausland zusammenzufassen.

Automarkt Japan

Tokio (dpa/WVD) - Nach der jüngsten Aufhebung verschiedener Importrestriktionen sieht VW-Chef Carl Hahn in Japan ein enormes Absatzpotential auch für ausländische Autohersteller. Er rechnet damit, daß der Absatz von VW/Audi von rund 15 000 Fahrzeugen 1982 innerhalb der kommenden Jahre auf 25 000 gesteigert werden kann. Hahn äußerte sich in Tokio grundsätzlich positiv über eine Ausdehnung der Zusammenarbeit mit Nissan, schloß aber eine Gemeinschaftsproduktion mit dem zweitgrößten japanischen Autoproduzenten aus.

Obligationen überzeichnet

München (u.) - Auf lebhaften Nachfrage sind die vom Freistaat Bayern angebotenen Kassenobligationen gestoben. Bereits am ersten Tag der Ausschreibung waren sie stark überzeichnet. Vom bayerischen Finanzministerium wurde das Gesamtvolumen auf 400 Millionen Mark begrenzt, davon 250 Millionen für die erste Tranche mit 7,5prozentiger und 150 Millionen Mark für die zweite mit 7,75prozentiger Verzinsung. Wie verlautete, mußten erhebliche Reparaturen vorgenommen werden.

15 Jahre eurocheque

Frankfurt (DW.) - Anlässlich des 15jährigen Bestehens des eurocheque-Systems treffen sich am 28. Oktober mehr als 250 Vertreter europäischer Banken aus 39 Ländern in

Lissabon zum 5. eurocheque-Kongreß. In den Vorträgen führender Bankiers und in Arbeitskreisen wird das Thema der internationalen Weiterentwicklung des eurocheques im Mittelpunkt stehen.

Abkommen mit Banken

New York (rt) - Mexiko hat am Dienstag eine Reihe von Vereinbarungen mit internationalen Banken unterzeichnet und damit die Umschuldung von 98 Prozent der zwischen August 1982 und Ende 1984 fälligen Schulden des öffentlichen Sektors des Landes abgeschlossen. Nach Angaben von Bankenvorstößen umfaßt die jüngste Unterzeichnung acht Abkommen zwischen den ausländischen Banken und staatlichen mexikanischen Firmen und Institutionen über die Refinanzierung von insgesamt 2,6 Milliarden Dollar über acht Jahre bei vier Prozent Zinsen.

Polnischer Handelskredit

London (rt) - Der gegenwärtig zur endgültigen Entscheidung stehende kurzfristige Handelskredit an Polen, der Teil der 1983er Umschuldung ist und in der nächsten Woche formell vereinbart werden soll, wird nach Angaben aus Bankkreisen nur den vergleichsweise geringen Wert von 220 Millionen Dollar umfassen. Wie aus den Kreisen weiter verlautete, war mit einem Volumen von 715 Millionen Dollar gerechnet worden. Mit diesem Kredit werden effektiv rund 65 Prozent der Summe nach Polen zurückgeführt, die das Land in diesem Jahr an Zinsen westlichen Banken schuldet.

Entschuldigungsbrief

Washington (dpa) - US-Präsident Ronald Reagan hat einen Entschuldigungsbrief an 21 Demokratien im Repräsentantenhaus geschrieben und damit ein wesentliches Hindernis für die Zustimmung des US-Kongresses zu dem amerikanischen Anteil von 8,4 Milliarden Dollar an der Kapitalerhöhung des Internationalen Währungsfonds (IWF) aus dem Weggelöst. Die Demokratien, die die Vorlage unterstützen, hatten von Reagan eine schriftliche Entschuldigung gefordert, nachdem die Republikaner sie der Kommunistenfreundlichkeit beschuldigt hatten.

Den Kurs bestimmen an Bord des eigenen Bootes

Wer sicher sein möchte, rechtzeitig zur kommenden Saison mit neuem Boot und kompletter Ausrüstung startklar zu sein, informiert und entscheidet sich auf dem internationalen Boots-Fachmarkt Hamburg.

Über 1000 Boote, zahlreiche Neukonstruktionen, aus 25 Ländern. Für jedes Gewässer das optimale Boot. Dazu Motoren, Ausrüstung, Zubehör, Liegeplätze, Bootscharter und Information.

EDV-Besucher-Informationsservice. Kostenlose, individuelle Beratung beim Bootskauf.

Aktions-Sicherheits-Zentrum mit Demonstrationen von Rettungsgerät und Sicherheitsausrüstung. Fachseminar Jachtentwurf (28. + 29. 10.).

Sonderschauen wie: Aktion Blauwassersegeln Selbstbootsbau für Jedermann - Rennbootschau Moderner Kunststoff-Leichtbau (Pinta, Container)



In Hamburg auf der Boots-Ausstellung: „Pinta“ und „Sabina“, die „Admiral's Cup“ Sieger 1983.

Deutsche Boots-Ausstellung International Hamburg

22.-30. Oktober 1983

20.-21. Oktober nur für den Fachhandel - Emtec Trade Days

Täglich 10-18 Uhr
Mittwoch, 26.10., 10-20 Uhr

Hamburg Messe und Congress GmbH, Postf. 30 23 60, 2000 Hamburg 36, Tel. (0 40) 35 681, Telex 212 609

ARGENTINIEN / Verpflichtungen werden erfüllt

Banken sind zuversichtlich

HANS HOFMANN, Buenos Aires
Die internationalen Banken glauben trotz der nationalistischen Züge im Endspurt des argentinischen Wahlkampfes nicht an entscheidende Auslandsschulden-Verhandlungen mit der künftigen Zivilregierung. „Schuldenverhandlungen“, so ein Bankier in Buenos Aires, „sind immer schwierig, aber sie sollten bei beiderseitig gutem Willen zum Erfolg führen. Und damit rechnen wir.“

Argentiniens Schulden werden nach den Berechnungen der argentinischen Zentralbank bis Ende des Jahres 40 Milliarden Dollar (104 Milliarden Mark) betragen; davon entfallen 31 Milliarden auf den öffentlichen Sektor. Die Präsidentschaftskandidaten der beiden großen argentinischen Parteien, Italo Luder (Peronisten) und Raul Alfonsín (Bürgerunion), haben versichert, daß Argentinien seine Verpflichtungen erfüllen werde. Sie forderten aber Neuverhandlungen, damit die Schuldensituation nicht zur Bremse für den notwendigen wirtschaftlichen Aufschwung werde.

In diesem Jahr wurden und werden 19 Milliarden Dollar der öffentlichen und privaten Schulden fällig. Inzwischen wurden sechs Milliarden Dollar öffentlicher Schulden (sieben Jahre Laufzeit bei drei Freijahren) und 7,5 Milliarden privater Schulden (fünf Jahre Laufzeit bei drei Freijahren) umgeschuldet. Mit dieser Umschul-

dung wurden die 7,5 Milliarden zugleich zu öffentlichen Schulden, da sich das Schatzamt engagierte. In Bankenkreisen hieß es, man könne sich vorstellen, daß bei den 84er Verhandlungen mit der neuen Regierung längere Laufzeiten (bis zu neun Jahren) vereinbart werden könnten.

Die Umschuldung 1983 war mit Hilfe einer von den internationalen Banken vorfinanzierten Kreditlinie des Internationalen Währungsfonds (IWF) in Höhe von 1,1 Milliarden Dollar und eines mittelfristigen Kredits von 300 internationalen Banken in Höhe von 1,5 Milliarden Dollar möglich. Die erste Tranche des Bankenkredits in Höhe von 500 Millionen Dollar soll am 28. Oktober ausbezahlt werden, wenn bis dahin weitere Umschuldungsverträge mit staatlichen Betrieben unterzeichnet worden sind. Mit den 500 Millionen Dollar will Argentinien die bereits fällig gewordene Quote eines Überbrückungskredits von 350 Millionen Dollar und Zinsrückstände des öffentlichen Sektors begleichen.

Am 15. November wird die zweite Tranche des IWF-Kredits in Höhe von 330 Millionen Dollar erwartet, obwohl Argentinien zwei wesentliche Zielvorgaben des IWF nicht erfüllt hat: die Inflationsbekämpfung (wahrscheinlich 400 im Vergleich zu den zugesagten 160 Prozent) und die Drosselung der Ausgabenpolitik des öffentlichen Sektors. (dpa/VWD)

STIFTUNG VOLKSWAGENWERK / Dividendenausfall beeinflusst Förderung kaum

Anträge werden nun härter geprüft

DOMINIK SCHMIDT, Bonn

Die Stiftung Volkswagenwerk, Hannover, Europas größte Wissenschaftsstiftung, rechnet nicht mit einer nachhaltigen Beeinträchtigung ihrer Förderfähigkeit infolge des Dividendenausfalls der Volkswagenwerk AG. Diese Ansicht vertreten Werner Remmers, Vorsitzender des Kuratoriums, und Rolf Möller, Generalsekretär der Stiftung, bei der Vorlage des Jahresberichts 1982 in Bonn. Allerdings dürfte der Trend einer strenger Beurteilung der Antragsqualitätskriterien sich eher noch verstärken.

Bereits 1982 hat die Stiftung nur die Hälfte der insgesamt 1106 eingegangenen Anträge, nämlich 559, berücksichtigt. Die Summe der beantragten Mittel in Höhe von 222 Mill. DM wurde gleichzeitig um zwei Drittel auf 87,4 Mill. DM gekürzt. Im Geschäftsjahr 1982 erreichte die Stiftung mit Bruttoerträgen von 164 Mill. DM annähernd das Rekordergebnis des Vorjahres (167 Mill. DM). Davon entfielen wieder 71 Mill. DM auf Zinsen aus dem Bundesdarlehen und unverändert 50 Mill. DM aus anderen Anlagen des Stiftungsvermögens. Der Rest, 43 (46) Mill. DM, stammt aus Dividendeneinnahmen, die der Stiftung aus den Beteiligungen des Bundes und des Landes Niedersachsen an VW zustehen. In diesem Betrag sind allerdings 12,6 Mill. DM

erstattete Kapitalertragsteuer enthalten.

Die ausbezahlten Förderungsmittel betrugen im vergangenen Jahr 126 (146) Mill. DM, neu bewilligt waren insgesamt 114 (121,5) Mill. DM. Die Stiftung zahlt die bereitgestellten Gelder erst aus, wenn sie tatsächlich benötigt werden. Von solchen bewilligten Mitteln sind 27 Mill. DM an das „Niedersächsische Vorab“ geflossen. Das sind Vorhaben, die von der niedersächsischen Landesregierung vorgeschlagen werden und den Gegenwert der Landes-Dividende von VW ausmachen.

Die Stiftung konzentriert ihre Forschungsförderung derzeit auf 26 vorwiegend fachübergreifende Schwerpunkte und Programme. Das erklärte Ziel, Ingenieur- und Naturwissenschaften Priorität gegenüber Geistes- und Gesellschaftswissenschaften einzuräumen, ist im Berichtsjahr erreicht worden: Erstmals seit fünf Jahren veränderte sich die Relation zugunsten der Naturwissenschaften (30:45). Zu den am höchsten dotierten Schwerpunktbewilligungen gehörten Forschungsarbeiten auf den Gebieten „Grundlagen technischer Verbrennungsvorgänge“ (6,1 Mill. DM), „Verhalten metallischer und keramischer Werkstoffe unter Betriebsbedingungen“ (5,9 Mill. DM) und „Mikrostrukturwissenschaft“ (5,3 Mill. DM).

Ihre Unabhängigkeit und Entscheidungsfreiheit sieht die Stiftung dadurch gefährdet, daß der Bundesrechnungshof und der Landesrechnungshof Niedersachsen Prüfungsansprüche geltend machen. Nach Ansicht der Stiftung genügen die bisherigen Prüfungen durch die staatliche Stiftungsaufsicht und durch die Treuarbeit den Erfordernissen. Der seit Jahren dauernde Rechtsstreit hat inzwischen das Bundesverwaltungsgericht erreicht.

Nachdrückliche Kritik äußerten die Stiftungssprecher an der Benachteiligung der gemeinnützigen Stiftungen durch die Körperschaftsteuerreform von 1977. Durch dieses Gesetz würden den Stiftungen jährlich 50 Mill. DM entgehen. Dies widerspreche dem Stiftungsgedanken.

In der Bilanz der VW-Stiftung stehen die Finanzanlagen mit 1297 (1306) Mill. DM zu Buche, die Sachanlagen mit 39 (40) Mill. DM. Sonstige Wertpapiere werden mit 235 (203) Mill. DM ausgewiesen, kurz- und mittelfristige Forderungen mit 43 (46,5) Mill. DM und flüssige Mittel mit 12 (10) Mill. DM. Vom Stiftungskapital in Höhe von 1345 (1341) Mill. DM entfallen unverändert 1074 Mill. DM auf zuzugewiesene „gewinnbringend anzulegendes Kapital“. Die Förderungspflichten erhöhten sich auf 249 (230) Mill. DM.

NEUE BÜCHER DER WIRTSCHAFT

Manfred Grathwohl: Energieversorgung - Ressourcen, Technologien, Perspektiven. Verlag Walter de Gruyter, Berlin - New York. 2. völlig neu bearbeitete und stark erweiterte Auflage. 504 Seiten, 136 Mark.

Wenn die Welt der Energie von heute - und vor allem die von morgen - fasziniert, der findet beim Dipl.-Phys. Dr. Manfred Grathwohl, wissenschaftlicher Direktor an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg, reichen Stoff zum Auffüllen des Wissens und für die gedankliche Skizzierung von Zukunftsperspektiven. Ob Fusion oder Fission, ob Hochtemperaturreaktor oder regenerative Energie, ob fossile Brennstoffe oder Nutzung der Geothermie, Grathwohl gibt Einblick und Ausblick in verständlicher Sprache. Ein umfassendes Buch nicht nur für Hochschullehrer und Energietechniker, sondern auch für Studenten, die bereit sind, mit der leicht verständlichen Sprache Grathwohls in die Tiefen der komplexen Energietechnik vorzustoßen. (Bm.)

Elisabeth Lang: Die Haftung für Fehler in Druckwerken. J. Schweitzer Verlag, München 1982, 128 S., 78 Mark.

Welche Rechtsnatur einem Vertrag über den Erwerb einer Druckschrift zukommt, ist eine der Fragen, mit denen sich die Autorin auseinandersetzt. Denn davon abhängig ist auch die Frage der vertraglichen Haftung

für den Inhalt von Druckwerken. Der zweite Teil der Schrift beschäftigt sich dementsprechend mit der deliktischen Haftung und dort mit den Grundsätzen der Produzentenhaftung und ihrer Anwendung auf inhaltliche Fehler bei Druckwerken.

Guido Perutz: Heizkostenabrechnung nach Verbrauch. J. Schweitzer Verlag, München 1983, 101 S., 19,50 Mark.

Dieser Kommentar zur Verordnung über die verbrauchsabhängige Abrechnung der Heiz- und Warmwasserkosten liegt nach der Erstausgabe von 1981 nun bereits in zweiter Auflage vor. Nach der im März 1981 in Kraft getretenen Heizkostenverordnung 1981/82 abgerechnet. Den Fragen der Auslegung der Verordnung und Probleme der Abrechnung widmet sich der Autor in der vorliegenden Ausgabe.

Bernhard Großfeld: Unternehmensbewertung - im Gesellschaftsrecht. Verlag Dr. Otto Schmidt KG, Köln 1983, 183 S., 46 Mark.

Die Rechtsqualität der Bewertungsforderungen eines Unternehmens oder eines Anteils an diesem stehen im Mittelpunkt dieser Schrift. Die Elemente der Bewertung, die für die Auseinandersetzung einer Gesellschaft benutzt werden, stellt der Autor erstmals aus juristischer Sicht dar.

Eurovision Iveco: 32 von 2.000 LKW-Varianten. Für jede Last und Leistung.



Ganz gleich, was Sie transportieren: Ihre Iveco-Partner haben das richtige Fahrzeug: 600 Grundmodelle. Rund 2.000 Varianten. Von 2,8 bis 38 t GG. Iveco: Moderne LKW für den Fernverkehr und Verteilerverkehr. Schnellastwagen und Transporter für die Lieferung „frei Haus“. Großraumkabiner für Menschen und Material. Kombifahrzeuge für Arbeit und Freizeit. Kipper und Allradkipper für den Bau. Spezialfahrzeuge für den Brand-

schutz und die Kommunalwirtschaft. Fahrgestelle für alle Sonderaufbauten. Iveco: Mit den wirtschaftlichen Motoren, luft- oder wassergekühlt. Mit den passenden Nutzlasten, Radständen und Lademaßen. In Deutschland unter dem Namen Iveco-Magirus: Ein modernes Programm mit den Erfahrungen und der vereinten Kraft von vier großen europäischen Nutzfahrzeug-Herstellern dahinter.

IVECO
A world of transport.

USA / Preise steigen wieder schneller

Vor allem Autos teurer

H.A. SIEBERT, Washington
In den USA hat sich die Teuerungsrate deutlich beschleunigt, und es sieht so aus, daß sich die optimistischen offiziellen Stabilitätsprognosen für 1984 nicht halten lassen. Wie das Arbeitsministerium in Washington mitteilte, erhöht sich die Verbraucherpreise im September um 0,5 Prozent, verglichen mit jeweils 0,4 Prozent in den beiden vorausgegangenen Monaten und 0,2 Prozent im Juni.

Unbereinigt hat sich der Index in den vergangenen zwölf Monaten zwar nur um 2,9 Prozent nach oben bewegt. Im dritten Quartal erreichte das Preisplus auf Jahresbasis jedoch 5,3 Prozent. Nahrungsmittel und Getränke verteuerten sich um 1,8, Autos um 4,7, Bekleidung um 3,9, Autos um 9,8, medizinische Versorgung um 6,1, Unterhaltung um 4,5 und andere Güter und Dienstleistungen um 7,3 Prozent.

Der hauptsächlich von Detroit ausgelassene Preisschub wäre noch stärker

ausgefallen, wenn in Amerika Benzin vergleichsweise nicht so billig sein würde. Im September lagen die Preise für Kraftstoffe um acht Prozent unter dem Höchststand von März 1982. Die Finanzierungskosten für Autos haben zum ersten Mal seit 13 Monaten im August und September abgenommen - die lange Ära der Rabatte zur Ankurbelung der Verkäufe ist vorbei.

Der Index (1967=100) steht jetzt bei 301,8; das heißt, für einen Warenkorb, der vor 18 Jahren 100 Dollar kostete, müssen die Amerikaner heute 301,8 Prozent mehr bezahlen. Angesichts der Rekordanbahnungsdefizite und der starken Geldausweitung von Juli 1982 bis April 1983 schloßen Fachleute für 1984 nun eine Inflationsrate von rund sieben (Administration: 4,4) Prozent nicht mehr aus, zumal die Kapazität auslastung schon 78,1 Prozent erreicht hat und in der bevorstehenden Tarifrunde die Löhnerhöhungen auf sechs Prozent veranschlagt werden.

EUROPÄISCHES PARLAMENT

Anlauf zur Fusionskontrolle

ULRICH LÜKE, Straßburg
Das Europäische Parlament hat in dieser Woche einen neuen Anlauf für eine vorbeugende Fusionskontrolle in der Europäischen Gemeinschaft unternommen. Seit 1973 „schmort“ im Ministerrat der EG ein Verordnungsentwurf der Kommission, mit dem schädliche Auswirkungen auf den Wettbewerb verhindert werden sollen. Grundsätzlich sollen jetzt von der Verordnung Zusammenfassungen getroffen werden, nach denen die Unternehmen einen weltweiten Umsatz von mehr als 500 Millionen Euro (ein Euro = 2,35 DM) oder einen Anteil an Gemeinschaftsmarkt von über 30 Prozent erreichen.

Diese Zahlen stellen bereits ein Entgegenkommen gegenüber den Mitgliedstaaten dar, die Kommission befürchtet, ihren Widerstand brechen zu können. Das Europäische Parlament ging in dieser Woche noch weiter und erhöhte auf Vorschlag des deutschen CDU-Europäerabgeordneten Philip von Bismarck die Grenze auf 750 Millionen Euro.

Von Bismarck, früher Vorsitzender des CDU-Wirtschaftsausschusses, erklärte in

der Debatte: „Es ist für die EG eine zentrale Aufgabe, auch grenzüberschreitende Fusionen einer vorbeugenden Kontrolle zu unterwerfen, um so zu erreichen, daß der Wettbewerb nicht durch zu viele oder zu große Unternehmenszusammenschlüsse behindert wird.“ Nur ein „ausgewogenes Maß an Konzentration“ sichere der europäischen Industrie auch im Bereich der neuen Technologien eine „gesunde mittelständische Struktur, die den internationalen Wettbewerb nicht zu fürchten braucht“.

Für die Sozialdemokraten erklärte der frühere DGB-Vorsitzende Heinz-Oskar Vetter, die Kommission solle ihren zehn Jahre alten Vorschlag besser zurückziehen und durch einen neuen ersetzen. Er stelle „keine angemessene Grundlage für die Ausübung einer Fusionskontrolle“ mehr dar.

Gegen die Stimmen der Sozialisten nahm das Parlament überdies den jüngsten Wettbewerbsbericht der EG-Kommission an. Er kritisiert vor allem das Subventionswesen in der Gemeinschaft und fordert die volle Verwirklichung eines echten EG-Binnenmarktes.

ÖFFENTLICHE VERSICHERER / Sparte Leben weist überdurchschnittliche Steigerungsraten im Neugeschäft aus

Sachschäden bereiten weiterhin große Sorgen

W. NEITZEL, Baden-Baden

Eine leichte Wende zum Besseren, registrieren die öffentlichen Versicherer mit Blick auf die Marktentwicklung und ihr Umfeld. Man sei deshalb zuversichtlich, daß angemessene Zuwachsraten erzielt, die Sanierungsprobleme nicht der Versicherungssparte gelöst werden können und daß sich die Schadenbelastung auf ein „erträgliches Maß“ einpendeln, konstatierte ihr Sprecher Georg Voß anlässlich der Jahrestagung der 38 Institute in Baden-Baden.

In den ersten sechs Monaten des Jahres 1983 registrierten die öffentlichen Versicherer in der Lebensversicherung eine starke Belebung im Neugeschäft. Es wurden Steigerungsraten von 17,1 Prozent bei der Stückzahl und von 24,8 Prozent bei der versicherten Summe erzielt. Raten, die deutlich über den entsprechenden Branchenwerten (11,1 und 16,1 Prozent) liegen. Begründet wird

diese Entwicklung besonders mit der Belebung im Wohnungsbau, die einen zusätzlichen Bedarf an Risikoversicherungen geschaffen haben.

In 1982 war das Neugeschäft der 12 öffentlichen Lebensversicherer zwar etwas hinter dem Vorjahresergebnis zurückgeblieben, doch nicht so stark wie das der ganzen Branche. Eingeklinkt wurden bei den öffentlichen Instituten rund 420 000 Verträge (plus 1,7 Prozent) über Versicherungssummen von insgesamt knapp 11 Mrd. DM. Leicht erhöht auf 3,6 Prozent hat sich die Stornoquote, doch liegt man hier auch günstiger als die Branche (5,4 Prozent).

Ein Sorgenkind ist auch für die öffentlichen Institute nach wie vor die Sachversicherung. Während die Brutto-Beitragsentnahmen um fast 10 Prozent auf knapp 3 Mrd. DM anstiegen, erhöhten sich die Schäden erneut um 5,6 Prozent auf 2,25 Mrd. DM. Mit der leicht auf 76 (Vorjahr: 79,1) Prozent verringerten Gesamtschadenquote sei „weder das retten-

de Ufer des finanzmathematischen Ausgleichs erreicht noch ein Trend in dieser Richtung erkennbar geworden“, erklärte Voß. Höhere Schäden wurden insbesondere in der Feuerversicherung im industriellen Bereich, in der Verbundenen Wohngebäudeversicherung, in der Einbruch-Diebstahl- sowie in der Sturm- und Elementarschaden-Versicherung registriert.

Die ersten sechs Monate des laufenden Jahres brachten bei deutlich abgeschwächtem Beitragszuwachs einen weiteren Anstieg der Schäden. Besorgt äußerte sich Voß darüber, daß die Brandstiftung an Aktualität gewonnen habe. Derzeit sei ungefähr ein Drittel sämtlicher Schäden eindeutig auf Brandstiftung zurückzuführen, während vor etwa zwei Jahrzehnten dieser Delikt lediglich 12 bis 15 Prozent der Aufwendungen ausmachte.

Zu wachsenden Kriminalisierung gehören die etwa 3800 Beraubungs-

fälle im vergangenen Jahr. Darüber hinaus erlebte der Fahrraddiebstahl (über 450 000 Stück in 1982) einen Boom. Die Sachversicherer seien deshalb bemüht, das Produkt Hausversicherung „in absehbarer Zeit“ in neuer Form auf den Markt zu bringen. In der Haftpflicht-Sparte werde in diesem Jahr noch ein technischer Gewinn erzielt - voraussichtlich aber niedriger als im Vorjahr.

Brutto-Beitragsentnahmen (MILL. DM)		
	1982	1981
Lebensversicherungen	2724	2530
Steigerung (%)	7,7	11,2
Marktanteil (%)	6,1	5,1
Sachversicherungen	2691	2734
Steigerung (%)	9,8	9,4
Marktanteil (%)	26,9	26,6
HUK-Versicherungen	2400	2381
Steigerung (%)	3,3	9,4
Marktanteil (%)	10,1	10,1
ORAG Rechtsschutz	61	53
Steigerung (%)	14,6	14,2
Marktanteil (%)	3,1	2,9

WELLPAPPE

Produktion zieht wieder an

INGE ADHAM, Frankfurt
Die Nachfrage nach Wellpappe zieht wieder an. Nach zwei Jahren mit sinkenden Produktionszahlen registriert der Verband der Wellpappenindustrie, in dem 38 der überwiegend mittelständischen Hersteller zusammengeschlossen sind, in den ersten neun Monaten dieses Jahres ein Produktionsplus von 3 Prozent; bis Ende des Jahres soll der Rückgang der letzten beiden Jahre kompensiert werden. Vorstandsvorsitzender Wilfried Vollmer erwartet daraus positive beschäftigungspolitische Effekte, nachdem in den letzten beiden Jahren die Beschäftigtenzahl um knapp 10 Prozent auf rund 14 000 gesunken war.

Weitere erfreuliche Aspekte lassen sich für die Branche, die ein Drittel zum Produktionsumsatz des Packstoffbereiches Papier und Pappe (1982: 9,3 Mrd. DM) beiträgt, vorerst nicht ableiten. Denn der harte Wettbewerb in der Branche und die knappe Kalkulation der Abnehmerindustrie verhindern die nach Angaben der Verbandsprecher notwendigen Preisanpassungen. Trotz gesteigerter Absatzmengen blieb der Umsatz der Branche in diesem Jahr bisher knapp ein Prozent unter dem Vorjahreswert, nachdem er bereits 1982 um gut ein Prozent zurückgefallen war.

Die Entwicklung hat, wie Vollmer bei der Preisverleihung anlässlich des Branchenwettbewerbs „Goldene Welle“ in Frankfurt betonte, dazu geführt, daß in den letzten beiden Jahren ein „Grübeln der Wellpappenhersteller keinen Ertrag erwirtschaftet hat“. Verschärft werde die Situation durch die Verteuerung des Kraftliners. Im Vollzug eines Anti-Dumping-Verfahrens hat die EG-Kommission die Preise für Kraftliner aus den USA (neben Skandinavien Hauptlieferant dieses Wellpappen-Rohstoffs) um 50 Dollar pro Tonne heraufgesetzt.

Dies und ansteigender Dollarkurs haben Kostensteigerungen um die 15 Prozent gebracht. Ab Januar sei mit weiteren Anhebungen der Rohstoffpreise in USA und Skandinavien zu rechnen.

NAMEN

Heinz Staudinger (50) scheidet als Vertriebschef bei der Hoechst Hüttenwerke AG, Dortmund, spätestens bis Ende April 1984 aus. Er tritt ab Malim Vorstand der GHH-Tochter Ferrostaal AG, Essen, an die Stelle von Stahlhändler Wilhelm Haverkamp, der in den Ruhestand geht.

Dr. Giovanni Sturari, Leiter des Italia Trade Center im italienischen Institut für Außenhandel (ICE), Düsseldorf, und Dr. Ernesto Romagnoli, Leiter der ICE-Werbeabteilung, übernehmen Positionen in Houston/Texas (USA) und in der ICE-Zentrale in Rom.

Dr. Arnd Jähres (42) ist zum Geschäftsführer der DAF Nutzfahrzeuge Deutschland GmbH, Langendelf/Rheinland, berufen worden.

Stefan Paves (42), bisher Geschäftsführer bei Sandvik Espanola, wurde zum Geschäftsführer der Sandvik Process Systems Division, Fellbach b. Stuttgart, ernannt.

Hubert Haslauer ist als Leiter der Zentralen Presse- u. Öffentlichkeitsarbeit der Philips Kommunikations Industrie AG aus dem Unternehmen ausgeschieden. Die Abteilung wird kommissarisch von Dr. Klaus Volkholz geleitet.

Erhard Bouillon, Vorstandsmitglied der Hoechst AG, ist zum Aufsichtsvorsitzenden der Hannoverischen Lebensversicherung a. G. gewählt worden. Sein Stellvertreter ist Adolf Morbach, stellvertretender Vorstandsvorsitzender des Haftpflichtverbands der Deutschen Industrie VVaG, Hannover.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Burgwedel: Claus-Regrotechnik GmbH; Osnabrück: Schenck Ossengetzweil; Hamburg: Freies Wohnungsbauunternehmen Lorenzen & Sohn GmbH & Co. KG; Hannover: Renate Hagemeyer, Kaufhaus, Langenhagen; Hildesheim (Nieders.): Walke-Schweißanlagen GmbH; Landsberg: Herbert Berelitz GmbH, Eggenfelden; Langen: Rosi's Boutique Internationale Damenmoden GmbH; München: S. I. A. elektronische Industriemaschinen Vertriebsgesellschaft; Liquidation: Bainer Hansen, Fürstentfeldbruck; Offenbach/M.: Heizungs- u. Klimatechnik P. Hoppenstedt GmbH; Salzgeber: Nachl. d. Franz Schwarzkopf; Siegen: Nachl. d. Helmut Baumgarten, Neunkirchen; Wesel: August Schmidt KG; Günter Schmidt, Kaufmann; Wuppertal: EBM Grundverwertung- u. Verwaltungen mbH.

Ausschlag-Konkurs eröffnet: Beckum: Holzwarenfabrik Bentzert GmbH; Berlin Charlottenburg: Fritz Schmidt; München: Edith Hohenwarter, Inh. d. Trachten- u. Freizeitmöbel E. + H. Hohenwarter.

Konkurs beantragt: Albstadt: Werner Nestle. Versteigert beantragt: Albstadt/Leine: Motorgeräteeigentümer Freytag, Bentzler u. Partner GmbH, Wittenburg; Freiburg i. B.: a) Bernhard Krebe Holzindustrie GmbH & Co. KG b) Krebe Beteiligung GmbH, Friederichsweiler; München: Franz Trischler, Werkzeuge, Maschinen, Schweißtechnik; Seltsdorf: INFO RG Informatik & Organisation GmbH.

BAYERNWERK / Keine Preiserhöhung 1984 - Festhalten am Kohlevertrag

Mit Kernkraft in die schwarzen Zahlen

DANKWARD SEITZ, München
Die Bayernwerk AG, München, die im Geschäftsjahr 1981/82 (30.9.) im Konzernabschluss einen Fehlbetrag von 116 (Vorjahr: plus 109) Mill. DM ausweisen mußte, wird für das gerade abgelaufene Jahr wieder schwarze Zahlen präsentieren können. „Wir sind nicht unzufrieden“, meinten Hans Heitzer und Jochen Holzer vom Vorstand, auch wenn das Ertragsziel „noch nicht ganz erreicht“ werden konnte. Vor allem bei den Rücklagen bestehe noch ein gewisser Nachholbedarf. Für eine Dividenden-Ausschüttung sei es aber noch zu früh: für 1981/82 wurden 7 Prozent ausgeschüttet.

Zu dem verbesserten Jahresergebnis trugen den Angaben zufolge insbesondere die hohe Verfügbarkeit (bis zu 98 Prozent) der Kernkraftwerke Isar 1 und Grafenrheinfeld bei. Dadurch sei es möglich gewesen, die Fremdstrombezugskosten um rund

30 Prozent zu senken. An der Stromabgabe, die erhöhte sich 1982/83 um etwa 13 Prozent, war die Kernenergie mit rund 45 Prozent beteiligt. Nach ersten Schätzungen stiegen die Umsatzerlöse der AG um rund 11 Prozent auf etwa 2,8 Mrd. DM und im Konzern um 7,3 Prozent auf rund 4,4 Mrd. DM.

Für einen Gang an die Börse, so meinten Heitzer und Holzer, sei die Dividende des Unternehmens „nicht sonderlich attraktiv“, auch habe man keinen Kapitalbedarf. Die Finanzierung der beschlossenen Investitionen - in den nächsten fünf Jahren will der Konzern 3,3 Mrd. DM für neue Kraftwerke und 2,2 Mrd. DM für das Stromnetz bereitstellen - sei gesichert. Wenn keine neuen Großprojekte notwendig würden, könne auf eine Erhöhung des Kapitals von derzeit 831,65 Mill. DM verzichtet werden. Angesichts des erfolgreichen Be-

triebs der Kernkraftwerke versicherte der Vorstand, die Strompreise im kommenden Jahr nicht anzuheben. „Mit einem vernünftigen Strompreinsniveau“ wolle man „das zarte Pflänzchen „Konjunkturbelebungsplan“ am Wachsen und Gedeihen halten“. Als Zeichen des wirtschaftlichen Aufschwungs wertet man, daß der Zuwachs des Stromverbrauchs in Bayern um 3,5 Prozent in den ersten neun Monaten 1983 hauptsächlich von der Industrie (plus 4 Prozent) getragen wurde.

Nachdrücklich betonte der Vorstand, daß das Bayernwerk auch in Zukunft auf der Basis des Steinkohle-Jahresvertrags zur Erhaltung dieses heimischen Energielieferanten beitragen wolle. Man werde alle Verpflichtungen erfüllen, was aber voraussetze, daß alle anderen Energieversorger sich an diesen Vertrag halten.

Neue Finanzierung für den Mittelstand

W. Berlin
Ein neues Finanzierungsinstrument für Selbständige und für mittelständische Unternehmen in Industrie, Handel, Handwerk und Dienstleistungen hat sich die Sparkasse der Stadt Berlin West einfallen lassen: Auf privatwirtschaftlicher Basis (ohne staatliche Unterstützung) gründete sie eine KapitalbeteiligungsgmbH mit einem Stammkapital von zunächst 5 Mill. DM.

Wie der Vorstandsvorsitzende des Kreditinstituts, Hubertus Moser, hierzu erläuterte, geht es nicht um ein neues Kreditprogramm, sondern vielmehr darum, interessierten Betrieben - vorwiegend des eigenen Kundenkreises - als „stille Gesellschafter“ neues Eigenkapital zuzuführen. Allerdings werden Neugründungen nicht ausgeschlossen.

Diese Finanzierungsform sei besonders für Betriebe geeignet, die neue Produkte auf den Markt bringen wollen und, an eine Erweiterung oder Modernisierung denken, sagte Moser. Im Gegensatz zu den Risikokapital- und Wagnisfinanzierungsgesellschaften ist dabei diese Kapitalbeteiligungsgesellschaft freilich nicht in Form und Konditionen festgelegt, sie richtet sich eher nach den Gegebenheiten des Einzelfalles aus.

Was den mittelständischen Unternehmen heute vielfach fehlt, ist nach Ansicht von Moser Eigenkapital, um sich dem wirtschaftlichen und technischen Wandel anzupassen. Diese Lücke soll die neue Gesellschaft ausfüllen.

Vorstandssprecher scheidet aus

DANKWARD SEITZ, München
Nach über 17jähriger Tätigkeit im Vorstand der Rosenthal AG, Selb, scheidet Vorstandssprecher und Finanzchef Albert Kaltenhaller „in gegenseitigen Einvernehmen“ aus dem „aktiven Dienst“ des Unternehmens aus. Wie es heißt, wird er sich künftig unternehmerischen Beratungsaufgaben international widmen und in diesem Rahmen auch das Haus Rosenthal, dem Kaltenhaller seit 26 Jahren angehört, sowie verbundene und befreundete Unternehmen beraten. Branchenkenner kommt dieser Schritt Kaltenhaller nicht ganz überraschend, da sein Verhältnis zum Aufsichtsvorsitzenden Philip Rosenthal in letzter Zeit nicht immer spannungsfrei gewesen sein soll. Das Finanzressort wird künftig von Vorstandsmitglied Dietrich Müller geleitet, der gleichzeitig den Vorsitz im Aufsichtsrat der Rosenthal Glas und Porzellan AG übernimmt. Edgar Lutz, Vorstandssprecher der Rosenthal Technik AG, übernahm die Unternehmensplanung für die gesamte Gruppe. Zum ordentlichen Vorstandsmitglied wurde Rudolf Stücken berufen.

Für das laufende Jahr berichtet Rosenthal von einer Geschäftsbelebung, so daß nach dem nicht voll befriedigenden Jahr 1982 ein verbessertes Ergebnis erwartet werden kann. Bei Glas und Porzellan sei der Umsatz per Ende September 1983 gegenüber der entsprechenden Vorjahreszeit um 2 Prozent gestiegen.

HWWA / Ehemalige Zentralstelle des Kolonialinstituts feiert ihren 75. Geburtstag

Forschung nach dem Krieg verstärkt

J. BRECH, Hamburg
Das HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung, Hamburg, besteht in diesen Tagen 75 Jahre. 1908 als „Zentralstelle des Kolonialinstituts“ gegründet, gehört das HWWA heute zu den fünf führenden wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstituten der Bundesrepublik. Den jetzigen Namen erhielt das HWWA Anfang 1970. Die Umbenennung erfolgte im Zusammenhang mit der nach dem Krieg erheblich ausgeweiteten praktischen Forschung.

Die Aufgaben nach der Gründung bestanden zunächst in der Ausbildung von Fachleuten, vor allem von Verwaltungsbeamten, für die deutschen Kolonien und in der Sammlung und Auswertung von Informationsmaterial für die kaiserliche Kolonialverwaltung. Nach dem Ersten Weltkrieg wurde das Institut in „Weltwirtschaftliches Archiv“ (HWWA) umbenannt. Das HWWA stellte in der Folgezeit Wirtschaft, Wissenschaft, Presse und Verwaltung zunehmend Informationen zur Verfügung, in dem das Presse-Ausschnitt-Archiv ausgebaut und eine Bibliothek errichtet wurden.

Die HWWA-Bibliothek umfaßt inzwischen mehr als 800 000 Bände. Die Presse-Ausschnitt-Archive verfügen über mehr als 14 Millionen Zeitungsausschnitte. Jährlich kommen rund 300 000 Ausschnitte und 20 000 Bände hinzu. Die Dienste des HWWA werden jährlich etwa von 55 000 Menschen genutzt, denen 3500 Zeitschriften, 80 Tageszeitungen, gut 9000 Jahrbücher, 3900 Geschäftsberichte sowie zahlreiche nationale und internationale Statistiken zur Verfügung stehen.

Die Schwerpunkte der Forschung liegen der Tradition des HWWA entsprechend in der Beschäftigung mit weltwirtschaftlichen Problemen sowie in der Analyse der wirtschaftlichen Entwicklung der Bundesrepublik

und ihren weltwirtschaftlichen Verflechtungen. Die regelmäßigen Konjunkturanalysen und -prognosen des Instituts gelten in Wirtschaft und Politik als wichtige Entscheidungshilfen. Außerdem veröffentlicht das HWWA Arbeiten über Wirtschaftsstrukturprobleme, die Wirtschaftsbeziehungen der Industrieländer untereinander, das Verhältnis zu den Staaten der Dritten Welt heute, zu den sozialistischen Staaten. Von den insgesamt 240 Mitarbeitern sind gut ein Drittel Wissenschaftler.

Die Reputation als Institut für empirische Wirtschaftsforschung und als umfassender Anbieter von Wirtschaftsinformationen verdankt das HWWA nicht zuletzt seinen drei Leitern in der Nachkriegszeit. Die Forschungstätigkeit wurde 1948 von Prof. Clodwig Kapfeler begonnen, von seinem Nachfolger Heinz-Dietrich Ordlich und dem jetzigen Präsidenten Armin Gutowski fortgesetzt und ausgebaut.



Erfahren als Bank -
verlässlich als Partner

Mit unserem vielfältigen Angebot
und internationalen Verbindungen stehen
wir Ihnen als große Universalbank zur
Verfügung.

Bayerische Landesbank
Girozentrale

Sie erreichen uns in München, Nürnberg und über jede bayerische Sparkasse sowie in Frankfurt, Wien, Luxemburg, London, New York, Toronto, Johannesburg und Singapur.

[illegible]

Ausländische Aktien

	26 10.	25 10		26 10	25 10
F 1/2" Legume		1590	D Mangrove El	18.5	18.6
F 1/2" Junc	55.540	57	D Mangrove El	176.560	174.540
F 1/2" Junc	57	55	M 1/2" Lymph	83	83
F 1/2" Junc	114.5	114	F 1/2" Lymph	131.5	132.5
F 1/2" Junc	3.91	3.90	D 1/2" Lymph	220	221.5
F 1/2" Junc	3.97	3.96	D 1/2" Lymph	76	76
F 1/2" Junc	56.1	56.0	D 1/2" Lymph	76	76
F 1/2" Junc	142	140	D 1/2" Lymph	4.9	4.9
F 1/2" Junc	80.5	80.5	F 1/2" Lymph	4.87	4.87

[illegible]

1.98	1.98	H Unswear	1.98
96	96	F Union Carbide	1.23
1.56	1.56	D Unswear	43
1.97	1.97	F United Tech	1.23
108.5	108	F US Steel	24.9

N Unwever	208.2	208
F Unm Castide	172G	174
D Unwey	43	43
F United Tractr	172.8	172.8
F US Shm	74.9	75
M Vast Rmth Expl.	263.6	263.6
D Vast Stck	71.8G	72.5G
D Volo A	146G	146G
D Vpl. Nn B	146G	146G
F Warner Commn	58.1	59
F Warner Lmstr	79	79
F Wefic Fargo	95G	92.5
M Western Deep L.	127	126.5
M Whomr Mining	8.15	8.2G
F West. Unwever N.	336G	34.5

Warenpreise - Termine

Etwas schwächer schlossen am Dienstag die Gold- und Silbernotierungen an der New Yorker Comex. Zu größeren Einbußen kam es dagegen bei Kupfer. Kaffee zeigte lediglich im verfügbaren Monat Verluste, während alle weiteren Sichten festnotierten. Gewinne in allen Kontrakten verbuchte dagegen Kakao.

Getreide und Getreideprodukte

Waren	25. 10.	24. 10.	23. 10.	22. 10.
Weizen (Trommel)	25. 10.	24. 10.	23. 10.	22. 10.
Dz.	365,00	362,50	362,50	362,50
März	375,25	377,00	377,00	377,00
Mai	378,00	376,00	376,00	376,00
Weizen (Trommel) (can. \$1)	25. 10.	24. 10.	23. 10.	22. 10.
Dz.	230,75	230,75	230,75	230,75
März	249,25	249,25	249,25	249,25
Mai	249,25	249,25	249,25	249,25
Regenweizen (can. \$1)	25. 10.	24. 10.	23. 10.	22. 10.
Dz.	149,10	144,10	144,10	144,10
März	151,10	148,10	148,10	148,10
Mai	158,10	151,10	151,10	151,10
Winterweizen (can. \$1)	25. 10.	24. 10.	23. 10.	22. 10.
Dz.	131,00	131,00	131,00	131,00
März	129,00	127,00	127,00	127,00
Mai	127,00	124,70	124,70	124,70
Hafer (Trommel)	25. 10.	24. 10.	23. 10.	22. 10.
Dz.	190,75	185,00	185,00	185,00
März	196,50	195,00	195,00	195,00
Mai	202,50	197,00	197,00	197,00
Malz (Trommel)	25. 10.	24. 10.	23. 10.	22. 10.
Dz.	347,50	341,50	341,50	341,50
März	347,50	339,50	339,50	339,50
Mai	347,50	339,50	339,50	339,50
Gerste (Trommel)	25. 10.	24. 10.	23. 10.	22. 10.
Dz.	135,50	132,40	132,40	132,40
März	135,50	134,50	134,50	134,50
Mai	135,50	134,50	134,50	134,50

Genüßmittel

Waren	25. 10.	24. 10.	23. 10.	22. 10.
Kaffee	25. 10.	24. 10.	23. 10.	22. 10.
Dz.	143,20	143,20	143,20	143,20
März	140,80	140,80	140,80	140,80
Mai	137,30	136,75	136,75	136,75

Öle, Fette, Tierprodukte

Waren	25. 10.	24. 10.	23. 10.	22. 10.
Öl (Trommel)	25. 10.	24. 10.	23. 10.	22. 10.
Dz.	125,00	125,00	125,00	125,00
März	119,00	119,00	119,00	119,00
Mai	118,00	118,00	118,00	118,00
Juli	118,00	118,00	118,00	118,00
Oktober	118,00	118,00	118,00	118,00
Dezember	118,00	118,00	118,00	118,00
Februar	118,00	118,00	118,00	118,00
April	118,00	118,00	118,00	118,00
Juni	118,00	118,00	118,00	118,00
August	118,00	118,00	118,00	118,00
Oktober	118,00	118,00	118,00	118,00
Dezember	118,00	118,00	118,00	118,00
Februar	118,00	118,00	118,00	118,00
April	118,00	118,00	118,00	118,00
Juni	118,00	118,00	118,00	118,00
August	118,00	118,00	118,00	118,00
Oktober	118,00	118,00	118,00	118,00
Dezember	118,00	118,00	118,00	118,00
Februar	118,00	118,00	118,00	118,00
April	118,00	118,00	118,00	118,00
Juni	118,00	118,00	118,00	118,00
August	118,00	118,00	118,00	118,00
Oktober	118,00	118,00	118,00	118,00
Dezember	118,00	118,00	118,00	118,00
Februar	118,00	118,00	118,00	118,00
April	118,00	118,00	118,00	118,00
Juni	118,00	118,00	118,00	118,00
August	118,00	118,00	118,00	118,00
Oktober	118,00	118,00	118,00	118,00
Dezember	118,00	118,00	118,00	118,00
Februar	118,00	118,00	118,00	118,00
April	118,00	118,00	118,00	118,00
Juni	118,00	118,00	118,00	118,00
August	118,00	118,00	118,00	118,00
Oktober	118,00	118,00	118,00	118,00
Dezember	118,00	118,00	118,00	118,00
Februar	118,00	118,00	118,00	118,00
April	118,00	118,00	118,00	118,00
Juni	118,00	118,00	118,00	118,00
August	118,00	118,00	118,00	118,00
Oktober	118,00	118,00	118,00	118,00
Dezember	118,00	118,00	118,00	118,00
Februar	118,00	118,00	118,00	118,00
April	118,00	118,00	118,00	118,00
Juni	118,00	118,00	118,00	118,00
August	118,00	118,00	118,00	118,00
Oktober	118,00	118,00	118,00	118,00
Dezember	118,00	118,00	118,00	118,00
Februar	118,00	118,00	118,00	118,00
April	118,00	118,00	118,00	118,00
Juni	118,00	118,00	118,00	118,00
August	118,00	118,00	118,00	118,00
Oktober	118,00	118,00	118,00	118,00
Dezember	118,00	118,00	118,00	118,00
Februar	118,00	118,00	118,00	118,00
April	118,00	118,00	118,00	118,00
Juni	118,00	118,00	118,00	118,00
August	118,00	118,00	118,00	118,00
Oktober	118,00	118,00	118,00	118,00
Dezember	118,00	118,00	118,00	118,00
Februar	118,00	118,00	118,00	118,00
April	118,00	118,00	118,00	118,00
Juni	118,00	118,00	118,00	118,00
August	118,00	118,00	118,00	118,00
Oktober	118,00	118,00	118,00	118,00
Dezember	118,00	118,00	118,00	118,00
Februar	118,00	118,00	118,00	118,00
April	118,00	118,00	118,00	118,00
Juni	118,00	118,00	118,00	118,00
August	118,00	118,00	118,00	118,00
Oktober	118,00	118,00	118,00	118,00
Dezember	118,00	118,00	118,00	118,00
Februar	118,00	118,00	118,00	118,00
April	118,00	118,00	118,00	118,00
Juni	118,00	118,00	118,00	118,00
August	118,00	118,00	118,00	118,00
Oktober	118,00	118,00	118,00	118,00
Dezember	118,00	118,00	118,00	118,00
Februar	118,00	118,00	118,00	118,00
April	118,00	118,00	118,00	118,00
Juni	118,00	118,00	118,00	118,00
August	118,00	118,00	118,00	118,00
Oktober	118,00	118,00	118,00	118,00
Dezember	118,00	118,00	118,00	118,00
Februar	118,00	118,00	118,00	118,00
April	118,00	118,00	118,00	118,00
Juni	118,00	118,00	118,00	118,00
August	118,00	118,00	118,00	118,00
Oktober	118,00	118,00	118,00	118,00
Dezember	118,00	118,00	118,00	118,00
Februar	118,00	118,00	118,00	118,00
April	118,00	118,00	118,00	118,00
Juni	118,00	118,00	118,00	118,00
August	118,00	118,00	118,00	118,00
Oktober	118,00	118,00	118,00	118,00
Dezember	118,00	118,00	118,00	118,00
Februar	118,00	118,00	118,00	118,00
April	118,00	118,00	118,00	118,00
Juni	118,00	118,00	118,00	118,00
August	118,00	118,00	118,00	118,00
Oktober	118,00	118,00	118,00	118,00
Dezember	118,00	118,00	118,00	118,00
Februar	118,00	118,00	118,00	118,00
April	118,00	118,00	118,00	118,00
Juni	118,00	118,00	118,00	118,00
August	118,00	118,00	118,00	118,00
Oktober	118,00	118,00	118,00	118,00
Dezember	118,00	118,00	118,00	118,00
Februar	118,00	118,00	118,00	118,00
April	118,00	118,00	118,00	118,00
Juni	118,00	118,00	118,00	118,00
August	118,00	118,00	118,00	118,00
Oktober	118,00	118,00	118,00	118,00
Dezember	118,00	118,00	118,00	118,00
Februar	118,00	118,00	118,00	118,00
April	118,00	118,00	118,00	118,00
Juni	118,00	118,00	118,00	118,00
August	118,00	118,00	118,00	118,00
Oktober	118,00	118,00	118,00	118,00
Dezember	118,00	118,00	118,00	118,00
Februar	118,00	118,00	118,00	118,00
April	118,00	118,00	118,00	118,00
Juni	118,00	118,00	118,00	118,00
August	118,00	118,00	118,00	118,00
Oktober	118,00	118,00	118,00	118,00
Dezember	118,00	118,00	118,00	118,00
Februar	118,00	118,00	118,00	118,00
April	118,00	118,00	118,00	118,00
Juni	118,00	118,00	118,00	118,00
August	118,00	118,00	118,00	118,00
Oktober	118,00	118,00	118,00	118,00
Dezember	118,00	118,00	118,00	118,00
Februar	118,00	118,00	118,00	118,00
April	118,00	118,00	118,00	118,00
Juni	118,00	118,00	118,00	118,00
August	118,00	118,00	118,00	118,00
Oktober	118,00	118,00	118,00	118,00
Dezember	118,00	118,00	118,00	118,00
Februar	118,00	118,00	118,00	118,00
April	118,00	118,00	118,00	118,00
Juni	118,00	118,00	118,00	118,00
August	118,00	118,00	118,00	118,00
Oktober	118,00	118,00	118,00	118,00
Dezember	118,00	118,00	118,00	118,00
Februar	118,00	118,00	118,00	118,00
April	118,00	118,00	118,00	118,00
Juni	118,00	118,00	118,00	118,00
August	118,00	118,00	118,00	118,00
Oktober	118,00	118,00	118,00	118,00
Dezember	118,00	118,00	118,00	118,00
Februar	118,00	118,00	118,00	118,00
April	118,00	118,00	118,00	118,00
Juni	118,00	118,00	118,00	118,00
August	118,00	118,00	118,00	118,00
Oktober	118,00	118,00	118,00	118,00
Dezember	118,00	118,00	118,00	118,00
Februar	118,00	118,00	118,00	118,00
April	118,00	118,00	118,00	118,00
Juni	118,00	118,00	118,00	118,00
August	118,00	118,00	118,00	118,00
Oktober	118,00	118,00	118,00	118,00
Dezember	118,00	118,00	118,00	118,00
Februar	118,00	118,00	118,00	118,00
April	118,00	118,00	118,00	118,00
Juni	118,00	118,00	118,00	118,00
August	118,00	118,00	118,00	118,00

Aus für Beethoven

I. G. G. - Weil Polens Militärdiktator Jaruzelski hinter der Verleihung des Friedensnobelpreises an Lech Wałęsa ein norwegisch-bunddeutsch-amerikanisches Komplott wittert, hat sein parteiloses und berückelter Kulturminister, Professor Zygiński, jetzt beschlossen, Rache zu üben: In einem vertraulichen Rundschreiben wurden Fernsehen, Rundfunk, Discomusik, Philharmonien und ähnliche Einrichtungen angewiesen, nichts mehr aus diesen Ländern zu spielen.

So wurde - wohl auch zum Entzücken der DDR-Botschaft - eine Goethe-Lyrik-Sendung im Rundfunk kommentarlos abgesetzt, die US-Krimi-Serie mit dem glatzköpfigen Kojak kurzfristig eingestellt und die Komponisten Gershwin und Grieg auf den Index gesetzt. Den Disco-Jockeys wurden Konzerte abgesagt, falls sie aus besagten Ländern dennoch Beat-, Jazz- oder sonstige U-Musik

anbieten sollten. Die Rundfunk-Musikredakteure wurden dazu verdonnert, Gäste und Dirigenten, sofern von deutscher, norwegischer und amerikanischer Provenienz, zu verschweigen.

Nachdem Johann Sebastian Bach anfangs den Kulturpolitiks um wenig Kopfschmerzen bereite, ist jetzt Beethoven problematisch geworden. Auf entsprechende Anfrage eines Dirigenten wurde entschieden, daß Bach ja eigentlich „DDR“-Bürger sei und daher zum Beispiel seine „Brandenburgischen Konzerte“ bedenkenlos gespielt werden dürfen.

Komplizierter ist das bei Beethoven, was auch den Leiter des „Beethoven-Museums“ im ober-schlesischen Städtchen Oberglogau bewegen dürfte. Einige Apparatschiks halten nämlich den Meister für einen Bürger der Metropole der revisionistischen Bundesrepublik, andere dagegen meinen, der Musiktitel sei ja in Wien gestorben und habe immerhin polnische Freunde, wie den Schöpfer der polnischen Nationalhymne, Gerbard. Ob das letzte Argument zieht?

Neue Platten von den „Hollies“ und Robert Plant

Solide Sound-Tüftelei

Der eine löste seine Band auf und singt jetzt solo. Die anderen haben sich in der Originalbesetzung wieder zusammengefunden. Und die akustischen Resultate sind trotz unterschiedlicher musikalischer Auffassungen bemerkenswert: Robert Plant, einst Sänger der weltberühmten Rockgruppe „Led Zeppelin“, mit seiner LP „The Principle Of Moments“ (WEA 79-0101-1) und die wiedererwachten „Hollies“ mit ihrem Album „What Goes Around...“ (WEA 24-6194-1).

Graham Nashs Einstieg bei den „Hollies“ hat die Band wieder aus ihrer langjährigen musikalischen Isolierung herausgeholt: Der phantastische Harmoniebegleiter, einst Markenzeichen dieser Popgruppe aus Manchester und Garant für Hits wie „On A Carousel“, „Carrie Anne“ oder „Sorry Suzanne“, steht hier wieder in voller Blüte. Die dreistimmigen Vokal-Passagen, intonationsreicher, geschmeidig und mit dem so verblüffend naiven Ausdruck versehen, selbst einigen recht flachen Titeln immer noch Glanz.

Dagegen fallen die Keyboard-Arrangements mit ihrer recht hiesigen, wenig Spannung vermittelnden Akkordbegleitung ab. Und auch der Abmischung fehlt es ein wenig an Rhythmisches und Panorama.

Ganz anders bei der Solo-LP des englischen Sängers Robert Plant. Sein Album „The Principle Of Moments“ besticht sowohl durch akusti-

sche Weite und ideenreiche Rhythmik wie auch durch phantasievolle Arrangements. Die Schlagzeuger Barriemore Barlow (von der britischen Rockgruppe „Jethro Tull“) und besonders Phil Collins (von „Genesis“) bilden neben Keyboarder Jeff Woodroffe und Gitarrist Robbie Blunt die markanten musikalischen Eckpfeiler dieser hochkarätigen Solo-LP. Sparsame, fabelhaft relaxte Tom-Tom-Breaks, schwebende offene Gitarren-Akkorde, die mit einem Flanger kosmetisiert wurden, sowie teilweise orchestrale Keyboard-Klangteppiche wechseln hier ab mit rüden, grünen Sounds, die eindeutig an „Led Zeppelin“ erinnern.

Über diesen atmosphärischen Hintergrund gleitet Robert Plants subtile Stimme Narrenfreiheit. Mal hebelnd gequält, mal zart und seiden, lebt hier dieser Ausnahme-Sänger Gefühle aus, die in seiner Interpretation so viel Persönliches einfließen lassen. Äußerlich freilich, daß auf der Innenseite der Texte fehlen.

Doch der hohe kompositorische Standard der insgesamt acht Titel verleiht dem „Stranger Here“ einen Rhythmus, der die Hollies' kommen hier ebenso auf ihre Kosten wie Liebhaber von Balladen („Thru With The Two Step“) oder solider Sound-Tüftelei („Big Log“). Die musikalischen Kleinigkeiten und akustischen Raffinesse erfrischend, aber allerdings erst nach wiederholtem akustischen Genuß.

THOMAS OLIVIER

München erinnert an den Maler E. v. Kreibitz

Seine Träume nach vorn

Ernst blickende Spaziergänger, arge herausgeputzte Kinder, lebende, tanzende, wirbelnde Menschen - und bewegte Hafenszenen mit abenteuerlichen Gestalten vor alten Segelschiffen: Das ist die malerische Welt des Erwin von Kreibitz (1904-1961). Mit einer Retrospektive dieses Künstlers im Münchner Stadtmuseum wird ein Auszug in die lokale Kunstgeschichte des 20. Jahrhunderts unternommen.

Kreibitz, zunächst Metallbildner, dann Schüler Richard Bierschmids, schlug sich seit Mitte der

der Ausstellung „Die zwanziger Jahre in München“ (1979) tanzten Kreibitz Werke wieder auf.

Die jetzige Ausstellung mit 220 Werken stammt vor allem aus familiärem Besitz. Es lohnt sich, diesen Einzelgänger neu zu entdecken. Mit Kreibitz wird das pulsierende, über-schaubare Lebensgefühl der Weimarer Zeit wieder lebendig. Er ist nicht irgendein „moderner“ Maler vor seiner Zeit, sondern er ist ein Typus schlechthin. Er kümmerte sich um keine „Richtung“, schuf rauschhaft in unverwechselbarer Handschrift im Malen und Zeichnen aus sich heraus, schob einfach seine Träume nach vorn.

In seinem Werk knüpft sich naiv gesteuerte Phantasie mit kultivierter Dekadenz eines großbürgerlichen Elternhauses, und dann wieder triumphiert dieser anarchische Freiheitsdrang von einem, der um jeden Preis leben wollte. Bilder, die wie in Trance entstanden sein dürften. Farbtrunkene Werke mit lässig ausladendem Rhythmus. Pinselschwünge liegen neben- und übereinander, als seien sie mit vollen Armen herausgeschleudert. Doch Linien, Striche, Farbflecken halten sich gegenseitig in Balance.

Die gleiche zuspätkende Kraft bezeugt uns auch in seinen Zeichnungen. Nichts Zögerndes, nichts Ängstliches, sobald Kreibitz die Feder ansetzt, ist der Strich fest und klar. Ein starker Rhythmus ist in ihnen, ein gleichermaßen disziplinierter wie lockerer, hüpfender Duktus. Wunderbar ist das Panoptikum, das auf diese Weise so spontan entstanden ist: Großstadtmenschen im Trübel, die dumpfe, laute Welt der Wirtschaft, des Jahrmarkts und des Faschings. Unvergleichlich der graphische Reiz seiner kleinen farbigen Kompositionen; jede würdig, um als Entwurf für ein großes Plakat zu dienen.

Doch ab 1933, als Kreibitz ins Ausland geht (erst in den 50er Jahren kehrt er nach München zurück), ist diesem unpolitischen Maler die Luft zum Arbeiten wie abgeschnitten. Sein malerisches Feuerwerk ist erloschen. Die späteren Arbeiten bleiben nur noch im Dekorativen stecken (bis 23. 1. 1984, Katalog 20 Mark).

ROSE-MARIE BORNGÄSSER

Zum Auftakt der historisch-kritischen Gesamtausgabe der Werke von Thomas Morus in Deutschland

Hier schlägt Kösel die Yale-Universität

Noch niemals hat es eine deutschsprachige Werk-Ausgabe der Schriften des Thomas More auch nur ansatzweise gegeben, von einer historisch-kritischen Edition zu schweigen. Jetzt aber sind die beiden ersten der auf zwölf bis sechzehn Bände geplanten deutschen Ausgabe vorgeplant der großen Yale Edition da. Eine wahre Sensation zur Frankfurter Buchmesse, die man erklären muß.

Seit 1963 erscheinen, herausgegeben von der Yale University, die Gesamten Werke Mores, insgesamt sechzehn Bände, in loser Folge; die Hälfte der gewaltigen Stoff-Masse ist inzwischen bewältigt. Diese Ausgabe von höchster wissenschaftlicher Präzision, dargeboten in allein ästhetisch schon begeisternden dunkelblauen Bänden, deren jeder einen oder mehrere in der Thomas-Morus-Forschung ausgewiesene Herausgeber hat, stellt ein Jahrhundertereignis in der Welt des Geistes, des Glaubens und des Buches dar. Erst jetzt, mehr als vierhundert Jahre nach der Gesamtausgabe von 1557 (sie kamte in London während des kurzen katholischen „Zwischenspiels“ der Königin Maria Tudor erscheinen), wird das staunenerregende Werk des großen britischen Humanisten, Christen und Märtyrers, nunmehr in sauberem, neuem und in das Bewußtsein der Gegenwart gehoben, sofern diese geistig-religiöse „Sensationen“ noch aufnehmen in der Lage ist.

Zu den Mitwirkenden an diesem epochalen Unternehmen gehört der Düsseldorfer Anglist und Lehrstuhl-inhaber Hubertus Schulte Herbrüggen, der, den konventionellen Rahmen seines Faches sprengend, zum renommierten Thomas-Morus-Forscher wurde. Bereits 1966 edierte er „Neue Briefe“ Mores, 1977 zeichnete er zusammen mit J. B. Trapp verantwortlich für den offiziellen Katalog der Londoner Repräsentativausstellung zum 500. Geburtstag des Mores, die ein großer Erfolg war und von der Königin besucht wurde, 1983 erregten seine Forschungen über das in der St. Dunstan-Kirche zu Canterbury beigesetzte Haupt des 1535 hingerichteten und 1535 heiliggesprochenen Lordkanzlers breites Aufsehen.

Wenn ein solcher Gelehrter sich der „Entdeckung“ und der philologischen Erschließung der Mores-Werke für Deutsche annimmt, steht das wissenschaftliche Gelingen des Vorhabens außer Zweifel. An diesem ist aber außer Herausgebern und Übersetzern auch der Kösel-Verlag in München als gleich wichtiger Partner beteiligt. Er muß lang Atem haben, muß eventuell zu finanziellen Opfern bereit sein und durchhalten, wenn



Humanist, Christ und Märtyrer Thomas Morus (1478-1535), nach einer Zeichnung von Hans Holbein

sich nicht sofort der ökonomische Erfolg einstellen sollte.

Morus ist in seinem Leben vieles gewesen: Beamter und Politiker, Schriftsteller und Familienvater, Hofmann und Asket - vor allem aber, besser: in allem war er ein tief frommer und demütiger Beter, ein Christ, der Christus liebte und den christlichen Glauben mit Gott suchte. Da die Münchner Edition dem chronologischen Prinzip folgt, beginnt sie mit einem von Thomas Morus übertragenen Gebet des Pico della Mirandola, welches den Geist religiöser Erneuerung am Anfang des 15. Jahrhunderts kennzeichnet. Es folgen die Gebete aus dem „Traktat über das Leiden Christi“, die drei Jahrzehnte später entstanden (1534), die berühmte „Godly Meditation“ und die Annen-lungen Mores zu den Psalmen. Alles

in einer deutschen Fassung, die dem „Urheber“ der ergreifenden Gebete und Betrachtungen die Ausdruckskraft unserer Sprache zuwendet, um ihn so, ganz neu und hoffentlich für dauernd, im geistig-geistlichen Haushalt unserer Kirchen heimisch zu machen.

Der zweite Band, enthaltend die erstmals ins Deutsche übersetzten „Epigramme“ des jungen Humanisten an der Schwelle von der frühen zur mittleren Tudor-Epoche, könnte nach den ergreifenden Frömmigkeitsäußerungen des späteren Mores wie eine kalte Dusche wirken auf Leser, die zu wenig über die innere Entwicklung und den Werdegang des großen Briten, zu wenig also über den ganzen Thomas Morus wissen. Der Humanist Mores ist uns heute, wie das ganze Zeitalter, doch recht fern

gerückt; dies liegt auch darin begründet, daß jener Humanismus zwar „Dünger“ für die nachfolgenden und durchaus kontroversen Geistesrichtungen des Abendlandes darstellte, für sich selbst genommen jedoch knochentrocken anmutet. Seinen Folgen und Wirkungen in den politischen, weltanschaulichen, kulturellen Entwicklungen Europas nachzugehen ist ein Thema der Wissenschaft, und so hat auch der Herausgeber Uwe Baumann seine Aufgabe gesehen: rein philologisch. Er verzichtet auf jegliche Wertung der Epigramme und verliert auch kaum ein Wort über ihren Stellenwert in Leben und Werk des Mores insgesamt.

Dafür ist die philologische Erschließung und Kommentierung der 281 Epigramme erschöpfend und ein wirklicher Markstein der deutschen Thomas-Morus-Forschung. Erstmals - und wie gesagt noch vor dem internationalen Publikum der Yale Edition, deren entsprechender Band noch nicht vorliegt -, erfährt eine breitere Öffentlichkeit Genaueres über Zustandekommen, Druck und Textgeschichte der Epigramme. Sie entstanden größtenteils zwischen 1500 und 1516, sind alle in lateinischer Sprache abgefaßt und teilen sich auf in die Übersetzungen aus dem Griechischen und in die selbstverfertigten. Bei diesen wiederum lassen sich die politischen und die personenbezogenen Epigramme unterscheiden.

Zum Wissenschaftsverständnis Baumanns gehört die weitestgehende Ausschaltung von Subjektivität. Der Übersetzer soll seiner Meinung nach geradezu im Schattenreich zurücktreten, ein möglichst hohes Maß an Wörtlichkeit erreichen; nicht eine elegante, schillernde Prosa-Übersetzung war unser Ziel, sondern eine Übertragung, die möglichst viele der Eigenheiten in Wortwahl, Satzbau und Duktus von Mores Humanistenlatein in schlichtem Deutsch zu erhalten sucht. Dies ist leider nicht immer gelungen. Das Deutsch geriet bisweilen nicht schlicht, sondern schlecht, verschraubt wie jene Übersetzungen, die wir als Pennäler (verbotenerweise) benutzten. Da lese ich zum Beispiel: „Nun ist Sappho von Lesbos der Töchter des Pierus die zehnte...“ So etwas heißt „Wörtlichkeit“ gewiß zu weit treiben.

Mit Spannung und Freude jedoch und in der Hoffnung, daß die Übersetzungsprinzipien noch einmal überdacht werden - stellt doch die Sprachgestaltung das Hauptproblem des ganzen Unternehmens dar -, sieht man dem weiteren Fortgang der Schulte-Herbrüggen-Edition „Thomas Morus deutsch“ entgegen.

PETER BERGLAR

Mannheim: „Ariadne auf Naxos“ unter Marelli

Für künftige Kommandos

Bei der Mannheimer „Ariadne auf Naxos“, die Marco Arturo Marelli als Regisseur und Bühnenbildner verantwortet hat, läßt sich weder über verstockten Konservatismus noch über modernistische Hochmutsgeländern räsonnieren. Deshalb eine vorsichtige Prognose gewagt: Wenn wir nicht in einer total verkehrten Theaterwelt leben, wird Marelli bald zum entscheidenden Sprung in die Kommandozentrale aktueller Opernregie ansetzen können.

Bei der „Ariadne auf Naxos“ hat sich Marelli jedenfalls als ein geschickter, verantwortungsbewußter Künstler bewährt, der in Bildern denkt, jede antimusikalische Geschmackslosigkeit verabschiedet und unmotiviert Aktionsehrgeiz entsagen kann. Ohne Einheitsbühnenbild kommen Vorspiel und Oper auf einen gemeinsamen Nenner. Die Commedia dell'arte-Szenen müssen zwar auf artistische Extras verzichten, aber nichts ist aus Klischee verraten. Im „Haus des reichsten Mannes von Wien“, in dem das Stück mit den zwei heterogenen Teilen spielt, hält man auf Pracht und kulturhistorische Bildung. Das Auge ist darum zunächst der eigentliche Gewinner.

In der mit roten Ariadne-Fäden umspannten Säulenhalle, ohne aufwendigen Luxus, wirkt das Pathos der Semeria fast ein wenig vergeistigt, so, als wisse man um den Sinn der Dichtung und der Musik. Marelli gelingt jene Ambivalenz aus Gefühl und Ironie, Kummer und Hoffnung, die vor Hofmannsthal und Richard Strauss in gleicher Weise bestehen kann. Entscheidend als sonst ist die Figur des Komponisten in den Mittelpunkt gerückt. Auch während

der Oper bleibt er als kritischer, doch vergebens korrigierender und kommandierender Beobachter auf der Szene, verfügt sich bei Zerberus großer Arie (Mary Hastings gelang fast eine koloraturtechnische Lektion) an Piano und muß erkennen, daß er nicht am feudalen Kunst-diktat verzweifelt, sondern gleich beim ersten Zusammenprall mit den Realitäten der Welt und des Theaters.

Beim naiv-kämpferischen Engagement für die hehre Kunst mobilisiert Gabriele Schmutz, die vorzügliche Sängerin des Komponisten, alle ihr zu Gebote stehenden Phrasierungsmittel. Die Ariadne der Monica Pick-Hieronymi, sehr lyrisch und im Timbre doch ein wenig begrenzt in den vokalen Mitteln, vermischt durchgehend dolorose Lamento. Wolfgang Neumann, in einigen Phrasen an den jungen Hans Hopf erinnernd, sang einen statischen und höfischen Baccus.

Keinen Zweifel gab es an der Strauss-Kompetenz des Dirigenten Wolfgang Rennert und seiner Musiker, die wissen, wie Strauss'sches Melos zum Ereignis wird: durch Ruhe und großen Atem, im Abschwächen der dramatisierten Kammermusik und im Ausmusizieren des klangerfüllten Filigrans. Es war von Mozart ebenso entschieden abgerückt wie von Wagner. Rennerts besondere Aufmerksamkeit galt dem Aufspüren der Zusammenhänge und Übergänge vom quasi Secco-Teil des Vorspiels zur Oper, freilich mehr der rhythmischen Detailakzentuierung als der Emphase des Finales, das man sich auch glühend, dithyrambisch vorstellen könnte.

HEINZ LUDWIG

KULTURNOTIZEN

„Luther in der Schule“, eine Ausstellung in der Universitätsbibliothek Dortmund, wird am 31. Oktober eröffnet.

„Raumgestaltung“, eine Ausstellung der Amerikanerin Marina Nordman, ist bis zum 4. Dezember im Westfälischen Landesmuseum in Münster zu sehen.

Der Kinder- und Jugendbuchpreis der Stadt Oldenburg (10 000 Mark)

geht zu gleichen Teilen an Gudrun Maack und Michael Brenner.

Dem österreichischen Film ist die Woche vom 9. bis 14. November am Pariser Kulturzentrum Georges Pompidou gewidmet.

Der Pathologe Prof. Alfred Groppe, einer der Wegbereiter der Chromosomenforschung, ist im Alter von 59 Jahren in Lüneburg gestorben.

Peter Yates' Filmmärchen „Krull“ in den Kinos

Flammenpferde weiden

Die Märchen aller Völker künden von der Auseinandersetzung zwischen dem Guten und dem Bösen, sind Allegorien auf den uralten Streit zwischen Haß und Liebe, Tyrannie und Freiheit. So auch „Krull“, ein Filmmärchen von Peter Yates, das den Zuschauer in einen fernen Kosmos entführt, in dem Flammenpferde weiden und ein sanfter Zyklus namens Reil um seine Gefährten trauert, die längst aus seiner Welt verschwunden sind. Wie in jedem Märchen gibt es auch in „Krull“ einen jungen Helden, der sich auf die Suche macht nach seiner Liebsten. Colwyn (Ken Marshall) zieht aus, um Prinzessin Lyssia (Lyette Anthony) zu befreien, die vom „unbeschreiblichen Ungeheuer“ auf der schwarzen Festung gefangengehalten wird.

Um seine Braut zu retten, muß der Prinz zunächst eine Zauberscheibe gewinnen, das „Flügelklingenschwert“. Ein Schwert allein aber macht aus einem Prinzen noch keinen Unbesiegbaren. Denn ganz alleine ist auch in einem Märchen der Held verloren. So rauf Colwyn sich mit einer Bande lockerer Vögel zusammen. Gemeinsam mit dieser sonderbaren Armee aus Strauchhieben und Halunken will er die Festung des Bösen einnehmen. Und da das alles ein großes buntes Märchen ist, endet es mit dem ewig gültigen Satz: ... und wenn sie nicht gestorben sind...

Regisseur Peter Yates, gebürtiger Engländer und berühmt geworden durch Filme wie „Bullitt“, hat nicht an Phantasie und technischen Tricks gespart, um sein Fantasy-Drama vom Planeten Krull in Szene zu setzen. Doch es gibt in diesem Film nichts, was es nicht schon irgendwo anders einmal gegeben hätte - in der Literatur oder im Film. Der Zyklus ist die freundliche Ausgabe des Polyphem aus der Odyssee, die Flammenpferde sind offenbar nahe Verwandte des Dichterpferdes Pegasus, das „Flügelklingenschwert“ kennen wir auch unter dem Namen „Excalibur“ aus der Artus-Sage, und die „schwarze Festung“ spielt in den Romanen des britischen Fantasy-Schriftstellers Michael Moorcock eine wichtige Rolle. Bei diesem Autor scheint der Film ohnehin kräftig Anleihen gemacht zu haben, ohne das Vorbild aber je zu nennen.

Das alles würde nicht weiter stören,

wenn Yates nicht auch noch bei seinem Kollegen George Lucas und dessen „Krieg der Sterne“ einiges abgucken hätte. Er zitiert ferner aus John Boormans „Excalibur“, aus dem Tolkien-Film „Herr der Ringe“ und aus Filmen aus der Zeit der alten Hollywood-Klassiker „Der Dieb von Bagdad“. Dabei sind diese Plagiate im Grunde völlig überflüssig, da Yates schon oft bewiesen hat, daß er ein guter Regisseur ist. Auch in „Krull“ verleiht er ein Gespür für Tempo, Spannung und eine abgewogene Mischung aus Grusel und Humor.

Seine Mär von tapferen Prinzen und seiner schönen Prinzessin ähnelt in ihren besten Sequenzen jenen mit teils allegorischen, teils realistischen, in deren Mittelpunkt die „Queste“ steht, die abenteuerliche Reise des Helden, der durch Erlebnisse und Begegnungen zum Mann und wahren Ritter heranreift. Hätte Yates diesen Charakterzug seines Dramas stärker herausgearbeitet, so wäre sein Film womöglich ein Meilenstein geworden in der Geschichte des Fantasy-Films. So aber ist „Krull“ nur ein blutleeres Spektakel ohne jenen Zauber, der nun einmal zu den Charakteristika der Märchen gehört.

MARGARETE V. SCHWARZKOPF



Das Böse hat nie eine Chance: Der Zyklus Reil aus dem Film „Krull“ von Peter Yates

JOURNAL

Schärfere Strafen für Video-Piraten gefordert

dpa, Hamburg Eine schärfere Bestrafung von Urheberrechtsverletzungen haben der Deutsche Musikverleger-Verband (DMV) und die IFPI, der Zusammenschluß aller Tonträger- und Video-Hersteller, gefordert. Der Justiziar der IFPI, Bernd Boekhoff, betonte, daß bei den Staatsanwaltschaften in den letzten zwei Jahren über 1300 Strafanträge gestellt worden seien. Die Musik- und Video-Piraten würden in diesem Jahr in der Bundesrepublik einen Schaden von 580 Millionen Mark anrichten. Doch 70 Prozent der Verurteilten seien nur mit Geldbußen zwischen 200 und 18 000 Mark davongekommen.

Musiktage von Metz: 16 Welturaufführungen

AFP, Metz In Metz finden vom 17. bis 20. November die 12. Internationalen Tage zeitgenössischer Musik mit 16 Welturaufführungen statt. Es stehen Werke von 24 Komponisten aus zwölf Ländern auf dem Programm. Anwesend sind neben etablierten Musikern wie Boulez, Xenakis und Maderna diesmal Paul-Henri Dutilleul, der das Eröffnungswerk „Die Verwandlung“ schrieb. Die von der gleichnamigen Kafka-Erzählung inspirierte Komposition wird in Metz uraufgeführt. Außerdem dabei: die Schola Cantorum aus Stuttgart mit einer Ligeti-Suite.

316 Steinbücher von Anna Kubach-Wilmsen

DW, Xanten Für die „Stein-Bibliothek - Hommage à Déjauffe“ erhielt Anna Kubach-Wilmsen den 1. Förderpreis des Niederrheinischen Kulturvereins. Der mit 5000 Mark dotierte Preis wurde von der Issumer Privatbrauerei Diefels gestiftet. Das preisgekürnte Objekt trägt den Namen eines Steinbruchbesitzers aus Namur. Er hatte im Laufe seines Lebens 316 verschiedene Marmorarten gesammelt. Der Förderpreis erlaubte es der Künstlerin, diese Sammlung nach dem Tode Déjauffes zu kaufen. Sie arbeitete daran 316 „Steinbücher“, die nun zusammen mit anderen Plastiken des Kubach-Wilmsen-Teams bis zum 27. Nov. im Regionalmuseum Xanten zu sehen sind.

Internationaler Musical-Workshop

dpa, München Einen Musical-Workshop plant das Zentrum Bundesrepublik Deutschland des Internationalen Theaterinstituts vom 9. bis zum 12. Dezember in München. Der internationale Erfahrungsaustausch von Experten soll auch einen Einblick in die Werkstatt von Komponisten, Librettisten, Produzenten und Choreographen bieten sowie das Kennenlernen von neuen Werken aus verschiedenen Ländern ermöglichen.

Edith Oppens wird 80

Die Journalistin, Buchautorin und Gebrauchsdesignerin Edith Oppens feiert heute in Hamburg ihren 80. Geburtstag. Als Tochter eines jüdischen Juristen und einer Hamburger Exportkaufmannstochter in der Hansestadt geboren, studierte sie in Hamburg, Heidelberg, München und Paris, konnte aber nach dem Staatsexamen ihren Beruf wegen der Rassenetze nicht ausüben. Sie wanderte aus, verbrachte die Zeit zwischen 1933 und 1946 in Chile und Liechtenstein. 1949 begann sie in Hamburg bei der WELT eine neue Laufbahn. Sie schrieb witzige Glosse und Lokalspitzeln über rein Hamburger Belange, aber auch - unter dem Pseudonym Verena Graf - genessene allgemeine Feuilletons. Zu ihren erfolgreichsten Büchern gehören die „Mandrill“, eine Chronik von Hamburg zwanziger Jahre, „Hamburg zu Kaisers Zeiten“, das Bestseller-Bändchen „Blauer Hef und grüne Klade“ sowie die Südkamerika-Bücher „Karibik“ und „Die Andenländer“. Die Jubiläum plant ein weiteres Werk, das sich mit der Provinz Spaniens befasst, soll die einstige Conquistadores stelle: mit Estremadura.

Ein Brief an Peter Stein oder Wo ist das Kissen?

DW, Berlin In einem „Offenen Brief an Peter Stein und alle anderen Theatermacher“ kündigt die Berliner Studentin Monika Handschuch-Hamann ihre „Mitarbeit“ als Zuschauerin an. „Ich kann nicht mehr, weil ich Ihre Sitzgelegenheiten nicht mehr ertragen kann, weil ich nicht denken und auch nicht sinnlich aufnehmen kann, wenn mir der Rücken über drei Stunden hin schmerzt. Ich verlange keinen Fauteuil, denn auch ich glaube, daß ein altes bequemes Sessel und ein altes bequemes Zuschauer sich gegenseitig anziehen. Ich bin bereit, mir ein Kissen mitzubringen oder mich auf den Boden zu legen, wenn mir dies eine neue Perspektive eröffnet.“ Dies der Auszug aus dem Klageruf einer allzufrüh handschubengeschädigten jungen Frau.

